



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache

17. Wahlperiode

17/17

Zwischenbericht

über die Tätigkeit der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder

(Kinderkommission)

vom 27. Juli 2011 bis 24. April 2012

Vorsitz: Nicole Bracht-Bendt, MdB (FDP)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

	Inhalt	Seite
I.	Einleitung	6
II.	Schwerpunktthemen des Arbeitsprogramms	8
1.	Schwerpunktthema „Kinder und Trauer“	8
1.1.	Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Tod – ein Tabu für Kinder?“	8
1.2.	Besuch des Kinderhospizes Sonnenhof	11
1.3.	Fachgespräch zum Thema „Trennung/Scheidung: ‚Ich brauch‘ euch doch beide“	14
1.4.	Fachgespräch zum Thema „Kinder von Alleinerziehenden“	16
1.5.	Fachgespräch zum Thema „Trennung von den Großeltern durch Trennung der Eltern“	17
1.6.	Fachgespräch zum Thema „Kinder von Strafgefangenen“	19
1.7.	Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Patchwork – ein Familienmodell?“	21
1.8.	Stellungnahme zum Thema „Kinder und Trauer“	23
2.	Schwerpunktthema „Kinder und Kultur“	32
2.1.	Fachgespräch zum Thema „Kulturelle Bildung in den Alltag integrieren“	32
2.2.	Besuch des TUSCH Theaters	35
2.3.	Fachgespräch zum Thema „Vielfalt – Kulturelle Angebote für Kinder“	40
2.4.	Stellungnahme zum Thema „Kultur für Kinder“	45



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

3.	Schwerpunktthema „Jugendliche und Freizeit“	51
3.1.	Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Mehr altersgerechte freie Aktionsflächen“	51
3.2.	Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Jugendliche gestalten Freizeit“	53
3.3.	Stellungnahme zum Thema „Jugendliche und Freizeit“	55
III.	Behandlung weiterer Themen	62
	„Katzenschreck“	62
IV.	Veranstaltungen unter Beteiligung der Kinderkommission	62
1.	Festakt zur Gründung des Deutschen Kinderschmerzentrums in Datteln	62
2.	Aktion Rote Hand	64
V.	Gespräche der Kinderkommission außerhalb der Sitzungen	69
1.	Gespräch mit Jugendlichen der Heimvolkshochschule „Alte Molkerei Frille“	69
2.	Gespräch mit dem Bundesforum Familie – Projektvorstellung „Zeit und Gesundheit als Faktoren gelingenden Familienlebens“	70
3.	Gespräch mit Abgesandten des 1. Kongresses der Kinderrechte	70
4.	Besuch der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung im Universitätsklinikum Carl Gustav Carus in Dresden	70
5.	Gespräch mit Vertretern des Verbands „Anwalt des Kindes“	70
6.	Gespräch mit Clara Madeleine Slawik zum Projekt Plant-for-the-Planet	70



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

7.	Gespräch mit Schülern des Johann-Rist-Gymnasiums aus Wedel sowie VertreterInnen des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	71
8.	Gespräch mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	71
VI.	Öffentlichkeitsarbeit	72
1.	Pressemitteilungen	72
2.	Pressekonferenz zur Vorsitzübergabe	
VII.	Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission	73
VIII.	Anlagen	82



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

I. Einleitung

In der Kommission für die Wahrnehmung der Belange der Kinder des Deutschen Bundestages (Kinderkommission) wechselt der Vorsitz zwischen den fünf Kommissionsmitgliedern turnusmäßig in der Reihenfolge der Fraktionsstärke. Die erste Vorsitzzeit in der 17. Legislaturperiode übernahm dementsprechend der Bundestagsabgeordnete Eckhard Pols von der CDU/CSU, der den Vorsitz am 27. Oktober 2010 an die Bundestagsabgeordnete Marlene Rupperecht von der SPD übergeben hat.

Am 27. Juli 2011 trat die Bundestagsabgeordnete Nicole Bracht-Bendt von der FDP-Fraktion den Vorsitz der Kinderkommission des Deutschen Bundestages an.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Das Arbeitsprogramm der Kinderkommission für die 17. Wahlperiode wurde mit Beschluss der Kommission vom 24. März 2010 unter den fünf Kommissionsmitgliedern aufgeteilt. Das Arbeitsprogramm der Abg. Nicole Bracht-Bendt umfasste folgende Bereiche:

- Kinder und Trauer
- Kinder und Kultur
- Jugendliche in der Freizeit



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

II. Schwerpunktthemen des Arbeitsprogramms

1. Schwerpunktthema „Kinder und Trauer

1.1. Öffentliches Fachgespräch zum Thema: „Tod – ein Tabu für Kinder?“

Am **21. September 2011** fand ein öffentliches Fachgespräch zum Thema „Tod – ein Tabu für Kinder?“ statt. Zu diesem Gespräch wurde im Internet des Deutschen Bundestages unter http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/35660618_kw38_kiko/index.html wie folgt eingeladen:

Tod und Trauer bei Kindern enttabuisieren

Wie Kindern beim Trauern geholfen werden kann, interessiert die Abgeordneten.

Kinder stehen am Anfang ihres Lebens. Doch viele werden schon früh mit dem Tod konfrontiert. Aus diesem Grund stellt sich die **Kinderkommission** des Bundestages (Kiko) unter Vorsitz von **Nicole Bracht-Bendt (FDP)** am **Mittwoch, 21. September 2011**, in einer öffentlichen Anhörung dieser schwierigen Frage. Drei eingeladene Sachverständige werden den fünf Kommissionsmitgliedern ab 14 Uhr im Berliner Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200, dazu Rede und Antwort stehen.

Thema wird tabuisiert

Kinder sollen unbeschwert und frei von Kummer aufwachsen. Aber auch Kinder und Jugendliche sind von Tod und Trauer betroffen. Sei es durch den Tod eines geliebten Menschen, der sie trauern lässt, oder weil sie selbst dem Tod entgegensehen. Diese schwierige Thematik wird in der Gesellschaft vielfach tabuisiert.

Die Kinderkommission möchte sich in dieser öffentlichen Sitzung insbesondere darüber informieren, wie trauernden Kindern und Jugendlichen geholfen werden kann und an welchen Stellen die Politik den Ausbau von Hilfen für trauernde Kinder und Jugendliche unterstützen kann. Sie hat hierzu Experten aus der Kinder- und Jugendtrauerarbeit eingeladen. (eis)

Zeit: Mittwoch, 21. September 2011, 14 bis 15.30 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200, Berlin

Interessierte Besucher können sich beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: 030/227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums bis spätestens Dienstag, 20. September, anmelden. Zur Sitzung muss ein Personaldokument zum Westeingang des Paul-Löbe-Hauses (gegenüber dem Bundeskanzleramt) mitgebracht werden.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Bild- und Tonberichterstatter können sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 oder 32924) anmelden.

Liste der geladenen Sachverständigen

- **Beate Alefeld-Gerges**, Das Zentrum für trauernde Kinder e.V.
- **Jürgen Kurth**, Domino – Zentrum für trauernde Kinder e.V.
- **Dr. med. Miriam Haagen**, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin und Psychotherapie

Unter

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/35660618_kw38_kiko/index.html erschien zu dem Expertengespräch der folgende Artikel:

Kinder vertragen die Wahrheit

Wie Kindern beim Trauern geholfen werden kann, interessierte die Abgeordneten. © dpa

Für Eltern stellt sich nicht selten die schwierige Frage, ob sie ihre Kinder auf die Beerdigung nehmen sollen, wenn ein geliebter Mensch gestorben ist. „Ja“, meint **Jürgen Kurth** von Domino – Zentrum für trauernde Kinder, denn es seien die Erwachsenen, die ein Problem mit dem Thema Tod hätten. In einer öffentlichen Anhörung stellte sich die **Kinderkommission** des Bundestages (Kiko) unter Vorsitz von **Nicole Bracht-Bendt (FDP)** am **Mittwoch, 21. September 2011**, die Frage, ob Kinder anders trauern als Erwachsene. Drei Sachverständige erzählten den Fachpolitikern von ihren Erfahrungen in der Trauerarbeit mit Kindern.

„Verwandte sollen beistehen“

„Ich stehe dahinter, dass Kinder zur Beerdigung mitgehen“, bekräftigte Kurth. Doch schränkte der Trauerhelfer ein: „Stirbt ein nahes Familienmitglied wie der Vater oder die Mutter, dann sollten Verwandte dem Kind beistehen, denn eine um ihren Partner trauernde Mutter oder ein trauernder Vater können solch einen Verlust nur schwer allein bewältigen.“ Doch einem Kind die Teilnahme zu verweigern, sei nach seiner Erfahrung viel schlimmer als der vermeintliche Schutz, der bezweckt werden soll.

„Kinder, die wir betreut haben, waren ärgerlich, wenn sie nicht mit durften oder ihnen die wahren Umstände des Todes, zum Beispiel ein Suizid eines Elternteils, verheimlicht wurden“, sagte er. Festzustellen sei jedoch immer wieder, die Unsicherheit bei der Aufarbeitung des Themas Tod komme von den Erwachsenen.

„Freunde ziehen sich zurück“

Dr. Miriam Haagen, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin und Psychotherapie, pflichtete dem bei: „Für Kinder gibt es kein Tabu.“ Die Ärztin sagte, Kinder seien eher neugierig und erwartete Antworten auf ihre Fragen. „Kinder haben bis zum neunten Lebensjahr das Todeskonzept der



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Erwachsenen nicht verinnerlicht“, erklärte sie. Viel problematischer schätzt sie hingegen das Verhalten des erweiterten Umfeldes ein: „Kinder erzählen oft, dass sie das Gefühl haben, ansteckend zu sein.“ So berichteten viele, dass sich in solchen schweren Zeiten der Freundeskreis nicht selten zurückziehe.

„Das wahrscheinlich darin begründet liegt, dass auch die Freunde oft hilflos sind, Trauer auszudrücken“, glaubt **Beate Alefeld-Gerges** vom Zentrum für trauernde Kinder. In solchen Fällen würde Unterstützung gebraucht, Trauer durch neue Rituale auszudrücken, weil die althergebrachten Rituale in der heutigen Zeit nicht mehr funktionieren. Schwieriger stelle sich die Verarbeitung des Todes eines geliebten Menschen jedoch für Pubertierende dar. Alefeld-Gerges: „Sie neigen dazu, sich zurückzuziehen.“

„Mit Kindern nicht metaphorisch über den Tod sprechen“

Medizinerin Haagen begründete diese häufige Reaktion mit der Schwierigkeit, in dieser Zeit mit Gefühlen umgehen zu können: „So etwas ist zu intim, als es nach außen zuzulassen.“ Die Gefahr, plötzlich anzufangen zu weinen oder wütend zu werden, sei vielen zu groß und würde sie mit Scham erfüllen. Haagen warnte auch davor, in der Gegenwart von Kleinkindern metaphorisch vom Tod zu sprechen. „Kinder denken sehr konkretistisch“, sagte sie.

Wird vom „einschlafen“ oder von „gegangen“ gesprochen, könnte es sein, dass sie nicht mehr wagen einzuschlafen oder hingehen wollen, wo die Mutter oder der Vater angeblich sind. So was lindere traumatische Erfahrungen nicht.

„Netzwerke sind nicht koordiniert“

In der Anhörung der Experten stellte sich heraus, dass eine flächendeckende deutschlandweite Versorgung durch Anlaufstellen für die Nachsorge nicht gewährleistet ist. Viele Netzwerke, Vereine, Selbsthilfegruppen und Ärzte würden zwar Angebote machen, doch seien diese nicht koordiniert und verfolgten unterschiedliche Ansprüche. Auch spiele das Thema Trauerbewältigung keine besondere Rolle in der Ausbildung von Erziehern und Pädagogen.

Jürgen Kurth wird nach eigener Darstellung oft von Lehrern und Erziehern angesprochen, die Schwierigkeiten mit der Bearbeitung des Themas hätten. Auf der einen Seite wäre mehr präventive Arbeit in Kindergärten und Schulen erforderlich, auf der anderen Seite gezielte Gründungen von Trauergruppen, in denen Kinder nicht mehr alleine mit ihrer Erfahrung sind. Die Finanzierung solcher Trauergruppen beruhe größtenteils auf Spenden.

„Grundlagenforschung kommt aus dem Ausland“

Ärztin Haagen forderte: „Die psychologische Nachbetreuung von Kindern muss im Gesundheitssystem berücksichtigt werden, denn auch sie werden belastet, wenn ein Elternteil durch den Verlust des Partners zum Beispiel an Depressionen leidet.“ Weiter müsse in Zukunft Geld in die Erforschung des Themas fließen. Alle nennenswerten Erkenntnisse dazu kämen bisher nur aus dem Ausland.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Damit dem Unbehagen vieler Erwachsener im Umgang mit ihren Kindern mit dem Thema Tod und Trauer begegnet werden könne, forderte Beate Alefeld-Gerges, den Vereinen unter die Arme zu greifen und mehr in die Familienberatung zu investieren. Jürgen Kurth wies auf die Berücksichtigung der Trauerarbeit in der Pädagogikausbildung hin. (eis)

Das Wortprotokoll zu dem öffentlichen Expertengespräch kann unter http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Oeffentliche_Veranstaltungen/Oeffentl_Expertengespr_Tod-Tabu_fuer_Kinder/Wortprotokoll.pdf abgerufen werden.

1.2. Besuch des Kinderhospizes Sonnenhof

Am **28. September 2011** stattete die Kinderkommission dem Kinderhospiz Sonnenhof in Berlin-Pankow einen Besuch ab.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Über diesen Besuch berichtete [mitmischen.de](http://www.mitmischen.de) unter http://www.mitmischen.de/erleben/hinterDenKulissen/hospiz_kiko/index.jsp wie folgt:

Ein Ort zum Abschiednehmen

Das Kinderhospiz Sonnenhof in Berlin ist ein Ort zum Sterben. Schwerst- oder unheilbar kranke Kinder und Jugendliche finden dort mit ihren Angehörigen pflegerische und psychologische Unterstützung. Die Kinderkommission des Bundestages hat sich dort am Mittwoch, 28. September 2011, über die Arbeit von Kinderhospizen informiert – und viel gelernt über den Umgang mit dem Tod.

Die KiKo zu Besuch im Kinderhospiz



Der Teich der Erinnerung im Garten ist gemeinsamer Treff- und Ruhepunkt für Eltern und Kinder. – © Timo Schmidt

Wie beginnt man einen Text über das Sterben? Mit dem Teddybären, der vor der Tür des Raumes sitzt, immer dann, wenn dort Angehörige Abschied nehmen von ihrem Kind? Oder mit den Namen der Verstorbenen auf den bemalten Steinen im Gartenteich des Sonnenhofs? Mit der dicken, weißen Kerze im Wintergarten, die bei jedem Tod angezündet wird? Vielleicht mit nichts davon, weil es im Sonnenhof, einem Kinderhospiz der Björn-Schulz-Stiftung in Berlin-Pankow – benannt nach dem verstorbenen Sohn des Gründers – nicht nur ums Sterben geht, sondern ums Leben.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Die gemeinsame Zeit genießen

Die Kinder, die mit ihren Familien hierher kommen, sind sehr schwer oder unheilbar krank. Manche haben noch einige Jahre, manche nur noch zwei Wochen zu leben. In dem alten, blassgelben Gebäude am Stadtrand mit seinem kleinen Park, der Terrasse und dem Streichelzoo haben sie einen Ort, um Abschied zu nehmen. Um die gemeinsame Zeit zu genießen. Es gibt Pfleger und Pädagogen, die sich um die Kranken kümmern – genauso wie um ihre Geschwister, Eltern oder Großeltern.

"Die emotionale Belastung ist hoch, aber die Arbeit mit den Menschen hier ist sehr bereichernd", sagt Nils Groß. Der Pädagoge arbeitet seit drei Jahren im Sonnenhof und hat Erfahrung im Abschiednehmen. "Mit solchen Situationen geht jeder anders um und jeder Fall ist individuell. Mir hilft der klare Ablauf, der sich in Gang setzt, wenn eines der Kinder stirbt: Erst wird der Arzt gerufen, dann der Bestatter, es folgt die Waschung, das Kind kommt in den Abschiedsraum". Nach der Beerdigung kümmern sich Psychologen um die Angehörigen und auch für die Mitarbeiter gibt es Gespräche.

Es gibt keine spezielle Ausbildung für die Arbeit in Hospizen, die Mitarbeiter werden im Beruf zu Experten fürs Abschiednehmen. Nils Groß war selbst an Krebs erkrankt und will den Kindern und ihren Angehörigen das geben, was für ihn in dieser Zeit wichtig war. "Diesen Beistand können viele Freunde und Verwandte nicht leisten, weil sie die Situation nicht kennen."

Der Sonnenhof ist für alle offen

Die Angst, etwas Falsches zu sagen oder zu tun – das ist es meistens, was Menschen im Umgang mit dem Tod hemmt. "Viele meiden das Thema, wollen damit nicht in Berührung kommen", sagt Nicole Bracht-Bendt. Die FDP-Abgeordnete ist die neue Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages. Als eines der drei Schwerpunktthemen für ihre neunmonatige Amtszeit hat sie "Kinder und Trauer" gewählt – ein Thema, das in ihren Augen noch zu wenig Aufmerksamkeit bekommt.

An diesem Tag ist sie mit anderen Mitgliedern der Kommission zu Besuch im Sonnenhof. "Die Offenheit dieses Hauses finde ich toll", sagt sie. Den Streichelzoo, zum Beispiel, besuchen auch Kinder aus der Nachbarschaft. Zu den Begegnungsfesten jeden Freitag kommen genauso Familien, deren Kinder nicht mehr im Sonnenhof sind. Und das Schwimmbecken im Untergeschoss nutzen auch junge Mütter mit Kleinkindern aus der Umgebung.

Die KiKo will Kinderhospize unterstützen

"Was die Akzeptanz angeht, gibt es noch viel zu tun. Aber ich habe das Gefühl, dass die Gesellschaft darauf wartet, wachgerüttelt zu werden", sagt Frauke Frodl, Pressesprecherin des Sonnenhofs. Immer öfter melden sich bei ihr Schulklassen, die den Sonnenhof mit Spendenaktionen unterstützen wollen, oder Menschen, die sich mit praktischem Einsatz einbringen. "Die neue Teichanlage war zum Beispiel so ein Helfer-Projekt", sagt Pia Heinrich, die Leiterin des Pflegebereichs.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Auf solche Unterstützung ist der Sonnenhof angewiesen. Bis zu 1,5 Millionen Euro sind im Jahr an Spendengeldern nötig, um auch die Versorgung der Angehörigen sicherzustellen. Denn Hospize bekommen nur Geld für die Patienten, wie Sabine Kraft erklärt, die Geschäftsführerin des Bundesverbandes Kinderhospiz e.V. Dazu kommen im Sonnenhof aktuell die Umbauarbeiten, die notwendig sind, um die Pflegeplätze von sieben auf zwölf zu erhöhen.

Die Kinderkommission wird nun prüfen, wie sie die Kinderhospiz-Arbeit unterstützen kann. Denn ein würdevoller Abschied, der steht in Deutschland sogar gesetzlich jedem Menschen zu. Der Zeichner Peter Gaymann hat dazu für die Bundesstiftung Kinderhospiz folgendes Bild gemalt: Ein Kind liegt in einem Krankenbett. Über ihm eine Traube bunter Luftballons, die es gen Himmel tragen. Und im Gesicht ein Lächeln.

1.3. Fachgespräch zum Thema „Trennung/Scheidung: ‚Ich brauch‘ euch doch beide“

Am **19. Oktober 2011** wurde zum Thema „Trennung/Scheidung: ‚Ich brauch‘ euch doch beide“ ein Fachgespräch geführt, zu dem die folgende Pressemitteilung veröffentlicht wurde:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Pressemitteilung

Kinderkommission: Scheidungskindern eine Stimme geben

Berlin, 21. Oktober 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Bei Trennungen und Scheidungen sollten mehr als bisher die Nöte der Kinder berücksichtigt werden. Das war die übereinstimmende Auffassung aller Sachverständigen bei der Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 19. Oktober 2011. Die Vorsitzende Nicole Bracht-Bendt stellte fest: „Kinder sind die Hauptleidtragenden bei einer Trennung, weil sie beide Elternteile lieben. Ziel der Politik muss es sein, Scheidungskindern eine Stimme zu geben.“ Die Kinderkommission beabsichtigt, die Erkenntnisse dieser Experten in einer ihrer nächsten Stellungnahmen aufzunehmen.

Der langjährige Familienrichter **Jürgen Rudolph** bemängelte die fehlende Zusammenarbeit zwischen Familiengerichten, Psychologen und Jugendämtern. Psychologische Erkenntnisse müssten unbedingt mehr in die juristische Ausbildung einbezogen werden. Ein interdisziplinärer Studiengang an der Universität Mainz sei Vorreiter.

Prof. Dr. Thomas Schulte-Markwort, Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, wies darauf hin, dass mit einer Scheidung die Wahrscheinlichkeit für Auffälligkeiten bei betroffenen Kindern deutlich steige. Kinder befänden sich häufig in einem Loyalitätskonflikt und litten teilweise unter Entfremdung. „Eltern bleibt man ein Leben lang“, so Prof. Schulte-Markwort. Eltern müssten das Wohlergehen der Kinder über eigene Konflikte stellen.

Prof. Dr. Sabine Walper, Pädagogik-Professorin und Expertin für den Umgang mit Scheidungskindern von der Ludwig-Maximilians-Universität München, forderte im Scheidungsfall verpflichtende Beratungen von Eltern und obligatorische Fortbildungen von Richtern. Einhellige Meinung der Experten war, dass die deutsche Gesetzgebung bei Scheidungsverfahren das Wohlergehen der betroffenen Kinder in den Mittelpunkt rücken solle, statt die Interessen streitender Eltern.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

1.4. Fachgespräch zum Thema „Kinder von Alleinerziehenden“

Am **26. Oktober 2011** führte die Kinderkommission ein Fachgespräch zum Thema „Kinder von Alleinerziehenden“ durch.

Hierzu wurde der folgende Artikel im Bundestag veröffentlicht, der unter http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_10/2011_438/02.html abgerufen werden kann.

Kinderkommission hört Experten zu Problemen von Kindern Alleinerziehender

Berlin: (hib/EIS) „Glückliche Scheidungskinder“ hat **Dieter Katterle**, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie sowie Facharzt für Psychosomatische Medizin, noch nicht gesehen. „Aber erleichterte“, sagte er in Anspielung auf die befreiende Wirkung einer Scheidung, wenn das Familienleben aus unterschiedlichsten Gründen für Eltern und – vor allem – Kinder zur Hölle werden kann. Als einer von vier Sachverständigen äußerte sich Katterle in einer Anhörung der Kinderkommission (Kiko) zur Situation der „Kinder von Alleinerziehenden“. Die Gründe für Scheidungen und Trennungen seien vielfältig und können je nachdem, wie es die Eltern schaffen damit umzugehen, von Kindern gut oder schlecht bewältigt werden. Katterle räumte ein, dass er aus der Perspektive des Facharztes vorrangig die Probleme von Kindern aus Familien mit nur einem Elternteil unter pathologischen Aspekten betrachtet. Nach einer persönlichen, nicht repräsentativen Umfrage schätzte er, dass rund 40 Prozent der Kinder in ambulanter und stationärer Behandlung in Kinderkliniken aus Familien mit nur einem Elternteil kommen. „Hingegen wachsen nur 20 Prozent in solchen Familienstrukturen auf“, sagte er. „Da muss also etwas mit den Kinderseelen passieren“, stellte Katterle fest. Aus der Praxis wüsste er, viele dieser Kinder haben „Krisen hinter sich, die auch der traditionellen Familie anzulasten sind“ – zum Beispiel Gewalt. Insofern dürfe das Modell der Alleinerziehenden nicht stigmatisiert werden, betonte der Arzt. Es sei festzustellen, dass Eltern oft schon mit Problemen in dann scheiternde Beziehungen gehen würden, die aus mitgebrachten „Hypothesen“ herrühren.

Ursula Kodjoe, Diplom-Psychologin und Mediatorin, sieht den Begriff „alleinerziehend“ als problematisch an: „Eltern zu sein, ist nicht optional.“ Eltern seien auch nach einer Trennung, die sie entschieden haben, für ihre gemeinsamen Kinder verantwortlich. Wichtig sei für die Kinder eine „stabile Elternbeziehung“. Doch die Eltern seien oft überfordert, den Kindern den notwendigen Halt zu geben. „Viele Kinder wissen nicht, wer noch über sie bestimmen darf, weil sie in Patchworkfamilien nicht mehr die Autoritäten klar zuordnen können“, erläuterte sie. Hinzugekommene Partner würden sich zurecht fürchten, dass ein Kind feststellt, dass derjenige dem Kind nichts vorzuschreiben habe. In solchen Fällen muss die Autorität klar delegiert werden und dem Kind von dem leiblichen Elternteil gesagt werden, dass es zu hören habe. „Doch den Eltern fehlen die nötigen Informationen und oft einfachste Lösungen, damit umzugehen“, sagte Kodjoe. Sattdessen würden Eltern notorisch unterschätzen, wie viel Kinder schon im Vorfeld von Trennungen mitbekommen, welche existentiellen Ängste sie während und nach der Scheidung ausstehen, wenn sie Telefonate und Gespräche nur zum Teil verstehen und zum Beispiel der mit Scheidungen einhergehende soziale Abstieg thematisiert wird.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

„Dabei brauchen Kinder nicht einmal viele Informationen, aber sie brauchen klare und ehrliche Worte“, sagte die Psychologin. Andernfalls würden sich ihre Ängste ins Unermessliche steigern.

Auch **Erika Biehn** vom Bundesverband alleinerziehender Väter und Mütter ging auf diesen Aspekt aus ihrer Erfahrung der Beratungspraxis ein: „Besser ist zum Beispiel, dass Eltern ihren Kindern erklären, dass sie sich nicht mehr verstehen, statt zu sagen, dass sie sich nicht mehr lieben.“ Kinder würden es nicht als zwingend notwendig ansehen, dass sich die Eltern lieben müssen. Sie könnten ja für die Kinder zusammen bleiben. Schlimm und als Verrat würde in jedem Fall empfunden, wenn Eltern plötzlich und ohne Vorwarnung ihre Trennung mitteilen, weil sie die Probleme vorher versteckt haben. Nichtsdestotrotz sah Biehn die Trennung auch als Neubeginn, wenn das Familienleben zuvor stark belastend war. Wichtig sei das Angebot der Beratung durch unabhängige Stellen, weil Eltern diesen gegenüber geringere Hemmschwellen hätten - Jugend- und Sozialämter seien in dieser Hinsicht belastet. „Dauerbrenner in diesen Beratungen ist die Existenzsicherung“, sagte Biehn. Viele Alleinerziehende würden außerdem nicht ihre Rechte kennen. Die materiellen Einschnitte seien in der Regel gravierend und haben immer Folgen für Kinder. Biehn erklärte deshalb, „dass die geplanten Kürzungen beim Unterhaltsvorschussgesetz“ ein Fehler seien.

Sabina Schutter vom Deutschen Jugendinstitut stellte ihre Betrachtung auf statistische Füße und verdeutlichte, dass im Jahr 2010 rund 82.300 Scheidungen gezählt wurden. Jährlich wären rund 170.000 Kinder von Trennungen und Scheidungen betroffen. „Aber der überwiegende Anteil der Kinder erlebt die frühe Kindheit noch in der Partnerschaft“, sagte sie. Die Kinder von Alleinerziehenden sind überwiegend zwischen sechs und 18 Jahren alt. Statistisch weisen 50% der Kinder von Alleinerziehenden mindestens eine Risikolage auf, die zur Verschlechterung der Bildungschancen beitrage. Hinzu käme, dass von Kindern im Falle eines Doppelresidenzmodells außergewöhnliche Anpassungsleistungen gefordert würden. Der Aspekt, dass diese Kinder zum Beispiel lange Pendelwege in Kauf nehmen müssen, weil im Sinne eines harmonischen Erziehungsbildes beide Partner ihre Rechte und Pflichten ausüben sollen, findet Schutters Ansicht nach zu wenig Beachtung. Insofern bräuchte auch diese Gruppe Reiseunterstützung, um Abhilfe zu schaffen. Schutter legte jedoch Wert darauf festzustellen, dass Alleinerziehende nicht als homogene Gruppe verstanden werden dürfen. „So können Kinder auch ein Elternteil durch den Tod verlieren“, sagte sie. Bei aller Tragik deute die Forschung darauf hin, dass dies auf lange Sicht von Kindern als weniger schlimm empfunden werden kann. Denn es werde um das verlorene Familienmitglied getrauert, von diesem werde gut gesprochen und die Trennung erfolgte ungewollt. Scheidung oder Trennung kann demgegenüber von den Kindern eher als Liebesverlust gedeutet werden. Bei aller Einschränkung dieses Vergleichs stellte sie fest, dass die Art und Weise bei Trennungen und Scheidungen sowie die daraus resultierenden Folgen für Kinder „durch die Eltern entschieden werden“.

1.5. Fachgespräch zum Thema „Trennung von den Großeltern durch Trennung der Eltern“

Am **9. November 2011** führte die Kinderkommission ein Fachgespräch zum Thema „Trennung von den Großeltern durch Trennung der Eltern“.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Hierzu wurde der folgende Artikel im Bundestag veröffentlicht, der unter http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_11/2011_462/03.html abgerufen werden kann.

Experte fordert Umgangsrechte für Großeltern

Berlin: (hib/EIS) Scheiden sich Ehepartner, werden oft auch die Großeltern von ihren Enkeln getrennt. Ein Problem, das bei Sorgerechtsstreitigkeiten selten Beachtung findet. In einem Expertengespräch zum Thema „Trennung von den Großeltern durch Trennung der Eltern“ befasste sich die Kinderkommission (Kiko) am Mittwoch mit diesem Aspekt.

Der Gesetzgeber regelt die Rechte und Pflichten zwischen Großeltern und Enkeln nicht. „Im Regelfall wird das Verhältnis durch die Eltern moderiert“, erläuterte **Christian Alt** vom Deutschen Jugendinstitut. Einen Rechtsanspruch auf Umgang gebe es nicht. Der Sachverständige stellte fest, dass mit der Abnahme traditioneller Familienmodelle die Mannigfaltigkeit der Generationenbeziehungen steige. Also nach Scheidung und Wiederverheiratung oder Trennung unverheirateter Paare die Anzahl der Großeltern die Anzahl der Enkel im Regelfall übersteigt. Durch neue Partnerschaften kämen auch neue Großeltern in die neuen Familienzusammenschlüsse dazu. „Es kann vorkommen, dass einem Kind bis zu acht Großeltern gegenüberstehen“, sagte Alt. Doch dieser Fall trete selten ein. Der Wissenschaftler erklärte, dass in der Praxis oft nur „die Großeltern mütterlicherseits eine enge Beziehung zu ihren Enkeln pflegen, während das Verhältnis väterlicherseits oft verhalten ist“. Das liegt nach Ansicht Alts aber nicht an den Großeltern: „Der Antrieb ist da, den Kontakt zu halten.“ Doch es bedürfe einer Kultur des Umgangs, die sich die Eltern erarbeiten müssen, um mit den Konsequenzen einer Trennung umgehen zu lernen. Das gelinge jedoch nicht immer und führe schließlich zum Entzug familiärer Bindungen zu den Verwandten der Ex-Partner.

Aus diesem Grund sah Christian Alt eine Aufgabe der Politik darin, das Recht der Großeltern auf Umgang mit den Enkeln zu regeln. Als mögliches Vorbild nannte er die bereits in der Familienpolitik umgesetzte Stärkung der Umgangsrechte geschiedener Väter mit ihren Kindern gegenüber den Müttern.

Rita Boegershausen von der Bundesinitiative Großeltern sah eine Ursache des Entzugs der Enkel von ihren Großeltern darin begründet, dass die Kinder nicht im Mittelpunkt bei Scheidungsfragen stehen, sondern Mittel seien. „Die Begleitindustrie setzt sich nicht für die Interessen der Kinder ein“, kritisierte sie scharf und erläuterte, dass Gutachter, Anwälte und Richter nicht genügend zur Deeskalation von Streitigkeiten beitragen würden. Sie forderte die Schaffung eines Ombudsmannes, der schon frühzeitig eingreifen sollte, wenn heftiger Trennungsstreit vor Gericht zum Nachteil anderer Familienmitglieder das Zusammenleben verhindere. „Kinder haben ein Recht auf Mutter und Vater und sie haben ein Recht auf die gesamte Familie“, sagte Boegershausen.

Helga Krull vom Großelterndienst Berlin berichtete von der Vermittlung sogenannter Wunschgroßeltern. Ein Ausweg für Großeltern, die keinen Kontakt mehr zu ihren Enkeln haben. Rund 500 Freiwillige würden sich in Berlin in rund 600 Familien auf diese Weise circa 800 Kindern annehmen. „Sie können Zeit schenken und die Eltern profitieren davon“, sagte Krull. Bei dieser Form der Wunschgroßeltern-Wunschenkel-Beziehung stehe die Betreuungsfunktion im Mittelpunkt. Die



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Mütter würden davon profitieren, weil sie ohne diese konkrete Unterstützung oft keinen Beruf ausüben könnten.

1.6. Fachgespräch zum Thema „Kinder von Strafgefangenen“

Am **30. November 2011** berichtete Frau **Christel Brendel** über die Arbeit des **Treffpunkt e. V.** Die Frauen, deren Männer ins Gefängnis kämen, hätten zahlreiche Probleme, von Geldsorgen über Wohnungsorgen bis zu dem Gefühlchaos, das eine Inhaftierung des Partners meistens bedeute. Mitten in dieser Situation steckten die Kinder, die nicht nur den Verlust des Vaters verkraften, sondern auch mit einer überforderten Mutter klar kommen müssten. Das ganze Beziehungssystem der Familie ändere sich. Die Trennungsjahre seien abhängig von der Qualität der Beziehung zum Vater. Die Jungen verlören ihr männliches Identifikationsobjekt und übernähmen die Rolle des Papas. Sie würden zu schnell erwachsen. Die Kinder dürften nicht darüber sprechen und damit gehe ein Stück weit die kindliche Spontanität verloren. Die Kinder seien auch von finanziellen Einschränkungen betroffen. Ganz hart treffe sie ein Umzug, weil sie damit ihr gesamtes soziales Umfeld verlören.

Auf Nachfrage erklärte Frau Brendel, dass es in Bayern dem Engagement des Sozialarbeiters überlassen bleibe, ob er das Jugendamt über die Inhaftierung der Mutter informiere oder nicht. Das Jugendamt sei heilfroh, wenn die Kinder „irgendwo“ untergebracht seien. Es gebe so gut wie keine Kontrolle und auch keine Unterstützung der Betroffenen.

Der Verein arbeite mittlerweile sehr gut mit dem Strafvollzug zusammen. Die Finanzierung sei allerdings miserabel.

Frau **Justyna Bieganski** gab einen Überblick über das Forschungsprojekt **COPING**. COPING stehe für Kinder von Strafgefangenen, Maßnahmen zur Stärkung ihrer psychischen Gesundheit und Minderung ihrer Risiken. Es untersuche die besonderen Lebensumstände, die Problemlagen und die Bedürfnisse von Kindern Inhaftierter. Das Projekt gehe von 2010 bis 2012. Es sei ein EU-gefördertes Forschungsprojekt, an dem zehn Organisationen aus sechs europäischen Ländern teilnähmen. Die Erhebung selbst werde in Deutschland, Rumänien, Schweden und England durchgeführt, wobei in jedem teilnehmenden Land eine Universität und eine Nichtregierungsorganisation kooperierten. In Deutschland bestehe die Kooperation zwischen Treffpunkt e. V. und der Technischen Universität Dresden.

In der EU seien schätzungsweise jährlich 800.000 Kinder von der Inhaftierung eines Elternteils betroffen. Es lägen kaum wissenschaftliche Erkenntnisse über die Auswirkungen der Inhaftierung auf die kindliche Entwicklung vor. Um langfristige negative Folgen zu vermeiden, müssten effiziente Interventionen frühzeitig greifen. COPING sehe daher die Notwendigkeit, die psychische Gesundheit und die besonderen Lebensumstände von Kindern Inhaftierter zu untersuchen. Hierzu sollten einerseits die Bedürfnisse der Kinder und andererseits die bereits bestehenden Angebote identifiziert werden, um Versorgungslücken zu erkennen. Ziel sei auch, politische Entscheidungs-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

träger und Fachkräfte aus dem Gesundheits- und Sozialwesen auf diese Problematik aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren.

Das Forschungsvorhaben werde in zwei Schritten umgesetzt. Zunächst habe eine Befragung der Kinder anhand eines anonymisierten und standardisierten Fragebogens stattgefunden. Kinder im Alter zwischen sieben und 17 Jahren sowie der nichtinhaftierte Elternteil seien befragt worden. Die Fragen hätten sich auf Stärken und Schwächen im Verhalten, Gesundheit und Wohlbefinden, Selbstwertgefühl, Schule, Besuchszeiten sowie auf die Inhaftierung selbst und die Zukunftsvorstellungen der Familie bezogen. Insgesamt seien 100 Familien befragt worden, darunter 145 Kinder und 99 nichtinhaftierte Elternteile. Die zweite Phase finde derzeit noch bis Dezember 2011 statt. Es würden qualifizierte Interviews mit den Familien – mit dem Kind, mit dem Nichtinhaftierten und wenn möglich mit dem inhaftierten Elternteil – durchgeführt. Hieran nähmen mindestens 25 Familien teil. Um auch die professionelle Sichtweise zu Wort kommen zu lassen, werde Fachpersonal sowohl aus den Gefängnissen als auch aus den Beratungsstellen und Schulen befragt.

Aufgabe der Technischen Universität Dresden sei es, Angebote und Maßnahmen zur Unterstützung der Familien von Inhaftierten zu erfassen, zu kategorisieren und zu beschreiben.

Frau **Marianne Heumüller** vom **Mutter-Kind-Haus der JVA für Frauen in Vechta** erklärte, dass nur 5 Prozent aller Inhaftierten Frauen seien. Davon seien 2,2 Prozent Mütter, die ihre Kinder mit in den Vollzug nähmen. In der Nachkriegszeit hätten sich die Mutter-Kind-Häuser entwickelt, um junge Mütter, die von Besatzern schwanger geworden seien, zu „resozialisieren“. Heute gehe es darum, den Bindungsabbruch zu vermeiden und die Bezugsperson für das Kind zu erhalten. Da es schwierig sei, im Vollzug auch Kinder unterzubringen, finde der Mutter-Kind-Vollzug in der Regel im offenen Vollzug statt. Im geschlossenen Vollzug gebe es drei Mutter-Kind-Haftplätze, die besonders für Untersuchungsgefangene gedacht seien.

Das Mutter-Kind-Haus sei neben einer Justizvollzugsanstalt auch eine Einrichtung der Jugendhilfe. Das Landesjugendamt habe beratende Funktion. Im geschlossenen Vollzug nähme man Kinder bis zur Entlassung der Mutter bis zum dritten Lebensjahr auf, im offenen Vollzug bis zur Schulpflicht. Bereits bei der Aufnahme der Mutter werde geprüft, dass es nicht zu einer Trennung kommen müsse. Das Tor zum offenen Mutter-Kind-Heim stehe den ganzen Tag offen. Die Mutter dürfe sich auf dem Gelände frei bewegen, allerdings wisse die Mutter, dass sie nach einem unerlaubten Verlassen des Geländes nur noch ohne Kind aufgenommen werde. Sie habe in 17 Jahren nur einmal erlebt, dass eine Mutter das Gelände unerlaubt verlassen habe.

Ihre Einrichtung sei eine von acht Einrichtungen im ganzen Bundesgebiet. Sie führe eine Warteliste und sei vorrangig für Frauen aus Niedersachsen zuständig. Das Schwierige im Mutter-Kind-Vollzug für die inhaftierten Frauen sei das Miteinanderleben in dieser Zwangsgemeinschaft. Sie versuche, eine gute Atmosphäre für die Kinder zu schaffen. Es gebe ein Kinderteam, das ausschließlich über den Pflegesatz finanziert werde. Dieses betreue morgens die Kinder in einer Kinderspielgruppe, die ähnlich ein-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

gerichtet sei wie ein Kindergarten. In dieser Zeit gingen die Mütter für vier Stunden einer Arbeit nach. In der Regel könnten die Mütter vier bis sechs Wochen nach ihrer Ankunft jeden Tag für zweieinhalb Stunden das Haus verlassen, damit die Kinder zusammen mit ihren Müttern auch an dem Leben draußen teilnehmen könnten. Derzeit gebe es drei Kinder, die in den öffentlichen Kindergarten gingen. Sie überlasse es den Müttern, sich im Kindergarten zu outen oder nicht. Für die Kinder sei es auf jeden Fall viel leichter, mit der Wahrheit zu leben und über sie sprechen zu dürfen. Es entlaste die Kinder. Für den geschlossenen Vollzug gebe es eine halboffene Wohngruppe. Die Türen seien nach hinten und vorne abgeschlossen, in sich sei jedoch alles geöffnet. Die Mütter müssten in der Lage sein, sich eigenverantwortlich um ihre Kinder zu kümmern, weil sie selbst nicht rund um die Uhr für die Mütter da sein könne. Die Finanzierung sei kein Problem. 2002 habe das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass das Jugendamt die Kosten über den Tagespflegesatz zu übernehmen habe. Das gelte aber nur für Vechta, die anderen Einrichtungen hätten keine Anerkennung als Jugendhilfeeinrichtung. In diesen Einrichtungen lebten die Mütter vom Kindergeld und Erziehungsgeld.

1.7. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Patchwork – ein Familienmodell?“

Am **13. Dezember 2011** fand zum Thema „Patchwork – ein Familienmodell?“ ein öffentliches Fachgespräch statt.

Hierzu ist unter

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/36939379_kw50_pa_kiko/index.html der folgende Artikel erschienen.

Freud und Leid von Stieffamilien



Wie Kinder damit umgehen, wenn die Bezugspersonen wechseln, interessierte die Kinderkommission. © pa/reality

Wie geht das, eine gute Stiefmutter zu sein? - „Das weiß eigentlich niemand“, sagte Diplom-Psychologin **Katharina Grünwald** von der **Beratung für Patchworkfamilien**. Kulturell – zum



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Beispiel durch Märchen – sei diese Rolle eindeutig negativ besetzt. Doch ganz so einfach haben es sich die von der **Kinderkommission (Kiko)** eingeladenen Sachverständigen am **Mittwoch, 13. Dezember 2011**, nicht gemacht. Drei Experten erläuterten unter Vorsitz von **Nicole Bracht-Bendt (FDP)** ihre Erkenntnisse zum Thema „**Patchworkfamilien – ein Familienmodell**“.

"Stieffamilien haben sich geändert"

Was in der Umgangssprache gemeinhin als Patchworkfamilie bekannt ist, bezeichneten die Sachverständigen konsequent als Stieffamilie. „Dabei handelt es sich um nichts Neues“, sagte **Prof. Dr. Anja Steinbach** von der **Universität Duisburg-Essen** vom **Institut für Soziologie, Schwerpunkt Familiensoziologie**. Gab es früher vor allem ökonomische Gründe, weil Vater oder Mutter starben, die zu einer Wiederverheiratung führten und auf diesem Weg einen neuen Partner in die Familie brachten, führe heute vor allem die Scheidung zu „multiplen Elternschaften“ in Stieffamilien.

„Insofern hat sich ihr Charakter in den letzten Jahrzehnten deutlich geändert“, so die Wissenschaftlerin. Statt einem Elternpaar gebe es nun jeweils bis zu zwei Väter und Mütter. Insgesamt nehme der Anteil von Stieffamilien in Deutschland 13,6 Prozent aller Familienhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren ein.

"Herausforderung für neue Partner"

Stieffamilien teilen nach Steinbach eine wesentliche Gemeinsamkeit: „Es gibt ein einschneidendes Erlebnis, und zwar den Tod oder die Trennung von Mutter oder Vater.“ Und das Hinzukommen eines neuen, familienfremden Partners.

Häufigstes Problem in diesen Familien sei, dass die eindeutige Zuordnung von Entscheidungskompetenzen nicht klar geregelt ist. Neue Partner stünden aus diesem Grund vor einer besonderen Herausforderung, sich einzufügen. Ein Vorteil, den diese Familienmodelle mit sich bringen, könne hingegen sein, dass bei der steigenden Anzahl von Einzelkindern Geschwister dazugewonnen werden. „Außerdem ist das Armutsrisiko für Alleinerziehende am höchsten“, sagte Steinbach. Stieffamilien würden solche Probleme besser abfedern.

"Verlust des Urvertrauens"

Katharina Grünewald sieht Kinder in Stieffamilien jedoch einer schwierigen Zwickmühle ausgesetzt. „Sie haben erlebt, dass die Eltern durch ihre Trennung nicht zuverlässig sind“, sagte sie. „Das bedeutet den Verlust des Urvertrauens.“ Auf der Suche nach neuem Halt würden diese Kinder dazu neigen, sich eine neue Ordnung schaffen zu wollen. „Sie zeichnen sich durch erhöhte Anpassungsfähigkeit aus, möchten pflegeleicht sein, weil die Erwachsenen genug Probleme haben, und sind sehr selbstbeherrscht.“ Der Preis dafür sei die permanente Überforderung des Kindes, das „schon groß sein will“.

Oft würden sie eine Aufwertung ihrer Position nach der Trennung der Eltern erleben, weil sie plötzlich als Gesprächspartner wahrgenommen werden und mitentscheiden dürfen. „Kommt nun ein



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

neuer Partner hinzu, kann das wieder zu einem Positionsverlust führen“, sagte Grünewald. Daraus rühre mancher Konflikt mit den Stiefeltern her.

Um also gute Stiefeltern zu sein, sei Grundvoraussetzung, klare Regeln zu bestimmen und Aussagen zu treffen. „Sowohl zwischen den getrennten leiblichen Eltern als auch den neuen Partnern“, sagte Grünewald.

"Männer als Retter"

Sonst gebe es eine Vielzahl von Konflikten und Fallstricken, die **Alfred Luttermann, Leiter des Ausbildungszentrums für Kinder- und Jugendpsychotherapeuten** bei der **Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie**, untersucht hat. So gebe es unterschiedliche Dynamiken, die davon abhängen, ob eine Frau oder ein Mann in die Familie neu hinzukommt.

„Für die Stiefmutter ist es schwierig, zu den Kindern Kontakt zu finden, weil sie nicht von ihnen ausgewählt wurde“, sagte Luttermann. Stiefmütter würden sich häufig - entgegen dem Klischee - überfürsorglich verhalten. „Das führt zu Frust durch Abweisung“, wenn dieses Bemühen enttäuscht wird. Männer hingegen würden eher als „Retter“ gesehen. „Nur begehen diese einen häufigen Fehler, indem sie glauben, sie müssten nun Ordnung schaffen“, sagte Luttermann. Als Reaktion der Kinder folge in der Regel der Widerstand.

Je jünger die Kinder sind, desto höher sei aber die Akzeptanz gegenüber neuen Partnern. Jungen gelinge selbst mit Beginn der Pubertät noch gut, eine Bindung mit einem Stiefvater aufzunehmen. Töchter hingegen würden sich enger an die Mutter binden und einen neuen Mann an ihrer Seite eher als störend empfinden.

Stiefväter haben das Nachsehen

Aber: „Stiefväter haben nicht viel zu erwarten“, sagte Wissenschaftlerin Steinbach, die sich auch mit dem Verhältnis erwachsener Stiefkinder zu ihren Stiefvätern beschäftigt hat. „Die Nähe zueinander hält in späteren Jahren nicht gut an“, sagte sie.

In diesem Bereich gebe es noch Forschungsbedarf, der von Bedeutung sei, weil das auch Konsequenzen bis hin zur Altenpflege habe. (eis)

Das Wortprotokoll kann unter http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Oeffentliche_Veranstaltungen/Oeffentl_nachgelesen_werden.

1.8. Stellungnahme zum Thema „Kinder und Trauer“

Diese Fachgespräche mit den Sachverständigen führten zu der folgenden Stellungnahme:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache
17. Wahlperiode
17/14

Berlin, den 8. Februar 2012

Nicole Bracht-Bendt, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Kinder und Trauer“

Trauer ist vielseitig. Trauer ist nicht nur mit Sterben und Tod verbunden. Auch durch die Trennung der Eltern machen Kinder eine Verlusterfahrung, sie verlieren einen Elternteil oder den Kontakt zu den Großeltern, zu Verwandten und Freunden. Eine solche Erfahrung kann Kindern ihre kindliche Unbeschwertheit nehmen und kann in jungen Jahren auch den Verlust des Urvertrauens bedeuten. Wenn ein Angehöriger stirbt, sich die Eltern trennen und fortan an verschiedenen Orten leben, fühlen sich Kinder alleingelassen und brauchen Unterstützung dabei, mit dem Erlebten klarzukommen. Um fortgesetzte und sich verstärkende Störungen in der Entwicklung zu verhindern oder zumindest zu verringern, ist es entscheidend, dass Kinder einen guten Umgang mit der Verlusterfahrung finden und die Hilfe und Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat im Themenbereich Trauer verschiedene Schwerpunkte gesetzt und dazu Expertinnen und Experten angehört. Diese Schwerpunkte sind:

1. Tod – Tabu für Kinder?
2. Trennung und Scheidung „Ich brauch' euch doch beide“
3. Kinder von Alleinerziehenden
4. Trennung von den Großeltern durch Trennung der Eltern
5. Patchwork – ein Familienmodell?
6. Kinder von Strafgefangenen



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 2



1. Tod – Tabu für Kinder?

Die Konfrontation von Kindern mit dem Tod ist ein gesellschaftliches Tabuthema. Kinder stehen am Anfang ihres Lebens und sollen unbeschwert aufwachsen können. Dennoch kann auch sie der Tod unerwartet treffen. Plötzlich sind sie mit dem Sterben eines Eltern- oder Großelternteils konfrontiert oder sie selbst leiden an einer schweren, unheilbaren Krankheit, durch die sie sich dem Tod gegenübersehen. In Schulen und Kindergärten herrscht große Unsicherheit im Umgang mit trauernden Kindern. Daher gilt es, durch Aufklärung und Information Wissen über den Umgang mit Trauer zu vermitteln.

Um Kinder in dieser Situation anzusprechen, gibt es niedrigschwellige Angebote wie Internetangebote oder telefonische Beratung, die speziell auf Kinder zugeschnitten sind.

Die Kinderkommission

- befürwortet den Auf- und Ausbau von bundesweiten Kooperationen, die das Ziel haben, Unterstützung und Beratung für Kinder beim Umgang mit Trauer zu leisten, z. B. durch spezielle Trauergruppen für Kinder;
- begrüßt Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit in Schulen und Kindergärten;
- sieht eine ganzheitliche Hospizarbeit als wünschenswert an, die eine psychosoziale Begleitung der Familie über den Tod hinaus gewährleistet, z. B. auch im ehrenamtlichen Bereich;
- schlägt vor, in Zusammenarbeit mit den Bundesländern dafür einzutreten, dass Trauer und deren Verarbeitung bei Kindern Bestandteil der Lehrpläne im Medizin- und Psychologiestudium werden;
- regt an, in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz professionelles Material für die Lehrerbildung zu entwickeln, um Lehrkräften Informationen und Handlungsanleitungen an die Hand zu geben, wie sie mit Kindern umgehen müssen, die in der Familie einen Trauerfall zu bewältigen haben.

2. Trennung und Scheidung „Ich brauch‘ euch doch beide“

Es wird heute fast jede dritte Ehe geschieden, in Großstädten sogar noch mehr. Jährlich sind von einer Scheidung rund 150.000 Kinder unter 18 Jahren betroffen. Die Zahl der von Trennung betroffenen Kinder dürfte darüber liegen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 3



Verlustängste betroffener Kinder, die um den „verlorenen“ Elternteil trauern, werden von Eltern teilweise verdrängt bzw. das Kind, das Vater und Mutter liebt, glaubt, über seine Gefühle nicht sprechen zu können. Zusätzlich erleiden Kinder häufig einen doppelten Verlust: an dem Elternteil, der die gewohnte Umgebung verlässt und den es nur noch am Wochenende allein trifft. Auch der Elternteil, bei dem das Kind bleibt, verändert sich und muss den eigenen Verlust verarbeiten, was dazu führen kann, dass ein Kind und dessen Bedürfnisse aus dem Blick geraten. Doch gerade dann brauchen Kinder ihre Eltern, um Sicherheit zu gewinnen und ihre vielen Fragen zu beantworten. Rund 40 Prozent aller Kinder haben innerhalb von zwei Jahren nach der Trennung den Kontakt zum getrenntlebenden Elternteil verloren. Die dadurch drohende Entfremdung schadet vor allem dem Wohl der betroffenen Kinder.

Eltern bleibt man ein Leben lang! Nach einer Trennung ist man zwar kein Paar mehr, aber im Hinblick auf die Kinder bleibt man ein Elternteam. Daher sind gemeinsame Kinder Auftrag und Verantwortung zugleich, auch nach einer Trennung ein konstruktives Miteinander zu pflegen und die Eltern-Beziehung zu klären.

Die Kinderkommission

- ist der Auffassung: Ein gemeinsames Kind ist Auftrag und Verantwortung zugleich, daher sind die Eltern in der Pflicht, auch über eine Trennung hinaus zum Wohle ihrer Kinder ein konstruktives Miteinander zu pflegen;
- verweist auf den Beratungsanspruch für Eltern in der Trennungssituation in § 17 Kinder- und Jugendhilfegesetz;
- begrüßt im Grundsatz den Beratungsanspruch, den das Bundeskinderschutzgesetz, das 2012 in Kraft getreten ist, vorsieht, hätte sich aber einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Beratung für alle Kinder und Jugendlichen gewünscht;
- fordert eine Evaluation der Reform des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen (FamFG) von 2008;
- fordert eine bessere Berücksichtigung der Rechte und Belange von Kindern und Jugendlichen in der Aus- und Weiterbildung von Familienrichtern;
- fordert eine juristische und pädagogische Ausbildung (nicht unbedingt ein Studium) für die Bestellung als Verfahrensbeistand nach dem FamFG;
- regt eine Definition von Qualifikationsstandards für Verfahrensbeistände an.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 4



3. Kinder von Alleinerziehenden

Fast jedes fünfte Kind in Deutschland wächst mit nur einem Elternteil auf. Unter den Alleinerziehenden stellen die Mütter mit fast 90 Prozent die übergroße Mehrheit. Alleinerziehende sind in den östlichen Bundesländern stärker vertreten als in den westlichen. Sie stehen vor großen Herausforderungen und müssen Doppel- und Dreifachbelastungen leisten. Neben dem Beruf und der Kindererziehung sind leider oft auch problematische Scheidungs- und Trennungsfolgen zu bewältigen (beispielsweise Eintreibung von Unterhaltszahlungen) und nicht immer sind Hilfsangebote von Familienangehörigen und soziale Netzwerke vorhanden. Verschiedene Statistiken belegen auch, dass Alleinerziehende ein deutlich höheres Armutsrisiko tragen. Dies hat einschneidende Konsequenzen für die Lebenssituation und Zukunftsperspektiven der betroffenen Kinder. Alleinerziehende verdienen deshalb den besonderen Respekt und die Anerkennung der Gesellschaft sowie eine wirksame Unterstützung in ihrer Situation.

Lange Zeit wurde die Perspektive der Kinder in Einelternfamilien nicht in den Blick genommen. Zwar gelingt es den meisten Kindern, sich an die neue Situation anzupassen, ein geringerer Teil hat aber erhebliche Probleme mit der Bewältigung der Situation.

Die Kinderkommission hat sich intensiv mit der Lage von Kindern in Einelternfamilien beschäftigt. Dabei hat sich gezeigt, dass hierzu erheblicher Forschungsbedarf besteht.

Die Kinderkommission

- anerkennt ausdrücklich die Leistungen, die Alleinerziehende in der Mehrfachbelastung durch Beruf und Kindererziehung erbringen;
- erkennt erheblichen Bedarf an Forschung und Verbesserung der Datengrundlagen im Hinblick auf die Lebenssituation von Kindern in Einelternfamilien und fordert Studien, aus denen der konkrete Unterstützungsbedarf hervorgeht;
- fordert dazu auf, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, den weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen und durch flexiblere Arbeitszeitmodelle wie Telearbeit, Teilzeitmodelle und Arbeitszeitkonten zu verbessern.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 5



4. Trennung von den Großeltern durch Trennung der Eltern

Mit einer Trennung oder Scheidung verlieren Kinder oftmals nicht nur einen Elternteil, sondern einen ganzen Zweig der bisherigen Familie. Insbesondere Großeltern, die ihre Enkelinnen und Enkel in Liebe und Sorge begleitet haben, werden vielfach aus der Beziehung herausgerissen, wenn der Umgang mit einem Elternteil eingeschränkt oder gar ganz untersagt ist. Kindern fällt es schwer zu verstehen, warum – neben dem Verlust eines Elternteils – auch die Beziehung zu einer Linie der Großeltern eingeschränkt sein soll.

Zwar gibt es nach § 1685 Abs. 1 BGB ein Umgangsrecht der Großeltern mit den Enkelkindern. In der täglichen Anwendung scheint dieses jedoch nicht immer berücksichtigt zu werden. Oberster Grundsatz muss allerdings – auch gegenüber berechtigten Interessen der Großeltern – die Berücksichtigung des Kindeswohls bleiben.

Die Bedeutung von Großeltern im Netzwerk der Familienstruktur sollte nicht unterschätzt werden. Der Deutsche Kinderschutzbund bietet mit seinem Modul „Starke Großeltern – starke Enkel“ eine Hilfe an, mit der auch in schwierigen Familiensituationen zur Deeskalation und Konfliktlösung beigetragen werden kann.

Ehrenamtliche Großelterndienste ermöglichen insbesondere Alleinerziehenden, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.

Die Kinderkommission

- fordert eine bessere Abstimmung, Austausch und Kooperation aller an Familiensachen beteiligten Stellen und Behörden;
- mahnt in Bezug auf das Umgangsrecht von Großeltern (§ 1685 Abs. 1 BGB) eine verbesserte Anwendungspraxis des geltenden Rechts an;
- anerkennt die Leistung, die ehrenamtliche Großelterninitiativen für die Stärkung von Familien bedeuten und regt an, solche Initiativen gesellschaftlich zu würdigen und auf allen Ebenen in geeigneter Weise auszuzeichnen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 6



5. Patchwork – ein Familienmodell?

In Deutschland ist jede siebte Familie, rund 14 Prozent aller Familien mit Kindern unter 18 Jahren eine sogenannte Stief- oder Patchworkfamilie. Patchworkfamilien entstehen nach dem Tod eines Elternteils oder nach der Trennung der Eltern. Ein Paar findet sich neu zusammen, beide bringen eigene Kinder mit, teilweise haben sie gemeinsame Kinder. Für die Kinder ist das zum einen sehr bunt, lebendig und bereichernd. Gleichzeitig ergeben sich zum anderen neue Strukturen, in denen sie sich zurechtfinden müssen. In kürzester Zeit entsteht aus bislang fremden Menschen eine neue „Familie“.

Jedes Kind, das in einer Patchworkfamilie lebt, musste eine Verlusterfahrung machen, die es mehr oder weniger gut verarbeiten konnte. Zu den Loyalitätskonflikten kommen Positionskonflikte, die beispielsweise entstehen, wenn ein Kind einerseits beim Vater das jüngste Kind ist und zwei ältere Geschwister hat, bei der Mutter aber als Erstgeborener viel Verantwortung im Haushalt übernimmt. Alle paar Tage zwischen Mama und Papa zu wechseln und sich allein (!) in zwei unterschiedlichen sozialen und familiären Umfeldern zurechtzufinden, ist eine Herausforderung. Oftmals geben Kinder sich (fälschlicherweise) selbst die Schuld am Zerbrechen einer Beziehung und versuchen, diese zu kitten. Auch hier muss es durch eine Klärung der Eltern-Beziehung möglich sein, dass das Kind wieder Kind sein kann und nicht „Delegierter, Spion oder Botschafter“.

Kinder aus getrennten Familien haben eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, sich zu trennen, wenn sie später selbst Beziehungen haben (Scheidungstransmission).

Die Kinderkommission fordert:

- die Datenlage zu Stief- und Patchworkfamilien zu verbessern;
- Studien, die die Auswirkungen verschiedener Besonderheiten von Patchworkfamilien wie Multilokalität, Trennungshäufigkeit etc. berücksichtigen;
- dafür zu sorgen, dass die Versorgung mit Psychotherapeuten, insbesondere in ländlichen Gebieten, verbessert wird, um überlange Wartezeiten in schwierigen Situationen zu vermeiden;



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 7



- die Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen, dass sie den bestehenden Anspruch auf (Erziehungs-) Beratung nach dem KJHG auch erfüllen und am Bedarf ausrichten können;
- zu prüfen, ob Gutscheinmodelle für ein Familien-Coaching sinnvoll und finanzierbar wären.

6. Kinder von Strafgefangenen

Europaweit wird die Zahl der Kinder, bei denen ein Elternteil in Haft ist, auf 800.000 geschätzt. Für Deutschland wird eine exakte Statistik über die Zahl der Kinder inhaftierter Eltern bislang nicht geführt. Unter den Strafgefangenen in Deutschland sind 95 Prozent männlich und 5 Prozent weiblich. Die Erhaltung der Bezugsperson und die Verhinderung des Abbruchs der Beziehung des Kindes zu seinem inhaftierten Elternteil ist aus einer kindzentrierten Betrachtung eine wichtige Herausforderung.

Nur wenige Einrichtungen in Deutschland praktizieren einen Mutter-Kind-Vollzug. Dabei sind die Bundesländer Niedersachsen und Sachsen beispielgebend. Einzelne Modellprojekte in den Bundesländern sind von einer flächendeckenden Versorgung weit entfernt. Damit bedeutet die Inhaftierung eines Elternteils in aller Regel eine dauerhafte Unterbrechung der Beziehung.

Kinder leiden dramatisch unter einer Verhaftungssituation. Es kann traumatisierend wirken, wenn Vater oder Mutter aus dem vertrauten Wohnumfeld in Handschellen und mit Gewalt im Angesicht des Kindes abgeführt werden. Da die Unschuldsvermutung gilt, werden Jugendämter erst nach einer Verurteilung des Beschuldigten informiert.

Die Kinderkommission

- begrüßt die Einrichtung von Möglichkeiten des Mutter-Kind-Vollzuges und fordert die Bundesländer, die bislang solche Einrichtungen nicht geschaffen haben, auf, entsprechend aktiv zu werden;
- spricht sich dafür aus, in Zusammenarbeit mit den Bundesländern bei der Ausbildung der Polizei darauf zu achten, dass Verhaftungssituationen, bei denen Kinder zugegen sind, nicht zu Traumatisierungen führen und der Polizei entsprechende Hinweise für ihr Verhalten an die Hand zu geben;



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 8



- regt an zu prüfen, wie die Jugendämter rechtzeitig über die Verhaftung von Eltern informiert werden können, um so frühzeitiger und präventiver für das Kindeswohl handeln zu können;
- schlägt vor, die Datenbasis zu Kindern inhaftierter Eltern zu verbessern.

Das Thema „Kinder und Trauer“ erfordert eine große Ernsthaftigkeit und Sensibilität. Es ist kein Thema für kurzfristige Profilierung oder politische Schnellschüsse. Es zeigt sich aber, dass Verlust, Trauer und ihre Verarbeitung oder Nichtbewältigung auf Kinder einen massiven, oft jahrzehntelangen und sogar lebenswegprägenden Einfluss haben können. Insofern hat die Kinderkommission dazu beigetragen, dieses Thema ans Licht der Öffentlichkeit zu holen und Fachleuten und Initiativen die Gelegenheit gegeben, ihre Erkenntnisse vorzutragen. Die Kinderkommission hofft, dass andere Institutionen, Verbände, Vereine und nicht zuletzt die Parlamente von Bund und Ländern das Thema fortführen und die Vorschläge der Kinderkommission aufgreifen.

Nicole Bracht-Bendt, MdB



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

2. Schwerpunktthema „Kinder und Kultur“

2.1. Fachgespräch zum Thema „Kulturelle Bildung in den Alltag integrieren“

Am **18. Januar 2012** fand in der Kinderkommission ein Gespräch zum Thema „Kulturelle Bildung in den Alltag integrieren“ statt.

Herr **Arnold Bischinger** von **Kulturprojekte Berlin GmbH** stellte eine Studie vor, die sich damit befasst, wie Kinder und Jugendliche in Berlin über Kunst und Kultur denken. Sie sei 2008 gestartet worden und habe im Frühjahr 2010 mit der Veröffentlichung der Publikation „Kunst und Kultur in Berlin – was geht mich das an?“ ihren Höhepunkt gefunden. Im Podewilschen Palais in Berlin-Mitte hätten sich im Herbst 2008 24 Jugendliche als Interviewer getroffen. Die Peer-to-Peer-Umfrage „Jugendliche befragen Jugendliche“ habe in allen Berliner Bezirken stattgefunden. Insgesamt seien 250 Interviews mit Jugendlichen zwischen 15 und 21 Jahren geführt worden. Diese Umfrage sei unter vier Gesichtspunkten erfolgt: „Wie nehmt ihr die Angebote der Kunst- und Kultureinrichtungen in der Stadt wahr? Wie werdet ihr auf die Programme und Veranstaltungen aufmerksam gemacht? Was macht ihr selber, was interessiert auch, was wünscht ihr euch? Welche Rolle spielen Schule, Familie und Freundeskreis?“

Herr Bischinger betonte, dass die sehr individuellen Antworten für sich sprächen und gab einige Beispiele: „Da werden speziell erwachsene Berufsjugendliche engagiert, die dann scheinbar wissen, was uns interessiert.“ „Klar gibt es auch gute Sachen, aber vieles wird dann so auf jugendlich gemacht, so komisch, dass einfach nichts mehr stimmt. Man darf Kunst nicht extra für Bildung, für Erziehung bearbeiten.“ Eine zentrale Aussage sei gewesen: „Wenn z. B. mir ein Künstler selber sagt, was er da macht, dann interessiert mich das schon.“ Diesen Ansatz habe man in Berlin mit der Offensive Kulturelle Bildung aufgegriffen, indem man das sogenannte Berliner Projekt entwickelt habe. Ein Kernbaustein sei der Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung, in dem Künstler und Schüler zusammengebracht würden. Auch auf der Einrichtungsebene brauche es sowohl einer Kultur- oder Kunsteinrichtung als auch einer Bildungs- und Jugendeinrichtung. Eine weitere zentrale Aussage sei, dass das Zielpublikum zumeist keines sein wolle. Ein häufiges Statement sei, dass dieses Zielpublikum eigene Wünsche und einen eigenen Geschmack habe, jedoch selten Raum genug, um eigene Ideen verwirklichen zu können. In den Interviews trete oft ein sehr eingeschränkter Kunstbegriff zutage. Mit „Kunst“ werde Malerei und Stilepochen der Geschichte verbunden und mit „Kultur“ sehr schnell Religionsausübung. Unter „Jugendkultur“ stelle man sich Graffiti oder soziale und politische Bewegungen vor. Wiederkehrend sei eine ablehnende Haltung gegenüber all dem, was von oben geboten wird, festzustellen. Es sei häufig keine eigene Haltung zu Kunst und Kultur erkennbar. Vielfach werde Langeweile als Grundhaltung beschrieben. Es sei zwar eine natürliche Neugierde vorhanden, aber es fehlten oftmals die Impulse, daraus auch ein Handeln abzuleiten. Als Ergebnis könne man festhalten, dass die bisherigen Angebote der kulturellen Bildung nicht ausreichten. Für die Zugangsfrage sei es sehr wichtig, auf unterschiedlichster Ebene Angebote zu unterbreiten. Es könne auch eine Aktion sein, in der man als Akteur eingebunden sei.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Damit könne kulturelle Bildung deutlich kostengünstiger als eine Opernaufführung sein. Das Freiwillige soziale Jahr in der Kultur sei sehr wichtig. Auch Maßnahmen im öffentlichen Beschäftigungssektor seien überlebensnotwendig. Ohne sie würde die kulturelle Bildung mit den Projektmitteln nicht funktionieren.

Partizipation der Kinder und Jugendlichen sei ein wesentliches Förderkriterium. Bei Theaterprojekten könnten sie beispielsweise in der Dramaturgie mitbestimmen oder in die Umsetzung aktiv involviert sein.

Frau **Sibylle Linke** von den **Kulturagenten für kreative Schulen** verwies darauf, dass dieses Modellprogramm von der Kulturstiftung des Bundes und der Stiftung Mercator initiiert worden sei und von beiden mit jeweils 10 Millionen Euro gefördert werde. Es habe das Ziel, möglichst viele Kinder und Jugendliche nachhaltig für Kunst und Kultur zu begeistern und sie zu aktivieren. Für einen Zeitraum von vier Jahren würden in fünf Bundesländern 46 Kulturagenten an 138 Schulen eingesetzt, die gemeinsam mit den Schülern, den Lehrern, der Schulleitung, den Künstlern und Kulturinstitutionen ein umfassendes und fächerübergreifendes Angebot der kulturellen Bildung entwickeln sollten. Dabei gehe es um Partizipation und das Aushalten von offenen Prozessen. Die Kulturagenten seien zumeist selbst Künstler oder professionelle Kunstvermittler, die beide Seiten kannten: Sie kannten die Kulturinstitutionen, deren Bedürfnisse und Ziele und hätten auch Erfahrung mit der Projektarbeit mit Kindern und Jugendlichen an Schulen. Sie seien Experten für Kunst und Schule und sollten beide zusammenbringen. In der langfristigen Zusammenarbeit von Schulen und Kulturinstitutionen bestehe die Chance, ein Umfeld zu schaffen, in dem Kunst Wertschätzung erfahre und sich im Schulalltag entfalten könne. Kinder und Jugendliche würden beteiligt, um ihre Persönlichkeit zu stärken und in Zukunft Akteure einer kulturinteressierten Öffentlichkeit zu werden. Ein weiteres Ziel sei die Vernetzung der Schulen. In den Schulen gebe es die Kulturbeauftragten als die wichtigsten Ansprechpartner für die Kulturagenten. Gemeinsam werde vor Ort ein Team gebildet und überlegt, wie man das bestehende Potential besser nutzen und ausbauen könne.

Die 138 Schulen seien Sekundarschulen, da man insbesondere die Kinder und Jugendlichen erreichen wolle, die bislang nicht soviel Kontakt mit Kunst und Kultur gehabt hätten. Die Kulturagenten seien in Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Thüringen aktiv. Das Programm laufe über vier Jahre bis zum Jahr 2015. Außer dem Angebot der Kulturagenten gebe es einen kleinen Projektmittelfonds. Hier könnten die Schulen Mittel für Projekte beantragen. Ein Beirat aus Künstlern, Wissenschaftlern und Vertretern der Ministerien Sorge dafür, dass bestimmte qualitative Bedingungen eingehalten würden.

Frau Linke äußerte die Hoffnung, dass in den vier Jahren des Modellprogramms sowohl in den Schulen als auch in den Kulturinstitutionen nachhaltige Veränderungsprozesse in Gang gesetzt werden könnten, die zu mehr Strukturen für Kunst und Kultur in den Schulen führten. Man brauche aber auch mehr Freiräume und mehr Zeit. Manchmal fehle ebenfalls das Know-how, wie man Unterrichtsstunden bündeln könne.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Frau **Professor Dr. Vanessa Reinwand** von der **Stiftung Universität Hildesheim, Institut für Kulturpolitik**, erklärte, dass das Ziel die Schaffung von Strukturen für kulturelle Bildung sein müsse, damit diese in den Alltag integriert werden könnten. 2006 erklärten 25 Prozent der für das Jugendbarometer befragten Kinder und Jugendlichen, dass sie in der Schule freiwillig künstlerische Aktivitäten wahrnahmen; 45 Prozent beschäftigten sich außerschulisch mit kultureller Bildung. Das sei noch weit entfernt von dem Slogan „Kultur für alle!“ Dieser bedeute auch, Kultur von Anfang an für alle und lebenslang. Für die Altersgruppe bis 3 Jahren gebe es sehr wenige qualifizierte Angebote. Die Frage der Qualität kultureller Bildung sei spartenspezifisch unterschiedlich.

Es gebe in der Praxis auch zu wenig Fachwissen in diesem Bereich. Nur 4,2 Prozent der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen hätten eine akademische Hochschulausbildung. Das bedeute, dass der Wissenstransfer, also was in der Forschung tatsächlich über ästhetische kulturelle Bildung konstatiert werden könne, kaum Eingang in die Praxis vor Ort finde. Wichtig sei die Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern, die bereits durch ihren Werdegang stark begeistern könnten. Damit könnten ganz andere Lern- und Bildungsprozesse stattfinden.

Kulturelle Bildung könne sehr viel tun, um die Krisen bei den Übergängen in den Schulen abzuschwächen. In der Schule gehe es um die Stärkung der Künste. Wichtig sei die langfristige Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Partnern. Die Lehrer müssten die Zeit haben, solche kulturellen Bildungsprojekte zuzulassen. Künstler seien prädestiniert, interkulturelle Themen auf die Tagesordnung zu bringen. Von Bedeutung sei auch, dass die Kinder sowohl Kultureinrichtungen erfahren könnten – z. B. in die Oper gehen könnten – als auch selbst produzieren könnten.

Zur Elternbildung in der kulturellen Bildung gebe es kaum Forschung. Für Eltern gebe es nur wenige Projekte. Aber nur wenn Eltern selbst Erfahrungen mit kultureller Bildung machten, könnten sie ihre Kinder verstehen. Bei der kulturellen Bildung gehe es auch mehr um ein Menschenbild als um ein Programm. Generationenübergreifende Projekte spielten ebenfalls eine große Rolle.

Zur kulturellen Bildung existiere nur wenig Forschung. Dieses Feld berühre viele Wissenschaften wie die Neurowissenschaften, Pädagogik, Soziologie, Sportwissenschaften usw. Unter den Forschern finde kaum ein Austausch statt. Es mangle insbesondere an Wirkungsforschung, das bedeute, dass man immer noch zu wenig wisse, was eigentlich in den einzelnen Künsten passiere. Man müsse schauen, welche Kunstform welches Bildungspotential habe und wie eine gute Qualität kultureller Bildung aussehen müsse, um wirksam zu sein und um sie für alle Kinder und Jugendlichen in den Alltag zu bringen.

Da kulturelle Bildung eine Querschnittsaufgabe sei, könne man Gelder aus vielen Bereichen ziehen. Aus ihrer Sicht halte der Rückenwind für kulturelle Bildung seit der Pisa-Studie im Jahr 2001 nach wie vor an. Es sei also weiterhin eine gute Zeit für die Schaffung von Strukturen.

Studien aus den USA hätten nachgewiesen, dass durch den Einsatz der Künste in der Schule Aufmerksamkeit und Konzentrationsfähigkeit gesteigert würden. In Deutsch-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

land könne man mittlerweile diverse Transferwirkungen durch die Neurowissenschaften nachweisen. Sie warne aber davor, kulturelle Bildung auf diese Transferwirkungen zu reduzieren. Diese bildeten nicht den Kern dessen ab, was ein Leben und ein Menschenbild mit Kunst ausmache. Es sei schwierig, dies schriftlich einzufangen und in Zahlen zu präsentieren.

Auf Nachfrage stellte sie fest, dass das Internet nicht per se geeignet sei, kulturelle Bildung für alle anzuregen. Die sinnvollen Seiten würden wiederum nur von bestimmten Schichten genutzt.

2.2. Besuch des TUSCH Theaters

Am **25. Januar 2012** stattete die Kinderkommission dem Projekt „TUSCH Theater und Schule Berlin“ in Berlin-Steglitz einen Besuch ab.



Über diesen Besuch berichtete [mitmischen.de](http://www.mitmischen.de) unter <http://www.mitmischen.de/erleben/hinterDenKulissen/kiko-tusch/index.jsp> wie folgt:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Theater macht Schule

Bühne statt Bundestag: Die Kinderkommission (KiKo) hat sich an einer Berliner Grundschule über das Projekt "TUSCH Theater und Schule Berlin" informiert, mit Pädagogen und Schülern diskutiert – und gelernt, wie sich Kinder für Kultur begeistern lassen.

Vorhang auf für die KiKo!

Berlin-Steglitz am späten Nachmittag: Obwohl die meisten Schüler schon auf dem Heimweg sein müssten, hallen Schritte, Musik und ein Lachen durch die Gänge der Rothenburg-Grundschule. Der "Lärm" kommt aus der Aula. Dort erwartet ein Dutzend Grundschüler außergewöhnliche Gäste.

Der neunjährige Jonathan hat gleich einen Auftritt. Er ist "etwas aufgeregt", denn im Publikum sitzen am 25. Januar 2012 nicht nur Lehrer und die Schulleiterin, sondern auch Mitglieder der Kinderkommission (KiKo), Mitarbeiterinnen des Deutschen Bundestages und Pressevertreter. Die KiKo beschäftigt sich zurzeit schwerpunktmäßig mit Kultur für Kinder und will sich hier vor Ort einen Eindruck verschaffen, wie sich Kinder dafür begeistern lassen, denn in den Augen der Abgeordneten kommt das Thema in der öffentlichen Wahrnehmung zu kurz. "Ich wünsche mir, dass alle Kinder in den Genuss kommen können, Theater zu spielen", sagt die KiKo-Vorsitzende Nicole Bracht-Bendt (FDP).

"Auf der Bühne macht man nichts falsch"

Selbstbewusst platzieren sich die Jungen und Mädchen auf der großen Bühne. Der Raum wird abgedunkelt, immer lauter werdende Musik erklingt – es geht los: Die jungen Schauspieler umarmen sich, streiten sich und hüpfen so hoch, dass die Bühnenbretter knallen. Ob ein Familientreffen, bei dem der Großvater plötzlich verschwindet, oder ein Kinobesuch mit Freunden: Die Schüler zeigen verschiedene Stücke, die alle mit Reichtum zu tun haben – in all seinen Facetten. Bracht-Bendt und ihre Kollegen verfolgen gebannt die Texte und Choreografien der jungen Künstler, die nach der Vorstellung viel Applaus ernten.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)



Anschließend beraten sich die Schauspieler in großer Runde: Was war gut, was kann verbessert werden? "Man gibt sich Tipps, konstruktive Kritik wird aufgenommen und eingebaut. Sie hilft den Schülern, sich zu verbessern", berichtet die Theaterpädagogin Eva-Maria Bartholomäus. Fehler im eigentlichen Sinne gebe es nicht: "Auf der Bühne macht man nichts falsch."

Ein Netzwerk der kulturellen Bildung

"Theater und Schule", kurz TUSCH, ist ein Netzwerk der kulturellen Bildung, an dem sich 123 Berliner Schulen und 36 Berliner Bühnen beteiligen. Die Schulen und Theater gehen jeweils eine dreijährige Partnerschaft ein. TUSCH initiiert diese, unterstützt sie inhaltlich, organisatorisch und finanziell.

Die Schüler der Rothenburg-Schule betreuen Profis vom Grips-Theater. "Die Zusammenarbeit mit den Kindern ist eine gelungene Abwechslung", findet Anne Herrmann, 27, die die Gruppe anleitet. Die Stücke werden im März beim TUSCH-Festival zu sehen sein. Dafür probt die Berlinerin einmal pro Woche mit den Nachwuchsschauspielern. "Unsere Schüler gewinnen durch den lebendigen Austausch mit den Theaterprofis Impulse für ihre Entwicklung. Sie können sich besser ausdrücken, ihre Fantasie wird geschult", erklärt die Theaterpädagogin Bartholomäus.

Kinder für Kunst sensibilisieren

Die KiKo-Vorsitzende will von den Schülern wissen, was Theater für sie bedeutet. "Lebensfreude, Spaß, Ablenkung und Zusammenarbeit", lautet die Antwort. "Man kann rumalbern und in andere Rollen schlüpfen." Am Anfang habe es noch Vorbehalte gegenüber dem Projekt gegeben, die je-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

doch schnell abgebaut worden seien: Theater sei "nichts Handfestes" und liege nicht jedem. Inzwischen haben sich sogar Eltern zu einer eigenen Schauspielgruppe formiert.

TUSCH bringe die Schüler auf vielfältige Weise der Bühnenkunst, dem Theater als Kunstort und der künstlerisch-ästhetischen Auseinandersetzung mit aktuellen Themen näher, erklärt die Schulleiterin Brigitte Heinze.

Theater verbindet

Jörn Wunderlich, stellvertretendes KiKo-Mitglied, bedankt sich bei den Schülern für deren Mut. Er könne sich noch genau an seine erste Rede im Plenum des Bundestages erinnern, erzählt der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion. Damals sei er sehr nervös gewesen, "vor all den Menschen und dem Fernsehen zu sprechen". Jonathan versteht das nur zu gut: "Die Aufführungen sind ja vor freiem Publikum und das ist ganz komisch, weil ich jedem Menschen, der zugucken will, zeige, was ich drauf habe."

Die Kinderkommission wird nun prüfen, wie sie die kulturelle Arbeit an Schulen fördern kann. "Wir werden am Ende einen Bericht schreiben. Ich für meinen Teil wünsche mir, dass alle Kinder Zugang zu kulturellen Aspekten bekommen", resümiert die Vorsitzende Bracht-Bendt.

Auch im Internet des Deutschen Bundestag wurde unter http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37561313_kw04_tusch/index.html wie folgt über diesen Besuch berichtet:

Kinderkommission besucht Theaterprojekt für Schüler



Nicole Bracht-Bendt (rechts) mit Grundschulern © DBT/Carolin Weinkopf

Die **Kinderkommission des Deutschen Bundestages (Kiko)** befasst sich derzeit schwerpunktmäßig mit dem – in der öffentlichen Wahrnehmung unterrepräsentierten – Thema "Kultur für Kinder" befasst. Aus diesem Grund informierten sich die Abgeordneten vor Ort. "Ich wünsche mir, dass alle Kinder in den Genuss kommen können, Theater zu spielen", sagte **Nicole Bracht-Bendt (FDP)**. Gemeinsam mit ihren Kollegen ließ sich die **Vorsitzende der Kinderkommission** in der Aula der Berliner Rothenburg-Grundschule zeigen, wie es gelingt, junge Menschen für Theater und Kultur zu interessieren.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

"Auf der Bühne macht man nichts falsch"

Selbstbewusst platzierten sich die Jungen und Mädchen auf dem Podium des großen Schulsaals und begannen mit ihren Darbietungen. Ob Familientreffen oder der Kinobesuch mit Freunden: Die Schüler präsentierten verschiedene Bühnenstücke, die mit Reichtum – in all seinen Facetten – zu tun hatten. Denn das sei "das große Thema der Aufführung", erklärte der neunjährige **Jonathan Schackert** anschließend.

Nicole Bracht-Bendt und ihre Kollegen verfolgten die Texte und Choreografien der jungen Künstler und bedachten nach der Inszenierung die Grundschüler mit viel Applaus. Anschließend berieten sich die Jungschauspieler, lobten Gelungenes und gaben sich gegenseitig Verbesserungsvorschläge. "Man gibt sich Tipps, konstruktive Kritik wird aufgenommen und eingebaut. Sie hilft den Schülern, sich zu verbessern", berichtete die **Theaterpädagogin Eva-Maria Bartholomäus**. Fehler im eigentlichen Sinne gebe es nicht. "Auf der Bühne macht man nichts falsch", betonte sie.

Ein Netzwerk der kulturellen Bildung

"**Theater und Schulen**" (**TUSCH**) ist ein Netzwerk der kulturellen Bildung, in dem 123 Berliner Schulen und über 36 Berliner Bühnen aktiv sind. Im Zentrum steht die dreijährige Partnerschaft zwischen jeweils einer Schule und einem Theater. TUSCH initiiert diese Beziehungen, unterstützt sie inhaltlich, als auch organisatorisch und finanziell.

"Unsere Kinder gewinnen durch den lebendigen Austausch mit den Theaterprofis Impulse für ihre Entwicklung. Sie können sich besser ausdrücken, ihre Fantasie wird geschult", erzählte Bartholomäus. Durch das Projekt würden die Grundschüler den Theaterbetrieb spielerisch kennenlernen und bekämen folglich Einblicke in das Bühnengeschehen und in Organisationsvorgänge.

"Eine gelungene Abwechslung"

Während des gesamten Projektzeitraumes werden die Schüler der Rothenburg-Grundschule von Experten betreut: Das **Berliner Grips-Theater** kooperiert im Rahmen von TUSCH mit der Rothenburg-Grundschule und der neunten integrierten Sekundarschule Graefestraße in Berlin-Kreuzberg.

"Die Zusammenarbeit mit den Kindern ist eine gelungene Abwechslung", erzählte **Anne Herrmann** (27), die mit der Schülergruppe arbeitet und sie anleitet. Momentan entstünden zwei Theaterstücke, die beim TUSCH-Festival im März dieses Jahres zu sehen sein werden. Dafür probt die Berlinererin einmal in der Woche mit ihren Schützlingen.

Kinder für Kultur sensibilisieren

"Lebensfreude, Spaß, Ablenkung und Zusammenarbeit" und "Man kann rumalbern und in andere Rollen schlüpfen", antworteten die Schüler auf Nicole Bracht-Bendts Frage, was Theater für sie bedeuten würde. Zu Beginn, so erzählten die jungen Schauspieler, hätte es noch Vorbehalte gegen



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

das Projekt gegeben. Die seien jedoch schnell abgebaut worden. Jetzt hätten sich sogar Eltern zu einer eigenen Theatergruppe formiert.

TUSCH, so führte **Schulleiterin Brigitte Heinze** aus, bringe die Schüler "auf vielfältige Weise mit Bühnenkunst, dem Theater als Kunstort und den Reizen der künstlerisch-ästhetischen Auseinandersetzung mit aktuellen Themen näher". Erklärtes Ziel sei es, eine theaterbetonte Grundschule zu werden, resümierte die Schulleiterin.

Teilhabe am kulturellen Leben fördern

Jörn Wunderlich bedankte sich bei den Schülern für deren Mut. Der **Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion** gestand, dass er "selbst gern auf der Bühne gestanden hätte" – so beeindruckt sei er von den Darbietungen gewesen. An seine erste Rede im Plenum des Bundestages könne er sich noch genau erinnern.

Damals – so berichtete Wunderlich – sei er selbst sehr nervös gewesen, "vor all den Menschen und auch dem Fernsehen zu sprechen". Der neunjährige Jonathan versteht das nur zu gut: "Die Aufführungen sind ja vor freiem Publikum, und das ist ganz komisch, weil ich dann jedem Menschen, der zusehen will, zeige, was ich drauf habe."

Die Kinderkommission will prüfen, wie sie die kulturelle Arbeit an Schulen fördern kann. "Wir werden nun einen Bericht verfassen. Ich für meinen Teil wünsche mir, dass alle Kinder Zugang zu kulturellen Aspekten bekommen", bilanzierte Bracht-Bendt. (ajw)

2.3. Expertengespräch zum Thema „Vielfalt – Kulturelle Angebote für Kinder“

Am **8. Februar 2012** befasste sich die Kinderkommission mit dem Thema „Vielfalt – Kulturelle Angebote für Kinder“.

Frau **Isabel Pfeiffer-Poensgen, Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder**, erläuterte, dass laut Satzung die „Förderung, Erhalt und Vermittlung des kulturellen Erbes in Deutschland“ im Mittelpunkt der Arbeit der Kulturstiftung der Länder stehe. Die Stiftung werde von den 16 Ländern finanziert und sei hauptsächlich im Bereich Museen, Bibliotheken und Archive tätig. Sie kaufe in erster Linie Kunst, Autografen etc. für öffentliche Sammlungen. Vor zehn Jahren habe man sich gefragt, was mit all den Schätzen passiere, wenn sich in zwei Generationen niemand mehr dafür interessiere. Man sei zu der Erkenntnis gelangt, dass man sich für die Vermittlung engagieren müsse. Bekannt sei, dass kulturelle Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung wichtig sei; aber es gehe um mehr. Es gehe darum, dass sich Kinder und Jugendliche wirklich für Kunst und Kultur interessierten und begeisterten und sich im Erwachsenenalter dann auch dafür verantwortlich fühlten, dass es weitergehe. 2003 sei die Initiative „Kinder zum Olymp“ ins Leben gerufen worden. Dort kümmere man sich um die Kooperation zwischen Kultur und Schule. Ziel sei, kulturelle Bildung in allen Facetten nachhaltig und in hoher Qualität in die Schulen zu tragen. Jedes Jahr finde unter dem Motto



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

„Schulen kooperieren mit Kultur“ ein Wettbewerb statt. Die Projekte müssten in den Schulkontext eingebettet, übertragbar, alltagstauglich und nachhaltig sein. Es gehe um Projekte, die mit überschaubarem Mitteleinsatz längerfristig in einer Schule wirkten. Für diese Projekte besorge man sich Geld von Drittmittelgebern.

Außerdem werde der Sonderpreis „Schule mit dem überzeugendsten Kulturprofil“ vergeben. Im letzten Wettbewerb hätten sich 90 Schulen mit fantastischen Gesamtkonzepten für den Schulalltag und die Integration von kulturellen Angeboten beworben. In acht Runden seien bislang ungefähr 250 Projekte in sieben Sparten prämiert worden. Das gehe von Architektur über Tanz bis zum Film in drei Altersstufen. Die Jurys bestünden aus Lehrern, Schülern und Künstlern. An jedem Projekt seien im Schnitt ungefähr 90 Schüler beteiligt. Das Niveau sei in den sieben Jahren stark angestiegen, da das Bewusstsein für Kulturprojekte in den Schulen sehr gewachsen sei.

Alle zwei Jahre fänden große Kongresse statt. Zuletzt habe man sich 2011 in Dessau getroffen und zum ersten Mal den Schwerpunkt auf die kulturelle Bildung in der Schule gelegt. Ein Drittel der Teilnehmer seien Lehrer gewesen. Ziel sei ein flächendeckendes und regelmäßiges Angebot im Schulalltag. Davon sei man nach wie vor noch weit entfernt. Man müsse weg von diesem ewigen Projektstatus und hin zu einem systematischen Angebot. Hierfür müsse man weiter in der Kultusministerkonferenz kämpfen. Deren empfehlenden Papiere seien immer noch so unverbindlich, dass keine wirklich systematische Verankerung in ganz Deutschland in den Schulplänen existiere.

Auf Nachfrage stellte sie fest, dass die Vermittlungsarbeit eines Theaters oder Museums nicht auf den Pädagogen abgeladen, sondern zur „Chefsache“ gemacht werden sollte. Sie verwies auf die großen Organisationsprobleme der Schulen, da der starre Unterrichtsrhythmus den großen Projekten häufig entgegenstehe. Ideal wäre es, wenn im Schulalltag eine Abwechslung erfolgen könnte.

Frau **Birgit Walter, Stiftung Jedem Kind ein Instrument**, trägt vor, dass die Idee „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) 2003 zunächst nur auf kommunaler Ebene an der Bochumer Musikschule aufgekommen sei. 2006 sei die Kulturstiftung des Bundes auf der Suche nach einem Projekt gewesen, das sie für die Kulturhauptstadt in den Rang eines Kulturhauptstadtprojekts erheben konnte. Auf dieser Suche habe sie JeKi gefunden. 2007 sei eine Stiftung mit Sitz in Bochum gegründet worden. Es habe zunächst eine vierjährige Einführungsphase gegeben. Ziel sei gewesen, im Jahr 2010 – also dem Jahr der Kulturhauptstadt – mit möglichst vielen Kindern mit einem Instrument am Start zu sein. Seit Abschluss der Einführungsphase am 31. Juli 2011 fördere das Land Nordrhein-Westfalen alleine. JeKi sei so im Ruhrgebiet im Dauerbetrieb angekommen. Zielsetzung sei, dass jedes Kind die Möglichkeit erhalte, in seiner Grundschule ein Musikinstrument zu erlernen. Wichtig sei der Anknüpfungspunkt Schule. Das aktive Musizieren stehe dabei im Mittelpunkt. Zentrales Anliegen sei, Kinder mit unterschiedlichen musikalischen und sozialen Voraussetzungen beim gemeinsamen Instrumentalspiel und mittlerweile auch beim Singen und Tanzen im Rahmen ihrer individuellen Möglichkeiten optimal zu fördern. Im ersten Schuljahr gebe es einen Tandemunterricht. Eine Lehrkraft der Musikschule komme in die Grundschule und unterrichte



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

dort gemeinsam mit der Grundschullehrerin. Das erste Schuljahr sei für die Kinder kostenfrei. Bei den am Programm teilnehmenden Grundschulen – das seien 80 Prozent der Grundschulen im Ruhrgebiet – erreiche man damit 100 Prozent der Kinder in der ersten Klasse. Ab dem zweiten Schuljahr könnten die Kinder für einen Beitrag von 20 Euro ein Instrument erlernen. Diese Möglichkeit nähmen 50 Prozent eines Jahrganges wahr. Auf freiwilliger Basis gehe es in kleinen Gruppen im Instrumentalunterricht bis zum vierten Schuljahr weiter. Ab dem dritten Schuljahr komme das gemeinsame Musizieren hinzu. Jede Grundschule habe ein eigenes Ensemble, das „Ensemble Kunstbunt“. Hierzu gehörten alle Kinder mit dem von ihnen ausgewählten Instrumenten. Das sei das Herzstück des Programms. 2007/2008 habe man in 34 Kommunen mit 7.000 Kindern begonnen. Jetzt sei man bei 60.000 Kindern an 659 Grund- und 27 Förderschulen angelangt. Initialzündung sei der Beschluss der Kulturstiftung des Bundes gewesen, JeKi zum Kooperationsprojekt der Kulturhauptstadt zu machen. Das habe einen unglaublichen finanziellen Rückenwind bedeutet, der eine flächendeckende Basismusikalisierung der Kinder ermöglichte. Es sei beabsichtigt, das Programm außerhalb des Ruhrgebiets auf das ganze Land auszudehnen. Dafür seien relativ große Summen nötig. Das Land fördere das Ruhrgebiet mit 10 Millionen Euro, eine Hochrechnung ergebe für das ganze Land 32 Millionen Euro.

JeKi habe sich vom „Projekt“ zum „Programm“ entwickelt und sei daher nicht mehr so leicht abzuschaffen. Es habe eine „Revolution“ bei den Musikschulen bewirkt. Neu sei, dass man zu den Kindern hingehe. Das Berufsbild des Musikschulpädagogen habe sich in eine ungeahnte Heterogenität verwandelt. Es habe eine starke Ausweitung des Lehrpersonals gegeben. Das Forschungsprogramm des BMBF evaluiere JeKi sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Hamburg. In Hamburg, Hessen und Sachsen hätten sich bundesweit Nachfolgeprojekte zu einem Verbund „Jedem Kind ein Instrument Deutschland“ zusammengeschlossen.

Zur Rhythmisierung des Schulalltags verwies Frau Walter auf die Idee der offenen Ganztagschule. Diese bedeute, dass man schulische und außerschulische Bildung miteinander abwechsele. Das funktioniere aber nur, wenn alle Kinder einer Klasse an der offenen Ganztagschule teilnähmen. Für die außerschulische Bildung am Nachmittag fehle es an einer gewissen Ernsthaftigkeit, da der Unterricht nicht verbindlich sei und keine Benotung erfolge. Sie schlage daher eine Benotung auch der außerschulischen Bildung vor und die Schaffung von Klassen mit Kindern, die alle an der Ganztagschule teilnehmen. Zum Thema Überforderung der Kinder durch ein Überangebot erklärte sie, dass man vom Denken in Institutionen wegkommen und mehr vom Kind aus denken müsse. Ein Kind könne nicht fünffach verplant werden. Man müsse Schule und Kindertagesstätte als einen Ort betrachten, an dem sich die Kinder aufhalten und ihnen dort alles anbieten, was die Gesellschaft ihrem Nachwuchs mitgeben wolle. Man müsse von einer Art „Gesamtpersönlichkeitsbildungszentrum Kind“ aus denken. Musikalische Früherziehung in den Kindertagesstätten sei problematisch, da es dort keine kostenpflichtigen Angebote geben dürfe, die Musikschulen aber Gebühren erheben müssen. Man müsse daher mit Hilfsmodellen dergestalt arbeiten, dass der Träger



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

der Kindertagesstätte der Vertragspartner sei. Hierzu sollte es Regelungen auf kommunaler Ebene geben.

Staatsminister Bernd Neumann, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, knüpfte an das Gespräch mit der Kinderkommission im Jahr 2007 an. Seitdem habe sich in seinem Haus vieles getan. Sein Ressort sei finanziell an fast 60 Einrichtungen beteiligt. Allerdings seien die Länder für die Bildung und damit auch für die kulturelle Bildung zuständig. Der Bund könne und solle nur bei Projekten mitwirken, die über die Region hinaus von nationaler Bedeutung seien. Dennoch sehe er die kulturelle Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe an. Entsprechend dem Koalitionsvertrag gehe es darum, gemeinsam mit den Ländern den Zugang zu kulturellen Angeboten unabhängig von der sozialen Herkunft zu erleichtern und die Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung zu verstärken. In der Bundesregierung hätten im weitesten Sinne drei Ressorts mit kultureller Bildung zu tun. Dies sei zu begrüßen, da drei Ministerien mehr umsetzen könnten als eines, es müsse nur abgestimmt sein. Teilweise seien die Ansätze auch unterschiedlich. Sein Ansatz sei, die kulturelle Bildung nicht als Mittel zum Zweck zu sehen – also zur Persönlichkeitsbildung oder zwecks Befähigung zur Mitgestaltung der Gesellschaft. Diese Ziele seien selbstverständlich wichtig und er freue sich, dass diese in den anderen Ressorts schwerpunktmäßig gesehen würden. Ihm selbst gehe es eher um den Eigenwert der Kunst und den Zugang jedes einzelnen zu künstlerischen Ausdrucksweisen und Gestaltungskraft. Bei ihm stehe die kulturelle Vermittlung im Mittelpunkt, die von den unterschiedlichen Einrichtungen wahrgenommen werde. Als konkretes Beispiel nannte Staatsminister Neumann die Stiftung Genshagen, die sich bis 2009 mit relativ beträchtlichen Mitteln nur dem Thema Europa gewidmet habe. Hier sei zwischenzeitlich auch der Schwerpunkt „Kulturelle Bildung“ installiert worden. Es gehe um kulturelle Bildung in Europa, insbesondere auf der Basis des sogenannten Weimarer Dreiecks. Das beinhalte die Beteiligung von Franzosen und Polen.

Bei „kultureller Bildung“ denke er zunächst an alle Altersgruppen und an alle Schichten, aber selbstverständlich schwerpunktmäßig an Kinder und Jugendliche. Der zweite Gesichtspunkt sei die Integration, denn diese lasse sich am besten im Bereich von Kultur verwirklichen, weil Kultur sprachen- und grenzübergreifend sei.

2007 sei eine institutionalisierte Kooperation der Akteure eingeführt worden, weil es überall großartige Initiativen gebe, die häufig nichts von einander wüssten. Daher fänden unter der Moderation seines Hauses regelmäßig interministerielle Sitzungen, ständige Kontakte zwischen Kulturrat, Kulturstiftungen der Länder, Kulturstiftung des Bundes und anderen statt, um vernetzt vorzugehen. Neben den Einrichtungen, die sein Haus ohnehin finanziere, habe er zusätzlich einen Förderfonds von 1,5 Millionen Euro eingerichtet, aus dem regelmäßig Modellprojekte (mit-)finanziert würden. JeKi sei aus Sondermitteln finanziert worden. 2009 habe er einen Preis für Aktivitäten in der kulturellen Bildung eingeführt, der mit insgesamt 60.000 Euro dotiert sei. In der Regel würden Kinder- oder Jugendprojekte ausgezeichnet.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

2008 habe er alle Einrichtungen in seiner Verantwortung angewiesen, im Bereich der kulturellen Bildung tätig zu werden. Dazu gehörten allein in Berlin die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Museumsinsel oder das Jüdische Museum, aber auch die Bayreuther Festspiele. Auf Initiative seines Hauses sei 2011 das Pilotprojekt „Vor-Ort-Beratungsteam“ gestartet worden. Das sei ein professionelles Beratungsteam, das von der Bundesakademie für Kulturelle Bildung in Wolfenbüttel mit dem Ziel verantwortet werde, das Angebot für Kinder und auch für bildungsferne Schichten qualitativ zu verbessern. Für dieses Jahr plane er zusammen mit den Ländern und Kommunen den Aufbau des „Netzwerkes kultureller Bildung und Integration“ in der Stiftung Genshagen. In seinem Ministerium werde derzeit das Referat „Kulturelle Bildung“ geschaffen. Für einen Zeitraum von fünf Jahren gebe sein Ressort 10 Millionen Euro für das neue Projekt „Kulturagenten für kreative Schulen“ aus. Ziel sei, an bis zu 150 ausgewählten Schulen möglichst viele Kinder und Jugendliche für Kunst und Kultur zu begeistern. Aus seinem Haus komme die Initiative „Ein Netz für Kinder“ mit „FragFINN“, die von Privaten finanziert werde. Dort gebe es einen geschützten Surf-Raum speziell für Kinder von sechs bis zwölf Jahren. Außerdem gehe man mit der Aktion „Vision Kino“ in die Schulen, um die Filmkompetenz der Kinder zu stärken. Mit den zuständigen Verbänden sei die „Nationale Initiative Printmedien“ geschaffen worden, um die Lesefreudigkeit der Kinder zu fördern. Darüber hinaus gebe es den Deutschen Computerspielpreis. Vielleicht könne man die Computerindustrie durch Belohnung dazu bringen, qualitativ gute Angebote zur Verfügung zu stellen. Solche Projekte finanziere sein Haus im Jahr regelmäßig mit 30 Millionen Euro. Das sei sehr viel, wenn man bedenke, dass der Bund nur indirekt zuständig sei.

Auf Nachfrage berichtete Staatsminister Naumann, dass es eine gebündelte Rückmeldung aus den Stiftungen auf seine Anweisung einer Verstärkung der Arbeit in der kulturellen Bildung noch nicht gebe. Er greife diesen Hinweis gerne auf und werde nachfragen und um einen Bericht über die Wirkungen bitten. Er sei froh, dass in Deutschland die Kulturförderung anders als in den USA funktioniere. Mehr als 90 Prozent der Kulturausgaben würden von der öffentlichen Hand getragen. Diese würden zu 88 Prozent – jeweils etwa zur Hälfte – von Ländern und Kommunen und die restlichen 12 Prozent vom Bund finanziert. Das seien insgesamt etwa 9,5 Milliarden Euro und sein Etat betrage 1,2 Milliarden Euro. Damit sei man deutlich unabhängiger von privaten Sponsoren, um die man sich selbstverständlich auch bemühe. In der Politik müsse man sehen, dass man die staatlichen Ausgaben zumindest halte. Speziell im Bereich der kulturellen Bildung könnte man noch mehr Geld gebrauchen.

Auf weitere Nachfrage stellte er klar, dass er selbst für die Aufnahme von Kultur als Staatsziel in das Grundgesetz sei. Damit habe er aber anscheinend in seiner Fraktion keine Mehrheit. Mit einer Verankerung im Grundgesetz würde es zwar nicht mehr Geld geben, aber es würde für die vielen Kulturschaffenden eine Ermutigung bedeuten.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

2.4. Stellungnahme zum Thema „Kultur für Kinder“

Auf der Grundlage der Expertengespräche und den Erfahrungen aus dem Besuch des TUSCH Theaters hat die Kinderkommission die folgende Stellungnahme erarbeitet:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache
17. Wahlperiode
17/15

Berlin, 18. April 2012

Nicole Bracht-Bendt, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme „Kultur für Kinder“

Kunst und Kultur sind tragende Säulen unserer Gesellschaft. Für Kinder und Jugendliche ist es daher wichtig, früh mit Kunst und Kultur in Kontakt zu kommen und sich selbst künstlerisch zu betätigen. Das schafft die Grundlage für ihr lebenslanges Interesse und Verständnis. Kulturpolitik fällt in die Zuständigkeit von Ländern und Kommunen und – obwohl eigentlich Ländersache – lanciert die Bundesregierung Projekte von überregionaler Bedeutung wie „Jugend musiziert“.

Aktuell erarbeitet das Bundesministerium für Bildung und Forschung einen Bildungsbericht mit dem Schwerpunkt „kulturelle Bildung“. Außerdem wird ein Konzept zur Schaffung lokaler Bildungsbündnisse vorbereitet, bei dem kulturelle Bildung im Mittelpunkt steht. Durch die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure wie Vereine, Musik- und Tanzschulen sowie Museen oder Bibliotheken sollen die Zugangsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien verbessert werden.

Aufgrund der Landeskompetenz sind die Angebotsstrukturen deutschlandweit je nach Region sehr unterschiedlich ausgeprägt. Es hat sich ein buntes und vielseitiges Angebot von Einzel- oder Modellprogrammen unterschiedlicher Dauer und Größenordnung entwickelt. Während es in Ballungsräumen viele ansprechende Projekte gibt, sind sie in anderen Regionen rar. Gerade im ländlichen Raum sind die ohnehin wenigen Angebote für das junge Publikum oft nicht oder nur schwer erreichbar – Mobilität spielt daher eine entscheidende Rolle. Aus Sicht der Kinder sind mehr Beständigkeit und eine flächendeckende Verfügbarkeit von Angeboten wünschenswert.

Laut Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind das Recht auf volle Beteiligung am kulturellen und künstlerischen



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 2



schen Leben. Der Staat hat diese ebenso zu fördern wie die Möglichkeiten der Kinder zur kulturellen und künstlerischen Betätigung. So tritt neben die Notwendigkeit einer lebendigen Vermittlung von Wissen über Kunst und Kultur das Erfordernis, dass Kinder selbst zu künstlerischem Gestalten angehalten und ermutigt werden.

Das Erlernen eines Instruments, Schauspielen, Tanzen oder Malen bereichern die Biografie ein Leben lang. All das stärkt das Selbstbewusstsein und fördert Kreativität, Offenheit und Verständnis füreinander. Die verbindenden Erfahrungen bergen großes Potential für die Klassengemeinschaft und prägen die sozialen Kompetenzen der Kinder – Schlüsselqualifikationen für ihre weitere Entwicklung und das spätere Berufsleben. Im Schulalltag sind Musik- und Kunstunterricht willkommene Abwechslung und steigern die Aufmerksamkeit und Konzentrationsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Außerdem bieten kulturelle Inhalte vielseitige Gestaltungsmöglichkeiten jenseits des klassischen Frontalunterrichts zum Beispiel auf einer Bühne oder im Atelier. Wichtig sind aber nicht nur diese Transferwirkungen – es geht auch und vor allem um den Eigenwert von Kunst und Kultur, der Kindern Erfahrungsräume eröffnet, die jenseits der Vorbereitung auf ihre zukünftigen Rolle als Erwerbstätige oder Konsumenten liegen.

Das Elternhaus und das familiäre Umfeld sind entscheidend für die persönliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Daher darf kulturelle Bildung nicht an der Wohnungstür enden. Einzelne Projekte greifen diesen Aspekt bereits auf und beziehen die Eltern bewusst ein.

Wesentlich für die geglückte Vermittlung von kulturellen Bildungsinhalten ist die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen bei der Gestaltung der Angebote. Bei einer aufschlussreichen, wenn auch nichtrepräsentativen Befragung unter Berliner Jugendlichen wurde das individuelle Verständnis von Kultur deutlich. Es kristallisierte sich eine Ablehnung gegen Vorgaben, die „von oben“ kommen, heraus. Daher vermag die Einbeziehung der Wünsche und Vorstellungen des „Publikums“ eine wichtige Rolle für die Identifikation mit kulturellen Inhalten und eine langfristige Verbundenheit zu spielen. Damit wird Partizipation auch im Bereich der kulturellen Bildung zu einem wesentlichen Punkt.

Gemeinsames Gestalten ist nonverbal und wirkt über sprachliche, religiöse und kulturelle Grenzen hinweg – dadurch entfaltet



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 3



es enorme integrative Kraft. Davon profitieren Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ebenso wie körperlich oder geistig Behinderte. Generationsübergreifende kulturelle Angebote fördern den Austausch und das Verständnis zwischen den Generationen und ein aktives Miteinander.

Die Kinderkommission hat bereits 2008 die Stellungnahme „Kinder und Kultur“ veröffentlicht und begrüßt die Fortschritte seitdem, sieht aber weiteren Handlungsbedarf.

Die Kinderkommission:

- unterstreicht die Bedeutung kultureller Bildung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und die Notwendigkeit altersgerechter Angebote für verschiedene Altersgruppen auch schon im frühkindlichen Bereich;
- unterstützt die Anstrengungen der Bundesregierung, lokale Bildungsbündnisse gezielt mit dem Schwerpunkt der kulturellen Kinder- und Jugendbildung aufzubauen, um so spezielle Zugangsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien zu schaffen;
- wirbt dafür, Kinder und Jugendliche bei der Gestaltung von Angeboten kultureller Bildung aktiv einzubeziehen;
- regt an, Eltern, das familiäre Umfeld und die Peergroup in die Angebote einzubinden;
- begrüßt die Etablierung von Netzwerken zum Austausch von Wissen und Know-How von Schulen untereinander, zwischen Schulen und externen Kulturträgern sowie zwischen Kulturträgern und regt die Stärkung solcher Netzwerke an;
- setzt sich dafür ein, Schulen Freiräume bei der Auswahl und zeitlichen Gestaltung passender Angebote und der Art der Kooperation mit Künstlerinnen und Künstlern für die kulturelle Bildung ihrer Schüler zu geben;
- spricht sich für eine Aufwertung der außerschulischen Bildungsangebote aus, die zum Beispiel durch eine bessere organisatorische und inhaltliche Abstimmung mit den Schulen erreicht werden kann;
- begrüßt die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz für die Verankerung von kultureller Bildung in den Lehrplänen der Schulen und spricht sich für verbindliche Vorgaben aus;
- fordert die Bundesländer auf, dafür Sorge zu tragen, dass mehr Schulen in die Lage versetzt werden, Ressourcen für kulturelle Angebote und die Kooperation mit externen Kulturträgern bereitzustellen;
- setzt sich gegenüber den Bundesländern weiterhin dafür ein, dass die Vermittlung kultureller Bildung zum ver-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 4



bindlichen Inhalt in der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern wird;

- regt an, in Städten und Kommunen „reale Orte“ zu schaffen, an denen Kinder und Jugendliche außerhalb von Schulen und Jugendeinrichtungen ihre künstlerischen Leistungen der Öffentlichkeit präsentieren können;
- begrüßt übergreifende Projekte von Bund und Ländern, wie z. B. „Kulturagenten“ oder „JeKi“. Solche Projekte sollten verstetigt werden, langfristige finanzielle Planungssicherheit haben und als Modell für eine zukunftsweisende Projektkooperation von Bund und Ländern dienen;
- fordert die Bundesländer auf, das Projekt „Kulturagenten für kreative Schulen“ aufzugreifen, die bereits in Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen tätig sind;
- fordert die Bundesregierung auf, sich für die Sicherung der Teilhabe von Kindern, die finanziell oder sozial benachteiligt sind, einzusetzen mit dem Ziel, den Zugang zu kulturellen Angeboten unabhängig von der finanziellen Lage und sozialen Herkunft zu erleichtern;
- unterstreicht die besondere Bedeutung des Erhalts und des Ausbaus der kulturellen Infrastruktur (von Musikschulen, Bibliotheken, Jugendeinrichtungen, soziokulturellen Zentren etc.) gerade im ländlichen Raum;
- begrüßt die Fülle von Projekten zur Förderung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund bzw. der inklusiven kulturellen Bildung und fordert eine Ausweitung solcher Angebote;
- sieht das Potential der Medien und der neuen Medien bei der Verbreitung kultureller und künstlerischer Angebote und wirbt dafür, die Bemühungen um altersgerechte und qualitativ hochwertige Angebote auch im Internet zu verstärken;
- begrüßt das Engagement Ehrenamtlicher und die Leistung von Freiwilligen unter anderem im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres Kultur und setzt sich für dessen weitere Stärkung ein;
- regt die Erstellung einer Kultur- bzw. Bildungsstatistik an, die aussagekräftige Daten über kulturelle Bildungsangebote beinhaltet;
- regt die Erstellung von Statistiken zur Wirkungsforschung von kultureller Bildung an. Ziel ist der Gewinn von validem Zahlenmaterial, aufgliedert nach Altersgruppen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 5



- Insbesondere die Gruppe der unter Dreijährigen sowie der Einfluss von Elternhaus/familiärem Umfeld, der Freunde/Peergroup bzw. der Schule oder Kita sollte verstärkt in den Blick genommen werden;
- begrüßt die Erstellung des zweiten Jugendbarometers, dessen Ergebnisse dazu dienen sollen, kulturelle Bildung stärker in die Fläche zu bringen;
- begrüßt das Engagement und den Beitrag privater Stiftungen und Spender, die Projekte und Angebote kultureller Bildung finanziell unterstützen;
- begrüßt Pilotprojekte des Bundes und Projekte von über-regionaler, nationaler Bedeutung wie „Jugend musiziert“ und setzt sich für deren Weiterentwicklung ein.

Kulturelle Bildung leistet einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung jedes einzelnen. Das Ziel der vielen Kultur-einrichtungen, Kulturschaffenden und der Politik ist, Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche erlebbar zu machen und sie zu begeistern. Ein sehr guter Weg führt über Mitsprache und Partizipation – auch Kultur lebt vom Mitmachen!

Nicole Bracht-Bendt, MdB



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

3. Schwerpunktthema „Jugendliche und Freizeit“

3.1. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Mehr altersgerechte freie Aktionsflächen“

Am **21. März 2012** wurde zum Thema „Mehr altersgerechte freie Aktionsflächen“ ein öffentliches Fachgespräch durchgeführt. Hierzu wurde unter http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/themen/38205740_kw12_pa_kiko/index.html wie folgt berichtet:

"Freiräume für Jugendliche unterliegen Moden"



Jugendliche brauchen Skateplätze, um sich auszutoben. © pa/empics

Bauämter planen für Dekaden, Jugendliche nicht: Das ist eine Erkenntnis, die die Mitglieder der **Kinderkommission (Kiko)** aus einem Expertengespräch am **Mittwoch, 21. März 2011**, zum Thema **Mehr altersgerechte Aktionsflächen** mitnehmen konnten. "Freiräume für Jugendliche unterliegen Moden, die sehr schnelllebig sind", sagte **Regine von der Haar** vom **GALK e.V.**. "In den 80iger Jahren wurde viel Geld für BMX-Parcours ausgegeben, die heute nur noch einer marginalen Gruppe Jugendlicher dienen."

1. "Wünsche und Interessen sind inhomogen"

Von der Haar wollte mit ihrem Beispiel verdeutlichen, dass die Planung und Umsetzung von Spielplätzen und Räumen für Jugendliche nicht einfach ist. "Die Wünsche und Interessen Jugendlicher sind inhomogen, die Orte, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, müssen nicht die sein, an denen sie sich aufhalten wollen."

Ein Problem, das viele Kommunen gut kennen: "Denn oft werden Spielplätze nicht richtig angenommen, fehlen dort, wo Kinder sind oder werden von Anwohnern, die Lärm fürchten, verhindert, bevor sie gebaut werden", begründete **Nicole Bracht-Bendt (FDP)**, Vorsitzende der Kiko, das Expertengespräch.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

2. "Jugendliche gezielt ansprechen"

Dass die Attraktivität von Spielplätzen und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche umso höher ist, je besser sich Erwachsene und Jugendliche verstehen, berichtete **Bernd Jacobs** vom **Fachbereich Jugend und Familie der Stadt Hannover**. "Wir haben die Kinder und Jugendlichen gezielt angesprochen und die Stadtplanung von ihrem Expertenwissen profitieren lassen."

Herausgekommen seien unter anderem mobile Skateboardparcours und Aufenthaltsräume, die an den Plätzen errichtet werden können, an denen sich Jugendliche und Kinder treffen. "Dabei ist wichtig, dass es schnell geht, die Jugendlichen nicht ewig auf die Umsetzung warten müssen und das es ihnen gefällt."

3. "Plätze mit Kindern zusammen entwickeln"

Nils Kreß - 13 Jahre alt - vertrat in der Reihe der geladenen Experten den **Kongress der Kinderrechte**: "Wir sind zum Schluss gekommen, dass Plätze, die mit Kindern zusammen entwickelt wurden, am besten angenommen werden."

Kreß, der der Arbeitsgruppe Freizeit, Spiel und Spielplätze angehört, stellte einen Kriterienkatalog vor, der den Erfolg eines Spielplatzes von der Sauberkeit, der Nähe zu Toiletten, funktionsfähigen Spielgeräten, Bäumen, der weiten Entfernung zu lauten Verkehrsstraßen und Grünflächen abhängig macht.

4. "Lebensqualität hält Einwohnerzahl stabil"

Thorsten Krüger, Bürgermeister der Stadt Langen, zog ein positives Fazit aus der in seiner Kommune seit langer Zeit praktizierten Beteiligungspolitik vieler Gruppen. So habe die Stadt eine "Spilleitplanung" eingerichtet, die zum Beispiel bei der Entwicklung eines Wohngebietes um einen Spielplatz herum Akzeptanz für den Platz geschaffen habe.

"Es wurden gemeinsame Freizeiträume für Kinder, Jugendliche, Rentner und auch spezielle Angebote für Behinderte geschaffen, die die Orte beleben", sagte der Bürgermeister. Je höher der Nutzen vieler in der Kommune sei, umso mehr würde auch auf Sauberkeit und Ordnung geachtet. Angenehmer Nebeneffekt: "Die Erhöhung der Lebensqualität hält die Einwohnerzahl unserer Stadt stabil." (eis)

5. Liste der geladenen Sachverständigen

- **Bernd Jacobs**, Fachbereich Jugend und Familie der Stadt Hannover
- **Nils Kreß**, Kongress der Kinderrechte
- **Thorsten Krüger**, Bürgermeister der Stadt Langen
- **Dr. Regine von der Haar**, GALK e.V.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Das Wortprotokoll kann unter http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Oeffentliche_Veranstaltungen/Oeffentl_Expertengespr_altersgerechte_Aktionsflaechen/Wortprotokoll.pdf abgerufen werden.

3.2. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Jugendliche gestalten Freizeit“

Zum Thema „Jugendliche gestalten Freizeit“ fand am **28. März 2012** ein öffentliches Fachgespräch statt. Hierzu erschien unter http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/themen/38315115_kw13_pa_kiko1/index.html der folgende Artikel:

Kindern und Jugendlichen fehlt die Zeit für Freizeit



Das Engagement Jugendlicher in ihrer Freizeit interessierte die Kinderkommission. © dpa

Früh übt sich, wer ehrenamtlich engagiert ist. Doch dazu fehlt vielen Jugendlichen oft schlicht die Freizeit. Das erfuhren die Mitglieder der **Kinderkommission (Kiko)** am **Mittwoch, 28. März 2012**, in einer Anhörung unter Vorsitz von **Nicole Bracht-Bendt (FDP)** zum Thema "**Jugendliche gestalten Freizeit**". Vier Sachverständige, darunter zwei Schüler und ein Student, berichteten von ihren Erfahrungen über Politik und Engagement mit und für Kinder und Jugendlichen.

"Es ist schwer, anerkannt zu werden"

"Eigentlich ist es egal, wer vor mir sitzt und wie alt er ist", sagte der Schüler **Cédric Kekes** vom **Kinder- und Jugendparlament Berlin-Tempelhof-Schöneberg**. Wichtig sei ihm nur, dass er ernst genommen werde. Bereits in der fünften Klasse wurde er angesprochen - Kekes war gerade Klassensprecher geworden -, ob er sich für das Kinder- und Jugendparlament engagieren möchte. "Ich musste mir viel selbst beibringen, aber es macht Spaß", erzählte er den Abgeordneten. "Und ich werde das noch eine ganze Weile machen."

Der Student **Matthias Köpke** von der **Servicestelle Jugendbeteiligung e.V.** berichtete davon, dass er auf lokaler Ebene oft Probleme hatte, auf Augenhöhe mit Unternehmen, Kommunen und Stiftungen um Projektgelder zu verhandeln. Allgemein werde es zwar als gut empfunden, wenn sich junge



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Menschen engagieren: "Doch als gleichwertiger Gesprächspartner wird man nicht so leicht anerkannt."

"Eine hochaktive Bevölkerungsgruppe"

"Dabei sind Jugendliche entgegen mancher Vorstellung eine hochaktive Bevölkerungsgruppe", berichtete **Sigrid Meinhold-Henschel** von der **Bertelsmann-Stiftung**. Rund 42 Prozent aller Jugendlichen seien aktiv in Vereinen, Feuerwehren, Kirchen und Projekten. 35 Prozent davon würden wiederum verantwortungsvolle Posten übernehmen. "Diesen Jugendlichen ist wichtig, dass sie etwas für andere Jugendliche tun", sagte sie.

Besonders hob sie heraus, dass engagierte Kinder und Jugendliche größere Freundeskreise haben, zusätzliche soziale Kompetenzen erlangen und gering qualifizierte Jugendliche dadurch erfolgreicher seien als Altersgenossen in vergleichbarer Situation. Die Gesellschaft gewinne von selbst junge Bürger, die eine höhere Bereitschaft aufwiesen, sich an Wahlen zu beteiligen, und sie brächten dem Staat ein höheres Vertrauen entgegen.

"Schule, Ausbildung und Studium bremsen"

Doch Meinhold-Henschel goss auch Wasser in den Wein, denn es gelinge nur schlecht, sozial benachteiligte Schichten für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen sowie zu binden und es fehle oft an Angeboten. Hinzu kommt: "Dass die steigenden Qualifizierungsanforderungen in der Schule, der Ausbildung und im Studium junge Menschen in ihrer Freizeit ausbremsen", sagte sie.

In jedem Fall sei von Bedeutung, dass Kinder und Jugendliche persönlich angesprochen werden müssen. "Das ist einfach erforderlich", stellte Meinhold-Henschel fest. Für die Zukunft spiele auch nicht unbedingt der Verein als einziges Sammelbecken eine Rolle: "Engagement darf bei jungen Menschen auch projektorientiert sein." Wichtig sei nur, dass bereits vor dem vollendeten dreißigsten Lebensjahr Engagement "erlernt" wurde. "Denn 70 Prozent derjenigen, die sich ehrenamtlich engagieren, haben es als unter 30-Jährige bereits getan."

"Die Arbeit wird anerkannt"

Auch **Jugendparlamentsmitglied** und Schüler **Yassin Houmam** aus Berlin bestätigte den Abgeordneten: "Das Interesse für Politik wurde bei mir über meinen Vater geweckt." Und in das Kinder- und Jugendparlament kam er, weil er angesprochen wurde, "denn vorher wusste ich nicht, dass es so was gibt".

Jetzt ist er zwei Jahre dabei und möchte weiter machen - auch, weil die Arbeit der Jungparlamentarier von den Kommunalpolitikern in seinem Bezirk anerkannt werde. (eis)

Liste der Sachverständigen

- **Yassin Houmam**, Kinder- und Jugendparlament Berlin-Tempelhof-Schöneberg
- **Cédric Kekes**, Kinder- und Jugendparlament Berlin-Tempelhof-Schöneberg
- **Matthias Köpke**, Servicestelle Jugendbeteiligung e.V.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

- **Sigrid Meinhold-Henschel**, Bertelsmann-Stiftung

Das Wortprotokoll kann unter http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Oeffentliche_Veranstaltungen/Oeff_Expertengespr_Jugendliche_gestalten_Freizeit/Wortprotokoll.pdf abgerufen werden.

3.3. Stellungnahme zum Thema „Jugendliche und Freizeit“

Unter Berücksichtigung der Fachgespräche hat die Kinderkommission die folgende Stellungnahme veröffentlicht:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache
17. Wahlperiode
17/16

Berlin, 13. Juni 2012

Nicole Bracht-Bendt, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Jugendliche gestalten Freizeit“

Jugendpolitik stand in der politischen Debatte in den zurückliegenden Jahren eher am Rande. Für Spielplätze zu alt, für Angebote für Erwachsene zu jung – da bleibt für viele nur die große Langeweile. Die Kinderkommission hat sich dem angenommen und einen Diskurs über die Interessen, Anliegen und Wünsche der 12- bis 18-Jährigen für ihre Freizeitgestaltung angestellt.

Jugendliche sind eine sehr heterogene Gruppe mit individuell ganz unterschiedlichen Vorlieben und Interessen. Die Bandbreite reicht vom Skaten oder Bolzen auf dem Fußballplatz und dem zwanglosen Beisammensein mit Freunden über ehrenamtliches Engagement im Sport- oder Musikverein, bei Jugendfeuerwehren, Rettungsdiensten oder politischen Jugendorganisationen bis hin zu Jugendlichen, die in ihrer Freizeit künstlerische und kulturelle Angebote wahrnehmen.

Das Streben nach Autonomie und Eigenständigkeit sowie Freiräume, um sich auszuprobieren, spielen eine zentrale Rolle für ein gesundes Erwachsenwerden und die Identitätsentwicklung im Jugendalter. Jugendpolitik muss dieses Streben nach Autonomie im Blick haben, Jugendliche positiv stärken und ihnen öffentliche Räume und Freiräume bieten, um sich zu entfalten. Viele Jugendliche sind in einem hohen Maße aktiv und wollen sich engagieren. Statt sie durch Verbote und Bevormundung zu bremsen, muss es darum gehen, ihnen Gelegenheit zu geben, Verantwortung zu übernehmen und ihre Fähigkeiten einzubringen.

Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention verbürgt das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 2



und altersgemäße aktive Erholung und verpflichtet Deutschland, für die Bereitstellung geeigneter und gleicher Möglichkeiten für kulturelle und künstlerische Betätigung sowie aktive Erholung und Freizeitbeschäftigung Sorge zu tragen. Das ist Handlungsauftrag für Bundes-, Landes- und kommunale Ebene zugleich.

Für mehr altersgerechte Aktionsflächen vor Ort

In vielen Kommunen sind altersgerechte freie Aktionsflächen und Orte, an denen Jugendliche ausdrücklich erwünscht sind, Mangelware. In den Expertengesprächen der Kinderkommission wurde deutlich, dass Jugendliche in Innenstädten als tendenziell störend empfunden werden und sie und ihre Aktivitäten an eher abgelegene Orte am Stadtrand verdrängt werden. Jugendliche gehören aber ebenso in die Innenstädte wie alle anderen Altersgruppen. Für ein funktionierendes und gleichberechtigtes Miteinander müssen die unterschiedlichen Ansprüche jeder Generation gesehen und zu einem Ausgleich gebracht werden.

Jugendliche brauchen feste Orte, an denen sie sich aufhalten, ihren Interessen nachgehen und Freunde treffen können. Dafür brauchen sie neben Jugendzentren speziell zur Verfügung gestellte Flächen ebenso wie Brachflächen und Resträume. Innenstadtnahe Flächen sind ebenso wichtig wie abgelegene, wo sie im Hinblick auf die Geräuschkulisse weniger Rücksicht auf andere nehmen müssen. Zugleich haben Jugendliche großes Interesse an Orten und Plätzen, die an sich anders genutzt werden. Die Stadt Frankfurt am Main hat das aufgegriffen und positive Erfahrungen damit gemacht, die Treppe vor der Oper außerhalb von Vorstellungs- und Öffnungszeiten zeitweise für Skater zu öffnen. Weitere Aufenthaltsorte können durch die Ergänzung bestehender Sport- und Freizeitanlagen durch informelle Spiel-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten entstehen. Außerdem suchen sich Jugendliche selber Nischen und Resträume, auch eine Zwischennutzung von Brachflächen ist denkbar.

Jugendliche sind „Experten in eigener Sache“ mit einem hohen Maß an Ideenreichtum. Daher ist ihre Beteiligung nicht nur schmückendes Beiwerk, sondern ein fachlicher Beitrag bei der Planung von Freizeitflächen und bei der Suche nach innovativen Lösungskonzepten. Diese Beteiligung führt zu einer stärkeren Identifikation mit dem Projekt, einem höheren Grad an Zufriedenheit und Akzeptanz. Daher lohnt es sich, ihre Interessen und



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 3



Wünsche zum Ausgangspunkt der Planungen zu machen. Zusätzlich sind Kommunen „Keimzellen der Demokratie“, daher ist es entscheidend, junge Menschen früh an demokratische Entscheidungsprozesse heranzuführen, durch die sie erleben, dass sich ihr Einsatz lohnt.

Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die sich verwaltungsintern durch eine fachbereichs- und ressortübergreifende Zusammenarbeit optimieren lässt. Herausforderung bei der Beteiligung Jugendlicher sind die Zeitintensität und Komplexität von Planungsverfahren. Daher sind die Verantwortlichen in der Pflicht, diese Verfahren soweit möglich zu optimieren und transparent zu gestalten.

Für eine gelungene Beteiligung ist die Spielleitplanung der Stadt Langen beispielhaft. Hier wurden von Beginn an alle Generationen einbezogen: Kinder und Jugendliche, Eltern und Senioren. Gestaltet wurde ein Park mit Freizeitangeboten, der allen offen steht. In Kooperation mit der Wirtschaft wurde ein Jugendzentrum mit Forscherlabor gebaut. Auch im Rahmen des Forschungsprojekts „Jugend bewegt Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde die Partizipation von Jugendlichen als Instrument der Stadtentwicklung untersucht und die wichtigsten Erkenntnisse zusammengetragen.

Die Kinderkommission:

- fordert die Verantwortlichen in den Kommunen auf zu prüfen, wie dauerhafte Strukturen etabliert werden können, durch die Jugendliche möglichst frühzeitig aktiv bei sie betreffenden Projekten beteiligt sind, damit Beteiligung zum Planungsprinzip wird;
- fordert die Kommunen auf, Planungsabläufe, die Jugendliche betreffen, für sie transparent zu machen und zeitlich zu optimieren;
- regt an, bei jugendpolitischen Belangen die fachbereichs- und ressortübergreifende Kooperation innerhalb der Verwaltung zu verbessern, ebenso wie die Kooperation mit Interessenvertretungen der Jugendlichen;
- fordert die Qualifizierung der kommunalen Verwaltung und Politik über Maßnahmen zur Beteiligung von Jugendlichen in ihrer Kommune;
- befürwortet die Vergabe eines Preises für die jugendfreundlichste Kommune Deutschlands;
- fordert, den Aufenthaltswünschen von Jugendlichen in der gesamten Bandbreite Rechnung zu tragen, sowohl in



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 4



Bezug auf Innenstadtnähe als auch die Prüfung einer zeitweisen Öffnung von öffentlichen Plätzen und Räumen oder in öffentlichen Jugendzentren;

- fordert die Ergänzung bestehender Sportanlagen und Freizeitflächen durch informelle Spiel-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten;
- fordert die Kommunen auf zu prüfen, wie die Sicherheit und Sauberkeit von Sportstätten, Bolz- und Kinderspielplätzen verbessert werden kann durch regelmäßige Kontrollen, die Vergabe einer Patenschaft, Müllentsorgung, nahe Sanitäreinrichtungen und verweist im Hinblick darauf auf die Regelungen der DIN 18034;
- begrüßt die Schaffung von Modellprojekten und best practice Beispielen, durch die Jugendliche gestärkt werden, mit dem Ziel, innovative Ideen zu testen, bekannt zu machen und in die Fläche zu bringen.

Einbindung in sinnvolle Freizeitgestaltung

Sinnvoll ist für Jugendliche nicht immer das, was Erwachsene darunter verstehen – und das ist auch in Ordnung so. Allerdings brauchen Jugendliche Rahmenbedingungen, die sie bei der Gestaltung ihrer Freizeit unterstützen. Hier sind Politik und Zivilgesellschaft am Zuge, Jugendliche im Wege der Partizipation und der Gestaltung von Freizeitangeboten, Aktionsflächen und Sportstätten einzubeziehen. Außerdem ist das Thema ehrenamtliches Engagement in diesem Kontext ein wichtiges Schlüsselwort. Laut dem Freiwilligensurvey von 2009 sind 42 Prozent der 14- bis 24-Jährigen in Vereinen, Verbänden und sozialen Projekten engagiert, weitere 35 Prozent sogar in verantwortlicher Position. Hauptbetätigungsfelder sind Sport und Bewegung, Jugendzentren, Kirche, Kultur, Musik, Freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste, außerdem soziale oder kommunale Projekte. Zentral ist dafür die Nähe zum persönlichen Umfeld. Durch diesen Einsatz leisten sie einen wertvollen Beitrag zu einem gelingenden Miteinander. Außerdem profitieren sie persönlich im Hinblick auf Menschenkenntnis, Toleranz, politisches Interesse, lernen den Umgang mit Konflikten und steigern ihre Sozialkompetenz.

70 Prozent aller Engagierten haben vor ihrem 30. Lebensjahr damit begonnen – Engagement wird früh gelernt. Daher lohnt es sich, Kindern und Jugendlichen Wege zum Ehrenamt aufzuzeigen und sie darin zu bestärken. Ebenso wichtig ist die Schaffung



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 5



einer Anerkennungskultur, durch die Einsatz sichtbar wird. Jugendlichen kommt dabei entgegen, dass neben langfristigem Engagement die Möglichkeiten für zeitlich begrenzte und projektbezogene Aktivitäten steigen.

Während sich laut der 16. Shell-Jugendstudie nur 22 Prozent der Jugendlichen aus bildungsfernen Familien ehrenamtlich engagieren, sind dies bei Jugendlichen aus bildungsnahen Familien 50 Prozent. Dabei stellt ehrenamtliches Engagement eine Bildungschance dar und kann gerade für Jugendliche, die sozial oder aufgrund ihres Migrationshintergrundes Ausgrenzung erleben oder erlebt haben, Anerkennung und die Bestätigung, gebraucht zu werden, mit sich bringen. Außerdem ist die Erfahrung, dass ihnen die Gesellschaft etwas zutraut, wichtig für die Integration.

Die Kinderkommission:

- unterstreicht die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und fordert, sie früh an das Ehrenamt heranzuführen und dazu Engagementförderung in Schulen und Kitas zu bringen;
- fordert eine Verbesserung der Anerkennungskultur gerade für Kinder und Jugendliche und setzt sich für eine Kategorie „junges Engagement“ beim Deutschen Engagementpreis ein;
- fordert darüberhinaus die Länder und Kommunen auf zu prüfen, wie sie den ehrenamtlichen Einsatz speziell von Kindern und Jugendlichen fördern und anerkennen kann;
- fordert, Engagementförderung zum Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Lehrerinnen und Lehrern zu machen;
- fordert die Nutzung sogenannter sozialer Netzwerke, neuer Medien und Methoden, um das Interesse von Jugendlichen zu wecken, Informationen zu verbreiten und Projekte und Beteiligte zu vernetzen;
- spricht sich für eine Stärkung der Partizipation, z. B. in Form von Jugendparlamenten, Jugendhilfeausschüssen und -initiativen aus und fordert die Kommunen auf, die Einrichtung weiterer Kinder- und Jugendparlamente zu prüfen;
- fordert die Bundesländer auf, die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendparlamente, die deren Gründung und Arbeit begleiten, zu prüfen;
- fordert die zivilgesellschaftlichen Akteure auf, bei ihren Angeboten vermehrt Jugendliche aus bildungsfernen Fa-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Seite 6



milien und Jugendliche mit Migrationshintergrund im Blick zu haben;

- begrüßt die Kooperation und Unterstützung kommunaler Projekte mit privaten Partnern und Spendern und spricht sich für eine Stärkung solcher Kooperationen aus.

Damit Jugendliche ihre Freizeit als „freie Zeit“ erleben, brauchen sie Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten. Die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen, ist Aufgabe der Verantwortungsträger auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Jugendliche brauchen die Möglichkeit, ihre Potentiale zu entfalten. Sie wollen ihre Kompetenzen einsetzen und erweitern, Verantwortung übernehmen und gestalten. Es gibt sehr gute Ideen und Projekte, die den Erfolg solcher Arbeit zeigen. Diese Beispiele müssen Schule machen, damit sich diese Ressourcen und das jugendliche Streben nach Autonomie konstruktiv entfalten. Davon profitieren Jugendliche ebenso wie die gesamte Gesellschaft.

Nicole Bracht-Bendt, MdB



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

III. Behandlung weiterer Themen

„Katzenschreck“

In der Vorsitzzeit von MdB Bracht-Bendt hat sich die Kinderkommission weiter mit dieser außerordentlich schwierigen Problematik auseinandergesetzt. Die angeschriebenen Ministerien sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene konnten nicht weiterhelfen. Daher nahm die Vorsitzende die Gelegenheit wahr, Frau Bundesministerin Dr. Schröder in einem Gespräch auf diese Thematik aufmerksam zu machen und um Unterstützung zu bitten. Frau Bundesministerin versprach, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um das Anliegen zu kümmern und Einzelfragen zu klären. Während der Vorsitzzeit von MdB Bracht-Bendt erfolgte noch keine Rückmeldung aus dem BMFSFJ.

IV. Veranstaltungen unter Beteiligung der Kinderkommission

1. Festakt zur Gründung des Deutschen Kinderschmerzzentrums in Datteln

Am **16. Januar 2012** nahm die Vorsitzende sowie ein weiteres Mitglied der Kinderkommission am Festakt zur Gründung des Deutschen Kinderschmerzzentrums in Datteln teil. Mit diesem Kinderschmerzzentrum soll sichergestellt werden, dass Kinder und Jugendliche mit chronischen Schmerzen kompetente und verlässliche Hilfen finden, um sich nicht vom Schmerz unterkriegen zu lassen. Sie sollen lernen, trotz Schmerzen ihren Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu gehen. Die Mitglieder der Kinderkommission brachten zum Ausdruck, dass die Kinder auf diesem Weg ihre Unterstützung verdienen und Initiativen wie das Deutsche Kinderschmerzzentrum hierfür von großer Relevanz sind. Die Kinderkommission veröffentlichte zu diesem Anlass die folgende Pressemitteilung:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Pressemitteilung

Kinderkommission begrüßt die Gründung des Deutschen Kinderschmerzentrums

Berlin, 13. Januar 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Am 16. Januar 2012 wird das Deutsche Kinderschmerzzentrum an der Vestischen Kinder- und Jugendklinik Datteln, Universität Witten/Herdecke gegründet. Zukünftig wird in dieser Einrichtung als Referenzzentrum therapiert, geforscht und daran gearbeitet, die Situation von Kindern und Jugendlichen mit chronischen Schmerzen zu verbessern.

Viele Kinder und Jugendliche in Deutschland leiden an chronischen Schmerzen. Die Folgen für die Betroffenen sind immens. Ständiger Schmerz, eingeübte Lebensfreude und -qualität, aber auch praktische Einschränkungen wie Schulausfälle bestimmen das Leben der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Ihnen kann nun durch die Verzahnung von Versorgung und Forschung optimal geholfen und ihr Leiden gelindert werden.

Die Kinderkommission, die bereits in der Vergangenheit die Einrichtung des weltweit ersten Lehrstuhls für Kinderschmerztherapie und Pädiatrische Palliativmedizin mit großem Wohlwollen begleitet hat, freut sich, dass mit der Gründung des Deutschen Kinderschmerzentrums ein weiterer Schritt zur Unterstützung chronisch schmerzkranker Kinder und Jugendlicher erfolgt.

Die Mitglieder der Kinderkommission wünschen dem ersten Deutschen Kinderschmerzzentrum viel Erfolg für seine wichtige Arbeit.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

2. Aktion Rote Hand

Am **8. Februar 2012** führte die Kinderkommission anlässlich des 10. Jahrestages des Red Hand Days im Bundestag eine Aktion mit den roten Händen durch. Dieser Tag geht zurück auf die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Schutz von Kindern vor bewaffneten Konflikten.

Überraschend viele Abgeordnete nahmen an dieser Aktion teil, um ihre Ablehnung des Einsatzes von Kindersoldaten zu zeigen.

MdB Bracht-Bendt gab den Auftakt zu der Aktion mit den folgenden Worten:

„Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Frau Dr. Schröder,

liebe Kinder, liebe Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie der Einladung der Kinderkommission gefolgt sind, um gemeinsam mit uns gegen den Einsatz von Kindersoldaten zu protestieren. Mit einer Stimme wollen wir öffentlich die Hand heben gegen Gräueltaten, zu denen Kinder weltweit gezwungen werden. Ganz besonders freue ich mich, dass das Deutsche Bündnis Kindersoldaten unsere Aktion unterstützt. Sie haben ja eben mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte eine Pressekonferenz abgehalten.

In der Kinderkommission nehmen wir den 10. Jahrestag zum Anlass, erstmals auch an dieser Stelle gegen den Einsatz von Kindern in kriegerischen Auseinandersetzungen zu demonstrieren. Angeregt hat diese Aktion übrigens die 8. Klasse des Johann-Rist-Gymnasiums aus Wedel. Ihr habt Euch ja im Unterricht mit dem schwierigen Thema 'Kindersoldaten' befasst und so erfahren, unter welchen menschenunwürdigen Umständen manche Kinder und Jugendliche heranwachsen.

Rund 250.000 Minderjährige werden weltweit von Armeen und bewaffneten Gruppen als Kindersoldaten und Arbeitskräfte missbraucht. Oft werden Kinder mit Gewalt gezwungen, Soldat zu werden. Andere schließen sich freiwillig einer Armee oder bewaffneten Gruppe an, wenn sie glauben, keinen Ausweg zu haben. Gewalt, sexueller Missbrauch, Trauer und Isolation traumatisieren die Kinder. Fast alle leiden für den Rest ihres Lebens. Viele Kindersoldaten sind im Krieg aufgewachsen und kennen nichts anderes als Krieg.

Liebe Kinder, Ihr wollt wissen, was die Bundesregierung dagegen tut. Ich kann Euch versichern, von Deutschland aus wird viel unternommen, um dem Unrecht ein Ende zu bereiten. Vieles geschieht in Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung leistet einen wichtigen Beitrag, um betroffenen Kindern eine Zukunft zu schaffen. Wichtigste Voraussetzung ist Bildung. Was konkret Kindersoldaten betrifft, arbeitet die Bundesregierung eng mit entwicklungspolitischen Organisationen sowie kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammen. Unter anderem unterstützt Deutschland in großem Umfang Projekte in der zentralafrikanischen Region der Großen Seen und in Sierra Leone.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Und dennoch – meine Damen und Herren –

wir machen uns keine Illusionen, dass diese Hilfen in vielen Fällen noch ins Leere laufen. Einige Armeen und Bürgerkriegsparteien leugnen die Existenz von Kindersoldaten, weil sie Sanktionen befürchten. Umso wichtiger ist es, dass wir dran bleiben und mit Aktionen wie heute auf die Katastrophe in vielen Krisenherden dieser Welt hinweisen und mahnen.

Vielen Dank.

Und jetzt geht's los. Als erstes ist Frau Ministerin dran.“



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Über diese Aktion wurde unter http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37636968_kw05_pa_kindersoldaten/index.jsp wie folgt berichtet:

"Kinder sollen spielen - nicht schießen"



An zwei Bindfäden hingen am **Mittwoch, 8. Februar 2012**, weit mehr als 100 weiße Blätter mit roten Handabdrücken in der Nähe der Sitzungssäle im Paul-Löbe-Haus. Die **Kinderkommission des Bundestages** (Kiko) hatte Abgeordnete aller Fraktionen eingeladen, an der **Aktion zum Red Hand Day** teilzunehmen und ihren Handabdruck abzugeben. Auch Bundesfamilienministerin **Dr. Kristina Schröder (CDU)** beteiligte sich an der Aktion.

Der Red Hand Day ist der globale Aktionstag gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten. Er erinnert an das Inkrafttreten eines wichtigen Zusatzprotokolls zur **UN-Kinderrechtskonvention** vor zehn Jahren am 12. Februar 2002. Dieses soll Kinder unter 18 Jahren vor Krieg und Gewalt schützen.

Weltweit sammeln Aktivisten rote Handabdrücke, die das Nein zur Rekrutierung von Kindersoldaten symbolisieren sollen. Nach Angaben des Hilfswerks terre des hommes werden weltweit rund 250.000 Jungen und Mädchen als Soldaten in militärische Auseinandersetzungen geschickt. Das Land mit den meisten Kindersoldaten ist nach diesen Angaben Birma.

Persönliche Aussage unter dem Handabdruck

Zu Beginn der Aktion im Bundestag sagte die **Vorsitzende der Kiko, Nicole Bracht-Bendt (FDP)**: „Mit einer Stimme wollen wir öffentlich die Hände heben gegen Gräueltaten, zu denen Kinder weltweit gezwungen werden.“ Sie versicherte den anwesenden Schülern und Schülerinnen des **Johann-Rist-Gymnasiums** aus **Wedel**, die den Anstoß zu dieser Aktion im Bundestag gegeben hatten, dass von Deutschland viel unternommen werde, „um dem Unrecht ein Ende zu bereiten“. Die Politikerin gab aber auch zu, dass Hilfen in vielen Fällen noch ins Leere liefen.

Viele der Bundestagsabgeordneten hatten auch persönliche Aussagen zu ihrem Handabdruck dazu gefügt. Die **Vorsitzende des Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dagmar Wöhrl (CDU/CSU)**, schrieb: „Hände weg von Kindern als Soldaten“, und die **SPD-Abgeordnete Daniela Kolbe** „Krieg und Kindheit schließen sich aus. Nie wieder Krieg“.

Die Vorsitzende des Unterausschusses, **Eva Bulling-Schröter (Die Linke)**, stellte klar: „Kinder sollen spielen - nicht schießen.“ Unter dem Abdruck der **FDP-Politikerin Miriam Gruß** konnte man lesen: „Gegen Kindersoldaten. Frieden für Kinder. Frieden für die Welt“.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Koenigs kritisiert Umgang mit Kindersoldaten

Auf dem Blatt des Vorsitzenden des **Bundestags-Menschenrechtsausschusses Tom Koenigs** stand: „Schulen statt Waffen“. Der Abgeordnete von **Bündnis90/Die Grünen** hatte am späten Vormittag während einer Pressekonferenz einen besseren Schutz geflüchteter Kindersoldaten in Deutschland gefordert. "Das deutsche Asyl- und Aufnahmesystem versagt hier“, betonte er.

Koenigs kritisierte, dass Flüchtlinge ab dem 16. Lebensjahr als verfahrensmündig angesehen und in nicht kindgerechte Asylverfahren gedrängt werden. Sie erhielten meist nur eine medizinische Notversorgung, und ihr Zugang zu Bildung sei eingeschränkt. „Die Rekrutierung als Kindersoldat muss als Asylgrund anerkannt werden“, sagte der Grünen-Politiker und sprach sich unter anderem dafür aus, die Abschiebung von minderjährigen ehemaligen Kindersoldaten zu unterlassen.

Lobend äußerte sich Koenigs über das Engagement Deutschlands auf internationaler Ebene. Die Bundesrepublik übe im **UN-Sicherheitsrat** „enormen Druck“ aus, sagte er und würdigte namentlich das „unermüdliche Engagement“ des deutschen Botschafter bei den Vereinten Nationen.

Bundeswehr rekrutiert 17-Jährige

An der Pressekonferenz im Saal 4.200 des Paul-Löbe-Hauses nahmen auch Vertreter des **Deutschen Bündnisses Kindersoldaten** teil. Dem Bündnis gehören elf Kinderrechtsorganisationen an. Sie sprachen sich für stärkeren Druck auf Regierungen der Länder aus, in denen Kinder kämpfen oder der Armee als Helfer zur Seite stehen müssen.

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) müsse bei seinem bevorstehenden Besuch in Birma die Regierung dazu auffordern, die Täter zur Verantwortung zu ziehen, alle Kinder aus der Armee zu entlassen und sie bei ihrer Rückkehr ins zivile Leben zu unterstützen, sagte der **hommes-Kinderrechtsexperte Ralf Willinger**. Niebel reist am 5. Februar zu einem dreitägigen Besuch nach Birma.

Koenigs und einige Vertreter des Deutschen Bündnisses Kindersoldaten kritisierten im Laufe der Pressekonferenz außerdem, dass die Bundeswehr immer noch 17-jährige Freiwillige anwerbe. Zwar würden die minderjährigen Jugendlichen nicht im Konflikt eingesetzt. Dennoch habe die UN Deutschland mehrfach aufgefordert, die Altersgrenze um ein Jahr zu anzuheben. (ah)

Auch in der Zeitung „Das Parlament“ wurde die Aktion unter: <http://epaper.dasparlament.de/index.html#/14> wie folgt gewürdigt:

»Wenn ein Kind Soldat wird, ist das Leben ruiniert«

Politisch gesehen verbindet die FDP-Abgeordnete Nicole Bracht-Bendt mit der Farbe Rot nicht viel. Am vergangenen Mittwoch zeigte die Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages (Kiko) dennoch stolz ihre rot gefärbte Hand. Sie hatte ihren Handabdruck ebenso wie 168 Abgeordnete aller Fraktionen, Mitarbeiter und Gäste des Bundestages auf einem weißen Blatt Papier hinterlassen. Und damit deutlich gemacht: Ich bin gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Nach Angaben des Deutschen Bündnisses Kindersoldaten werden rund 250.000 Kinder als Soldaten eingesetzt – trotz des vor zehn Jahren in Kraft getretenen Vertrags zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten. Der rote Handabdruck gilt seither als Zeichen des Protestes gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Dass sich die Kinderkommission so



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

stark für das Thema engagiert, hat auch viel mit den Schülern des Johann-Rist-Gymnasiums in Wedel bei Hamburg zu tun. Seit einigen Jahren werden dort möglichst viele rote Handabdrücke gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten gesammelt. Über den Pinneberger SPD-Abgeordneten Ernst-Dieter Rossmann landete das Thema bei der Kiko. Zum Red-Hand-Day 2012 im Bundestag wurden schließlich auch die Schüler eingeladen, die eifrig mit wasserlöslicher Farbe Hände markierten und so gut wie jeden Vorbeigehenden an ihrem Stand im Paul-Löbe-Haus für ihr Vorhaben begeisterten. Entsprechend zufrieden zeigte sich die Kiko-Vorsitzende. „Das ist eine sehr gelungene Veranstaltung“, urteilte Nicole Bracht-Bendt. Es sei toll, dass sich junge Menschen für so ein Thema engagieren. „Uns Parlamentariern sollte das ein Anstoß sein, die Belange der Kinder häufiger zu berücksichtigen“, sagte sie. Dafür tritt auch der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, Tom Koenigs (Grüne), ein. Er forderte anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des Vertrags zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten eine Anpassung der deutschen Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetze. Die Rekrutierung als Kindersoldat müsse als Asylgrund anerkannt und das Kindeswohl als vorrangiges Prinzip im Asyl- und Aufenthaltsrecht verankert werden, sagte er bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Deutschen Bündnis Kindersoldaten. Bei dieser Gelegenheit erläuterte York Frerks, Sprecher der Schüler des Johann-Rist-Gymnasiums, wie er und seine Mitschüler sich dem Thema genähert haben. „In den letzten Wochen haben wir unsere Großeltern interviewt, die teils als Minderjährige im Zweiten Weltkrieg an die Front geschickt wurden. Alle sagen, dass sie ihre Kriegserlebnisse nicht vergessen können“, erzählte der Siebtklässler. „Wenn ein Kind in unserem Alter Soldat wird, ist sein ganzes Leben ruiniert“, fügte er hinzu. Von den Politikern erwartet er, dass sie sich mit ehrlicher Überzeugung für die Kinder auf der ganzen Welt einsetzen. Aus Sicht der Kiko-Vorsitzenden Bracht-Bendt zeigt die große Beteiligung der Abgeordneten, dass ihnen der Protest ein persönliches Anliegen ist. Sie plädiert dafür, die gesammelten Handabdrücke gebündelt als Protestnote an die Vereinten Nationen zu schicken. *Götz Hausding*

Am 29. Februar 2012 nahm die Vorsitzende die Gelegenheit wahr, die in der Bundestagsaktion gesammelten 169 roten Hände der Mitglieder des Deutschen Bundestages mit den folgenden Grußworten der UN-Sonderbeauftragten Coomaraswamy in New York persönlich zu übergeben:

Sehr geehrte Frau Coomaraswamy, in der Kinderkommission haben wir den 10. Jahrestag des Internationalen Red Hand Days zum Anlass genommen, gegen den Einsatz von Kindern in kriegerischen Auseinandersetzungen zu demonstrieren. In einer fraktionsübergreifenden Aktion hat die Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 8. Februar 2012 insgesamt 169 rote Hände bei den Mitgliedern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Deutschen Bundestages gesammelt. Auch die Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich an dieser Aktion beteiligt. Die an diesem Tag gesammelten 169 roten Handabdrücke möchte ich Ihnen hiermit überreichen.

Viele Kolleginnen und Kollegen brachten zu unserer Veranstaltung auch noch die gesammelten roten Hände aus ihren Wahlkreisen mit, so dass wir nun über die große Anzahl von annähernd 10.000 roten Händen verfügen, die wir Ihnen in Kürze zusenden werden. Aus der Sicht der Kinderkommission ist dies ein sehr eindrucksvoller Beleg für die Solidarität vor allem der Kinder und Jugendlichen in Deutschland mit den über 250.000 weltweit als Soldaten missbrauchten Kindern und ein beeindruckendes Zeichen des Protests.

Ich freue mich sehr, dass ich heute die Möglichkeit habe, Sie persönlich zu treffen und Ihnen auch stellvertretend für meine Kolleginnen und Kollegen der Kinderkommission meinen Dank für Ihre Anstrengungen zum Wohle der Kinder auszusprechen. Ich wünsche Ihnen, dass Ihre Worte stets auf fruchtbaren Boden fallen werden und Sie noch viel zum Guten bewegen können, damit die Kinder dieser Welt weiter Hoffnung haben dürfen.

Letzten Endes sind bei Kriegen stets Kinder die größten Verlierer. Dwight D. Eisenhower hat dies einmal sehr passend beschrieben und mit diesem Zitat möchte ich auch gerne schließen:

„Jede Kanone, die gebaut wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel gelassen wird, jede abgefeuerte Rakete bedeutet letztlich einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen bekommen, denen, die frieren und keine Kleidung haben. Eine Welt unter Waffen verpulvert nicht nur Geld allein. Sie verpulvert auch den Schweiß ihrer Arbeiter, den Geist ihrer Wissenschaftler und die Hoffnung ihrer Kinder.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)



Die insgesamt über 10.000 gesammelten roten Hände wurden der UN-Sonderbeauftragten Coomaraswamy per Post zugesandt. Diese werden dem UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon übergeben werden, der die Hände aus aller Welt sammelt.

V. Gespräche der Kinderkommission außerhalb der Sitzungen

1. Gespräch mit Jugendlichen der Heimvolkshochschule „Alte Molkerei Frille“

Am **26. Oktober 2011** trafen sich Mitglieder der Kinderkommission mit 20 Jugendlichen der Heimvolkshochschule „Alte Molkerei Frille“. Bei dem Gespräch ging es u. a. um Kinderrechtsbeauftragte in Städten und um die Rücknahme der Vorbehalte gegenüber der UN-Kinderrechtskonvention. Ein wichtiges Anliegen war den Kindern und Jugendlichen auch ihre Mitbestimmung bei Entscheidungen, die sie betreffen, beispielsweise die Frage, ab wann Kinder bei der Scheidung der Eltern in Bezug auf ihr Umgangsrecht mitbestimmen können.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

2. Gespräch mit dem Bundesforum Familie – Projektvorstellung „Zeit und Gesundheit als Faktoren gelingenden Familienlebens“

Am **9. November 2011** nahmen Vertreterinnen des Bundesforums Familie die Gelegenheit wahr, der Kinderkommission die Ergebnisse des Projekts „Zeit und Gesundheit als Faktoren gelingenden Familienlebens“ vorzustellen.

3. Gespräch mit Abgesandten des 1. Kongresses der Kinderrechte

Am **30. November 2011** trafen sich Mitglieder der Kinderkommission mit Teilnehmern des 1. Kongresses der Kinderrechte „Kinder haben was zu sagen!“, der vom 17. bis 20. November 2011 in Leipzig stattgefunden hatte. 95 Kinder und Jugendliche von Projekten und Initiativen aus ganz Deutschland befassten sich in Arbeitsgruppen mit mehreren Schwerpunktthemen. Insbesondere die Themen Freizeit und Spiel, Kinderrechte in der Schule und notwendige Strukturen für eine effektive Kinder- und Jugendbeteiligung stießen bei den Mitgliedern der Kinderkommission auf großes Interesse.

4. Besuch der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung im Universitätsklinikum Carl Gustav Carus in Dresden

Am **12. Dezember 2011** statteten Mitglieder der Kinderkommission der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung im Universitätsklinikum Carl Gustav Carus in Dresden einen Besuch ab, um sich vor Ort über die schwierige Arbeit in diesem sensiblen Aufgabengebiet zu informieren.

5. Gespräch mit Vertretern des Verbands „Anwalt des Kindes“

Am **14. Dezember 2011** führten Mitglieder der Kinderkommission einen Gedankenaustausch mit VertreterInnen des Verbandes „Anwalt des Kindes“, in dem es u. a. um die Möglichkeiten von Fördermaßnahmen ging.

6. Gespräch mit Clara Madeleine Slawik zum Projekt Plant-for-the-Planet

Am **18. Januar 2012** informierten sich Mitglieder der Kinderkommission im Gespräch mit Clara Madeleine Slawik über das Kinderprojekt des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Als Botschafterin dieser Schülerinitiative berichtete die 13-Jährige über



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

deren Ziel, 1.000 Milliarden Bäume auf der Erde zu pflanzen, um einen zusätzlichen Kohlenstoffspeicher zu schaffen und um damit auf die geforderte Klimagerechtigkeit aufmerksam zu machen.

7. **Gespräch mit Schülern des Johann-Rist-Gymnasiums aus Wedel sowie VertreterInnen des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Am **8. Februar 2012** besprachen die Mitglieder der Kinderkommission anlässlich der Red-Hand-Aktion mit Schülern des Johann-Rist-Gymnasiums aus Wedel und VertreterInnen des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Einzelfragen zum Thema Kindersoldaten. Die 25 Schüler stellten den Abgeordneten und Ministeriumsvertretern kritische Fragen insbesondere zum Waffenexport Deutschlands.

8. **Gespräch mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Am **28. März 2012** besuchte Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder die Kinderkommission. Die Ministerin berichtete u. a. über den Stand des Verfahrens zum neuen Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes und die Umsetzung der Ergebnisse des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch. Sie bedankte sich bei allen, die mitgeholfen haben, dass das Bundeskinderschutzgesetz verabschiedet werden konnte. Besonders wichtige Themen seien aus ihrer Sicht Bildung und Integration. Daher investiere man für die Offensive „Frühe Chancen – Sprache und Integration“ 400 Millionen Euro in bis zu 4.000 Einrichtungen. Deutschlandweit würden 4.000 Fachkräfte zu Elternbegleitern ausgebildet, die die Eltern im Zusammenhang mit der Kita unterstützen sollen. In einer Art Kinderintegrationsgipfel in ihrem Haus sei nochmals deutlich geworden, dass die Familie der Dreh- und Angelpunkt für die Kinder sei. Ein wichtiges Thema bis 2013 sei der Kita-Ausbau. Es sei eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet worden, in der zumindest mehr Informationen über den Ausbau in den Ländern zu erhalten seien. Ihr Ministerium sei hier auf den guten Willen der Länder angewiesen.

Die Mitglieder der Kinderkommission stellten sich mit ihren Schwerpunktthemen vor. Zum Dauerthema der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz meinte Ministerin Dr. Schröder, dass es starke Argumente in beide Richtungen gebe. Sie selbst sei bei diesem Thema ambivalent. Sie habe einen grundsätzlichen Vorbehalt, Dinge ins Grundgesetz zu schreiben. Die Stärke des Grundgesetzes sei gerade auch sein Purismus. Sie habe immer wieder nachgefragt, was sich tatsächlich ändern würde, wenn die Kinderrechte im Grundgesetz stünden. Die ihr vorgelegten Expertisen seien zu dem Schluss gekommen, dass sich im Grunde nichts ändern würde. Sie halte es für problematisch, eine rein proklamatorische Änderung ins Grundgesetz aufzunehmen, wenn es



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

zu keinen Auswirkungen komme. Die Abg. Diana Golze verwies darauf, dass sich aus der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz Auswirkungen auf die einfache Gesetzgebung ergeben würden. Es wäre dann einfacher, Gesetze wie das Bundeskinder-schutzgesetz auf den Weg zu bringen und in der Praxis umzusetzen. Aber Verfas-sungsrechtler schienen zu sagen: „Hände weg von der Verfassung!“

Zu dem von der Vorsitzenden angesprochenen Problem des „Katzenschrecks“ ver-sprach die Bundesfamilienministerin, sich um die Klärung einiger Einzelfragen zu be-mühen.

VI. Öffentlichkeitsarbeit

1. Pressemitteilungen

Die Kinderkommission macht mit Pressemitteilungen auf ihre Arbeit und aktuelle kin-derpolitische Problemstellungen aufmerksam. In der Vorsitzzeit der Abg. Nicole Bracht-Bendt wurden zahlreiche Pressemitteilungen veröffentlicht, die in der Anlage nachgelesen werden können.

2. Pressekonferenz zur Vorsitzübergabe

Am **5. September 2011** fand die Pressekonferenz zur Vorsitzübergabe statt. Hierzu kann unter [http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/35563935_kw36_kiko/index.ht ml](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/35563935_kw36_kiko/index.html) der folgende Artikel nachgelesen werden.

Wechsel im Vorsitz der Kinderkommission



Nicole Bracht-Bendt (FDP) und Marlene Rupprecht (SPD) © DBT/Melde

Pünktlich nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause startet die **Kinderkommission (KiKo)** eine neue Etappe. Die Bundestagsabgeordnete **Nicole Bracht-Bendt (FDP)** übernahm tur-nusgemäß am **Montagvormittag, 5. September 2011**, den Vorsitz der KiKo für die nächsten neun Monate. „Ich übergebe den Staffelstab an meine Nachfolgerin als dritte Läuferin zu treuen Hän-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

den“, sagte **Marlene Rupprecht (SPD)**, die ihren Vorsitz zeitgleich abgab, und überreichte das Maskottchen der Kommission, einen Plüschadler, an ihre Kollegin.

KiKo beschließt einstimmig

Die KiKo, ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, besteht aus jeweils fünf Abgeordneten der im Bundestag vertretenen fünf Fraktionen. Besonders zeichnet die Kommission aus, dass alle Beschlüsse und Empfehlungen einstimmig verabschiedet werden. Gleichmäßig, in einem Abstand von neuen Monaten, wechselt auch der Vorsitz der Kommission in der Reihenfolge nach der Stärke der Fraktionen innerhalb der Legislaturperiode.

Nicole Bracht-Bendt kündigte an, drei Themen in ihrer Amtsperiode in den Fokus zu nehmen. Unter den Schlagworten „Kinder und Trauer“ soll sich die KiKo mit unterschiedlichen Aspekten des Verlustes beschäftigen. Nicht nur das Thema „Tod“ solle in diesem Rahmen enttabuisiert werden, sondern es sollen auch Probleme angesprochen werden, die durch die Trennung der Eltern, den Wechsel des Wohnorts oder das Zurechtfinden in Patchworkfamilien Gründe für Trauer sind.

Politik als Ideengeber

„Kultur für Kinder“ soll das zweite Thema der Amtszeit der FDP-Abgeordneten sein: „Ich möchte eine Debatte anstoßen, wie es der Politik gelingen kann, als Ideengeber zu fungieren.“ Viele Kinder würden gar nicht mehr in ihrer Freizeit lesen oder ohne äußeren Anstoß einmal in das Theater gehen wollen. Dabei ist nach Ansicht Nicole Bracht-Bendts die Bereitschaft vorhanden.

So stellte sie zu ihrem dritten Schwerpunkt, Freizeit von Jugendlichen, fest, dass sich Jugendliche sehr gerne freiwillig engagieren: „Nur kommen die jungen Menschen nicht alleine auf die Idee.“ Aus ihrer Erfahrung als Kommunalpolitikerin berichtete sie: „Wenn Jugendliche bei der Feuerwehr oder beim Technischen Hilfswerk erst einmal reingeschnuppert haben, bleiben viele gerne dabei.“

Die geplanten Expertenanhörungen der nächsten Monate sollen Klärung verschaffen und der KiKo Anstoß geben, Empfehlungen zu erarbeiten. (eis)

VII. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission

Abgeordnete Nicole Bracht-Bendt

04.09.2011	Gespräch am Stand der Kinderkommission am Tag der Ein- und Ausblicke im Deutschen Bundestag
18.09.2011	Weltkindertagsfest, Deutsches Kinderhilfswerk am Potsdamer Platz, Berlin



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

- 27.09.2011 „Mehr Gerechtigkeit bei der Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen“, Deutscher Bundestag, Berlin
- 22.10.2011 UNICEF-Kickers Trikotübergabe Hamburg an UNICEF-Kicker des FC St. Hubert, Hamburg, Arena des HSV
- 22.11.2011 Feierstunde „Eine Chance für Kinder“ im Schloss Bellevue auf Einladung von Bettina Wulff
- 01.12.2011 Gespräch zu „Mission Sicheres Zuhause“ und „Brandschutzprävention bei Kindern“ mit Dr. Meyer/Brandschutzprävention
- 01.12.2011 Übergabe Petitionsrolle „Kinderrechte“ durch Reinhold Sendker, MdB
- 14.12.2011 Übergabe Petition von Kindern aus Flensburg durch Wolfgang Börnsen, MdB
- 19.12.2011 Gespräch mit einer Schulklasse im Rahmen des Kindertages im Deutschen Bundestag
- 24.01.2012 Empfang Bettina Wulff „UNICEF“ im Schloss Bellevue
- 03.02.2012 Vorlesen vor Kindern in Kindertagesstätte Kattenberge, Buchholz im Wahlkreis
- 16.02.2012 Besuch beim „Haus der kleinen Forscher“ auf der didacta – Hannover Messe
- 20.02.2012 Besichtigung der Kita mit Babyklappe im Hamburg-Wilhelmsburg
- 01.03.2012 Reinhold Sendker, MdB, überreicht Nicole Bracht-Bendt, MdB, und Eckhard Pols, MdB, Unterschriften zum Red Hand Day aus seinem Wahlkreis
- 01.03.2012 Gespräch mit Sabine Kraft, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Kinderhospiz e. V.
- 14.03.2012 Besprechung mit Frau Gümmer, HH Volksdorf zum Thema Sorge-recht – Kindeswohl-Entfremdung eines Kindes



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Abgeordneter Eckhard Pols

09.08.2011	Veranstaltung „Familienpolitik im ländlichen Raum“, Betzendorf
25.08.2011	Besuch Tageseltern e. V., Lüneburg
26.08.2011	Veranstaltung „100 Jahre Igelschule (Grundschule)“, Lüneburg
04.09.2011	Tag der Ein- und Ausblicke, Berlin
17.09.2011	IGS-Schulfest, Lüneburg
20.09.2011	Gespräch mit Interena/Schwenninger BKK zu „Gesundheit von Kindern“, Berlin
28.09.2011	Podiumsdiskussion National Coalition, Berlin
07.11.2011	Vorlesetag in der Kiga Robert-Koch-Straße, Lüneburg
08.11.2011	Politisches Frühstück mit Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e. V.
15.-18.11.2011	Jugendpolitische Reise ins Baltikum mit dem Familienausschuss
06.12.2011	Gespräch mit Familienbüro der Hansestadt Lüneburg, Lüneburg
24.01.2012	UNICEF-Neujahrsgespräch mit Bettina Wulff, Berlin
13.02.2012	Übergabe Rote Hände in der IGS Lüneburg, Lüneburg
14.02.2012	Gespräch mit dem Landkreis Lüneburg zum Qualitätsmanagement Jugendhilfe
24.02.2012	Regionalwettbewerb „Jugend forscht“, Leuphana Universität Lüneburg
28.02.2012	Delegationsreise nach Genf mit Bundesministerin Schröder zur Unterzeichnungszereemonie zur Einrichtung eines Individualbeschwerderechts für Kinder
07.03.2012	Treffen mit der UNICEF-Parlamentariergruppe zum Thema Kindersoldaten



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

19.04.2012 Edeka-Initiative „Aus Liebe zum Nachwuchs“, Gemüsebeete für Kids, Gemeinsame Pflanzaktion in der Kita Stadtmitte, Lüneburg

Abgeordnete Marlene Rupprecht

29.07.2011 BMJ, Runder Tisch Kindesmissbrauch, AG

01.08.2011 WK, Kinderarche, Gespräch

12.08.2011 Nürnberg, „UNICEF-Kinderstadt“, Pressekonferenz

03.09.2011 Ueckermünde, Kinderturn-Show „Affen stark und Löwen schlau“, Grußwort

08.09.2011 „Stoppt Sexhandel mit Kindern und Jugendlichen“, ECPAT, Aktionsveranstaltung

10.09.2011 WK, Kinderfest SPD, Besuch

11.09.2011 Diakonie Bundesverband „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren – Bilanz und Verantwortung, Fachtagung, Rede

12.09.2011 BMFSFJ, Kinderschutzkonferenz, Fachtagung

20./21.09.2011 Straßburg, Kampagne „Eins von Fünf“ des Europarates gegen sexuelle Gewalt an Kindern, Fachtagung

29.09.2011 Deutsches Kinderhilfswerk, Vorstellung des Kinder- und Jugendwahlrechts, Fachgespräch

26.10.2011 Runder Tisch Kindesmissbrauch „Prävention – Intervention“, AG

27.10.2011 „Kinderhospiz“, Fachgespräch mit Kollegin

28.10.2011 Terre des Femmes „Mädchenrechte stärken – weltweit“, Fachgespräch

07.11.2011 LaGr Bayern, Bundeskinderschutzgesetz, Berichterstattung

09.11.2011 Parl. Abend, BaKuK, „Kranke Kinder im Abseits“, Schirmherrschaft



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

14.11.2011	WK MdB Heinz Paula, Jugendhilfe, Gespräch mit Jugendhilfeträgern
20./21.11.2011	Monaco, Europarat, Kampagne zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch, Fachtagung
23.11.2011	Kassel, BeB, „Zukunftsperspektive für Kinder und Jugendliche mit Behinderung oder psychischer Erkrankung“, Vortrag, Workshop
24.11.2011	Bonn, Auslandsadoption, Fachtagung, Rede
24.11.2011	AGJ, Parl. Abend zu Kinder- u. Jugendpolitik
28.11.2011	FES, „Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe“, Fachveranstaltung, Vortrag
29.11.2011	BAG, parl. Abend, „Inklusive Bildung“
30.11.2011	Internationale Jugendarbeit, Parl. Frühstück, Fachgespräch
30.11.2011	Runder Tisch Kindesmissbrauch, Abschlussitzung
01.12.2011	Kinder- und Jugendgesundheit, Fachgespräch
01.12.2011	BDKJ, Arbeit für alle e. V., Integration benachteiligter Jugendlicher, Fachgespräch
03.12.2011	Bayerischer Landeskongress „Schulsozialarbeit“, Grußwort
12.01.2012	WK, Kindergarten „Schatzinsel“, Besuch
17.01.2012	Dokumentationszentrum Topographie des Terrors „Im Gedenken der Kinder – Die Kinderärzte und die Verbrechen an Kindern in der NS-Zeit“
18.01.2012	Falken, „Kinderrechte ins Grundgesetz“, Fachgespräch
19.01.2012	KKind, „Auszeichnung für Kinderkrankenhäuser“, Schirmherrschaft
20.01.2012	WK, Gymnasium Höchststadt, „Engagement gegen Rechts“, Schülergespräch



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

30.01.2012	WK, „Kindergartenfinanzierung“, Fachgespräch
30.01.2012	WK, Willstädter Gymnasium, UNICEF, Thema Kinderrechte, Gespräch
01.02.2012	European Master in Children's Rights, EMCR, Beiratssitzung
07.02.2012	Aktion „Red Hands“, Aktion gegen Kindersoldaten
09.02.2012	Straßburg, Europarat, Kampagne Eins von Fünf – zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch, Fachtagung
27.02.2012	Aktionsplan im Dialog – Netzwerkkonferenz zum Aktionsplan 2011 der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung, Fachkonferenz
08.03.2012	CVJM, Bundeskinderschutzgesetz, Gespräch mit Studenten
09.03.2012	Bochum, Ruhr-Uni-Bochum, „Kindesmissbrauch“, Internationaler Workshop, Kurzreferat
13.03.2012	DTB „Kinderturn-Show“, Pressegespräch
20.03.2012	IGHF, Parl. Frühstück, „Zukunftsfragen für Jugendliche“, Fachgespräch
22.03.2012	WK, Kinderschutzkongress, Referat
22.03.2012	Kindernetzwerk, „Was müsste die Politik für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen tun?“, Vortrag
23.03.2012	FES, UN-Kinderrechtskonvention, Fachkonferenz, Podiumsdiskussion
29./30.03.2012	Straßburg, Europarat, Sozialausschuss, Treffen zum Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch, Fachtagung
23./24.04.2012	Straßburg, Europarat PV



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Abgeordnete Diana Golze

18.08.2011	Besuch Jugendamtsleiterin, Demmin
18.08.2011	Besuch KITA, Gültz
18.08.2011	Besuch Projekt „Nestbau“, Malchin
18.08.2011	Besuch Kinder- und Jugendzentrum, Basepohl
19.08.2011	Teilnahme an Auszeichnung von Ausbildungsbetrieben durch die IHK, Brandenburg, Premnitz
22.08.2012	Besuch der Oberschule und Teilnahme am Unterricht, Calau
22.08.2011	Besuch der KITA Kunterbunt, Calau
23.08.2011	Information zu Abendlicher Kinderbetreuung bei Johannitern, Königs Wusterhausen
24.08.2011	Besuch KITA Leipziger Allerlei, Falkensee
24.08.2011	Besuch Mehrgenerationenhaus, Falkensee
12.09.2011	Kindertag im Bundestag, Berlin
14.09.2011	Teilnahme am Tag der Demokratie, Rathenow
14.09.2011	Abschlussfeier im Sommerleseclub der Kinderbibliothek, Rathenow
28.09.2011	16. Offenes Forum der National Coalition, Berlin
04.10.2011	AGJ-Fachtag Inklusion und KJHG, Berlin
04.10.2011	Plenum Frühpädagogik Fröbel-Gruppe, Berlin
05.10.2011	Einführung zum Wintersemester Kindheitswissenschaften, Stendal
19.10.2011	Treffen mit GEW-Hauptvorstand zu KITA, BuT etc., Berlin
02.11.2011	Besuch Gesamtschule und Teilnahme am Unterricht, Rathenow
03.11.2011	Besuch Gesamtschule und Teilnahme am Unterricht, Rathenow



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

12.11.2011	Feier 15 Jahre Mehrgenerationenhaus „Die Stube“, Brandenburg an der Havel
15.11.2011	Vorlesetag Kinder- und Jugendbibliothek, Wiesenburg
16.11.2011	Besuch der Grundschule und Teilnahme am Unterricht, Rhinow
17.11.2011	Vorlesetag Kinder- und Jugendbibliothek, Brandenburg an der Havel
18.11.2011	Vorlesetag Kinder- und Jugendbibliothek, Rathenow
22.11.2011	Feier 10 Jahre Familienhebammen, Stiftung Eine Chance für Kinder, Berlin
23.11.2011	Gespräch mit UNICEF-Regionaldirektor, Berlin
24.11.2011	Parlamentarischer Abend AGJ, Berlin
30.11.2011	Runder Tisch gegen Sexuelle Gewalt gegen Kinder, Berlin
30.11.2011	Teilnahme an Verleihung des Heinz-Westphal-Preises des DBJR, Berlin
08.12.2011	Übergabe Spende an Aktion „Weihnachten für alle“, Bad Belzig
08.12.2011	Veranstaltung zu Inklusiver Bildung, Jüterbog
09.12.2011	Eröffnung der Ausstellung „Justizia mit Kinderaugen gesehen“ im Amtsgericht, Rathenow
12.01.2012	Besuch Gesamtschule und Teilnahme am Unterricht, Rathenow
18.01.2012	Besuchergruppe Gymnasium Treuenbrietzen, Berlin
24.01.2012	Neujahrsgespräch bei Bettina Wulff „Was Kinder stark macht“, Berlin
24.01.2012	Besuch KITA Kleine Philosophen, Rathenow
25.01.2012	Auszeichnung Schülerwettbewerb „ND und Schule“, Berlin



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

10.02.2012	Besuchergruppe Gymnasium Treuenbrietzen, Berlin
01.03.2012	Treffen mit UN-Jugenddelegierten, Berlin
01.03.2012	Gespräch mit Unabhängigen Beauftragten der BR, Herrn Rörig, Berlin
07.03.2012	Gespräch mit der UNICEF-Gruppe des Bundestages zu straight 18, Berlin
11.03.2012	Feier 40 Jahre Deutsches Kinderhilfswerk, Berlin
29.03.2012	Gespräch mit Teilnehmerin am Jugendmedienworkshop des Bundestages, Berlin
29.03.2012	Besuchergruppe Gymnasium Brandenburg an der Havel, Berlin
31.03.2012	Frühjahrsputz auf dem Gelände der Kinderstadt, Rathenow
04.04.2012	Besuchergruppe mit Teilnehmer/innen der Jugendfeier 2012, Berlin
20.04.2012	Eröffnung der Geschichtswerkstatt mit Schülerbildern, Nauen

gez. Nicole Bracht-Bendt, MdB
Vorsitzende



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

VIII. Anlagen

Anlage	Datum	Dokument	Seite
1	10.08.2011	Kinderkommission zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2011	84
2	30.08.2011	Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission informiert über den turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz	85
3	13.09.2011	„Tod – Tabu für Kinder?“ Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission	86
4	16.09.2011	Kinderkommission zum Weltkindertag am 20. September 2011: „Kinder haben was zu sagen“	87
5	21.09.2011	Kinderkommission zu Besuch beim Kinderhospiz Sonnenhof	88
6	23.09.2011	Kinderkommission zum Tag der Integration am 23. September 2011 „Zusammen ist besser“	89
7	29.09.2011	Kinderkommission: Kinderhospiz „Sonnenhof“ – ein wertvoller Beitrag für den Umgang mit Tod und Trauer von Kindern	90
8	21.10.2011	Kinderkommission: Scheidungskindern eine Stimme geben	91
9	14.11.2011	Kinderkommission veröffentlicht Stellungnahme zum Themenkomplex „Kinderrechte“	92
10	17.11.2011	Mitglieder der Kinderkommission beteiligen sich am Vorlesetag am 18. November 2011	93
11	18.11.2011	Kinderkommission zum Tag der Kinderrechte am 20. November 2011	94
12	30.11.2011	Die Kinderkommission zum Welt-Aids-Tag am 1. Dezember 2011	95
13	07.12.2011	Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission: „Patchwork – ein Familienmodell?“	97
14	16.12.2011	Kinderkommission zum Abschlussbericht des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch	99



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

15	06.01.2012	Kinderkommission begrüßt die Einrichtung der Zentralen Anlaufstelle für grenzüberschreitende Kindschaftskonflikte	101
16	13.01.2012	Kinderkommission begrüßt die Gründung des Deutschen Kinderschmerzentrums	102
17	19.01.2012	Kinderkommission zu Besuch bei TUSCH	103
18	27.01.2012	Kinderkommission: Theater fördert Selbstbewusstsein von Kindern	104
19	01.02.2012	Kinderkommission engagiert sich am Red Hand Day – Kinder sind keine Soldaten!	105
20	09.02.2012	Kinderkommission zum Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar	107
21	20.02.2012	Kinderkommission zum Internationalen Tag der Muttersprache am 21. Februar 2012	108
22	02.03.2012	Vorsitzende der Kinderkommission überreicht rote Hände an die UN-Sonderbeauftragte für Kinder und bewaffnete Konflikte	109
23	15.03.2012	Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission: „Mehr altersgerechte Aktionsflächen“	111
24	22.03.2012	Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission zum Thema „Jugendliche gestalten Freizeit“	113
25	02.04.2012	„Lesen ist eine Lust!“ Kinderkommission zum Internationalen Kinderbuchtag am 2. April	114
26	16.04.2012	Kinderkommission begrüßt die Verurteilung von Thomas Lubanga Dyilo	115
27	19.04.2012	Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission informiert über den turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz	116
28	20.04.2012	Kinderkommission veröffentlicht Stellungnahme zum Themenkomplex „Kultur für Kinder“	117



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 1

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2011

Berlin, 10. August 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Die Jugend ist die Zukunft – das weiß jeder. In Deutschland fallen mehr als 11 Prozent der Bevölkerung unter den Begriff Jugend, sind also zwischen 15 und 24 Jahren alt. Das ist eine Bevölkerungsgruppe, die man ernst nehmen muss.

Der 1999 von der UNO ausgerufenen Internationale Tag der Jugend will deutlich machen, wie wichtig es ist, dass sich Jugendliche an der Politik beteiligen. Politik ist keine Angelegenheit, die nur Erwachsene angeht. Da ihre Auswirkungen immer auch in die Zukunft gerichtet sind, sind Kinder und Jugendliche immer direkt mit betroffen. Dies gilt insbesondere für Fragen des Arbeitsmarktes, der Gesundheit und der Umwelt. Hier zeigen sich die Auswirkungen von Entscheidungen oftmals erst eine Generation später.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ruft die Jugendlichen auf, sich in ihrem Umfeld zu engagieren und ihre Interessen und Anliegen in politische und gesellschaftliche Jugendorganisationen einzubringen. Die Kinderkommission appelliert an die Politikerinnen und Politiker, den Kindern und Jugendlichen zuzuhören, ihre Anliegen ernst zu nehmen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Kinder und Jugendliche aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Nicole Bracht-Bendt: „Entscheidungsträger auf allen Ebenen müssen die Anliegen von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen. Aufgefordert sind auch die Eltern, ihre Elternkompetenz wahrzunehmen und ihre Kinder zu stärken. Dann liegt es an den Kindern und Jugendlichen selbst – denn nur wer sich einbringt, kann mitgestalten.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 2

Pressemitteilung

Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission informiert über den turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz

Berlin, 30. August 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Montag, 5. September 2011, 10.00 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Am 27. Juli 2011 wechselte turnusmäßig der Vorsitz in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages.

In den vergangenen neun Monaten wurde die Kommission von Marlene Rupprecht (SPD) geleitet. Sie übergibt nunmehr das Maskottchen der Kinderkommission und damit die Leitungsgeschäfte an Nicole Bracht-Bendt (FDP). Die neue Vorsitzende möchte über die Arbeit der Kinderkommission und die neuen Schwerpunktthemen: Kinder und Trauer, Kinder und Kultur sowie Jugendliche in der Freizeit informieren.

Interessierte Medienvertreter melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, **E-Mail: kinderkommission@bundestag.de**) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums bis zum 2. September 2011 an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presseferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 3

Pressemitteilung

„Tod – Tabu für Kinder?“

Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission:

Berlin, 13. September 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 21. September 2011, 14.00 bis 15.30 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

Kinder stehen am Anfang ihres Lebens. Sie sollen unbeschwert und frei von Kummer aufwachsen. Was aber, wenn sich diese Erwartung nicht erfüllen lässt? Auch Kinder und Jugendliche sind von Tod und Trauer betroffen. Sei es durch den Tod eines geliebten Menschen, der sie trauern lässt oder weil sie selbst dem Tod entgegensehen. Diese schwierige Thematik wird in der Gesellschaft vielfach tabuisiert.

Die Kinderkommission möchte sich in dieser öffentlichen Sitzung insbesondere darüber informieren, wie trauernden Kindern und Jugendlichen geholfen werden kann und an welchen Stellen die Politik den Ausbau von Hilfen für trauernde Kinder und Jugendliche unterstützen kann. Sie hat hierzu Experten aus der Kinder- und Jugendtrauerarbeit eingeladen.

Die Fragen zu diesen Themen werden mit den folgenden Experten erörtert:

- **Beate Alefeld-Gerges**, Das Zentrum für trauernde Kinder e. V.
- **Jürgen Kurth**, Domino – Zentrum für trauernde Kinder e. V.
- **Dr. med. Miriam Haagen**, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin und Psychotherapie.

Interessierte Medienvertreter melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, **E-Mail: kinderkommission@bundestag.de**) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums bis spätestens zum 20. September 2011 an. Besucher werden gebeten, den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle. Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presseferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden. Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 4

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Weltkindertag am 20. September 2011: „Kinder haben was zu sagen“

Berlin, 16. September 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages sieht sich seit eh und je als parlamentarische Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen. Die Mitglieder der Kinderkommission freuen sich sehr über das gelungene Motto des diesjährigen Weltkindertages.

Das Motto „Kinder haben was zu sagen“ erinnert an das Recht auf Beteiligung, das Kindern und Jugendlichen nach Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention zusteht. Sie sind keine Objekte elterlicher Entscheidungen, sondern sie haben eigene Wünsche und Vorstellungen. Politik und Gesellschaft müssen noch stärker als bisher berücksichtigen, dass Kinder und Jugendliche eigenständige Persönlichkeiten sind, die mit ihren Ideen und Fähigkeiten unsere Gesellschaft beeinflussen, mitgestalten und beflügeln können.

Das Motto soll Kinder und Jugendliche ermutigen, sich einzumischen. Nur wer seine Meinung sagt, kann etwas bewirken. Das Leitthema des Weltkindertages soll aber auch die Erwachsenen daran erinnern, wie wichtig es für die Entwicklung der Kinder ist, ihre eigene Meinung zu bilden und zu äußern.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Nicole Bracht-Bendt, erklärt: „Erwachsene sollten Kindern auf Augenhöhe begegnen und sie ernst nehmen.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 5

Pressemitteilung Kinderkommission zu Besuch beim Kinderhospiz Sonnenhof

Berlin, 21. September 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, den 28. September 2011, 13.30 – 15.30 Uhr

Ort: Kinderhospiz Sonnenhof, Wilhelm-Wolff-Straße 38,
13156 Berlin

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages befasst sich zurzeit schwerpunktmäßig mit dem Thema „Kinder und Trauer“. Sie nimmt sich damit ein Thema vor, das in der Öffentlichkeit wenig Beachtung findet und häufig tabuisiert wird.

Die Mitglieder der Kinderkommission werden am 28. September 2011 um 13.30 Uhr das Kinderhospiz Sonnenhof in der Wilhelm-Wolff-Straße 38 in Berlin-Niederschönhausen besuchen. Hier werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die an einer unheilbaren Krankheit leiden, betreut und begleitet. Die Kinderhospize bieten den Betroffenen Raum, sich mit ihrer Trauer auseinanderzusetzen, Abschied zu nehmen, aber auch neue Kraft und frischen Mut zu schöpfen.

Die Kommissionsmitglieder wollen sich im Rahmen der Befassung mit ihrem sehr schwierigen Thema vor Ort die einzelnen Facetten dieser wichtigen Arbeit der Kinderhospize erläutern lassen.

Pressevertreter sind herzlich eingeladen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 6

Pressemitteilung Kinderkommission zum Tag der Integration am 23. September 2011 „Zusammen ist besser“

Berlin, 23. September 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Im Jahr 2005 initiierte der damalige Bundesinnenminister den Tag der Integration. Dieser Tag soll eine Aufforderung sein, den Integrationsgedanken nicht nur zu pflegen, sondern auch umzusetzen. Integration bedeutet, aufeinander zuzugehen. Sie ist ein aktiver Prozess, der auf beiden Seiten Öffnung und Offenheit erfordert. Nur wer offen ist, kann sich integrieren und nur wer zugewandt ist, kann Integration zulassen.

Den Kindern kommt hier eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie fragen nicht nach dem woher, sondern sie nehmen einander vorbehaltlos an. Dies gilt es zu fördern. In den Kindertagesstätten werden wichtige Grundlagen für die Integration gelegt. Entscheidend für eine gelingende Integration sind die frühkindliche Bildung und frühe Sprachbildung, damit die Kinder aus Zuwandererfamilien gleichberechtigte Chancen für eine Teilhabe an der Gesellschaft erhalten. Darüber hinaus müssen Kinder mit und ohne Migrationshintergrund darin unterstützt werden, Vielfalt wertzuschätzen. Es gilt zudem, zugewanderte Eltern in ihrer Verantwortung für die Zukunft ihrer Kinder zu unterstützen. Denn ihre Einstellung zu Schule und Bildung, ihre alltägliche Unterstützung stellen entscheidende Beiträge zum Bildungserfolg und damit zur Integration ihrer Kinder dar.

Nicole Bracht-Bendt, Vorsitzende der Kinderkommission: „Integration kann für alle eine Bereicherung sein. Miteinander reden ist dabei die Grundlage.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 7

Pressemitteilung

Kinderkommission: Kinderhospiz "Sonnenhof" – ein wertvoller Beitrag für den Umgang mit Tod und Trauer von Kindern

Berlin, 29. September 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Bei einem Besuch der Kinderkommission des Deutschen Bundestages im Kinderhospiz Sonnenhof in Berlin-Niederschönhausen am 28. September 2011 bezeichnete die Vorsitzende der Kinderkommission, Nicole Bracht-Bendt, den Sonnenhof als einen wertvollen Beitrag für den Umgang mit Tod und Trauer von Kindern. „Mit seiner Offenheit bietet das Hospiz einen Ort der Begegnung für gesunde und kranke Kinder und deren Angehörigen einen sicheren Hafen für ihren Trauerprozess.“

Ziel der Kinderkommission ist, mit Tabus im Zusammenhang mit dem Sterben von Kindern zu brechen. „Wenn ein Kind schwer krank ist, ist immer die ganze Familie betroffen“, so Nicole Bracht-Bendt. Nicht nur die Eltern, auch Geschwisterkinder und Großeltern bekommen im Sonnenhof Raum und Unterstützung, um sich auf den Sterbe- und Trauerprozess vorzubereiten und einzulassen.

Das Kinderhospiz Sonnenhof begleitet mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern derzeit zehn Kinder und Jugendliche. Weitere Plätze sollen ergänzt werden. Die Abgeordneten waren beeindruckt, mit wieviel „Herzblut“ Helfer und Unterstützer hier im Einsatz sind.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 8

Pressemitteilung

Kinderkommission: Scheidungskindern eine Stimme geben

Berlin, 21. Oktober 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Bei Trennungen und Scheidungen sollten mehr als bisher die Nöte der Kinder berücksichtigt werden. Das war die übereinstimmende Auffassung aller Sachverständigen bei der Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 19. Oktober 2011. Die Vorsitzende Nicole Bracht-Bendt stellte fest: „Kinder sind die Hauptleidtragenden bei einer Trennung, weil sie beide Elternteile lieben. Ziel der Politik muss es sein, Scheidungskindern eine Stimme zu geben.“ Die Kinderkommission beabsichtigt, die Erkenntnisse dieser Experten in einer ihrer nächsten Stellungnahmen aufzunehmen.

Der langjährige Familienrichter **Jürgen Rudolph** bemängelte die fehlende Zusammenarbeit zwischen Familiengerichten, Psychologen und Jugendämtern. Psychologische Erkenntnisse müssten unbedingt mehr in die juristische Ausbildung einbezogen werden. Ein interdisziplinärer Studiengang an der Universität Mainz sei Vorreiter.

Prof. Dr. Thomas Schulte-Markwort, Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, wies darauf hin, dass mit einer Scheidung die Wahrscheinlichkeit für Auffälligkeiten bei betroffenen Kindern deutlich steige. Kinder befänden sich häufig in einem Loyalitätskonflikt und litten teilweise unter Entfremdung. „Eltern bleibt man ein Leben lang“, so Prof. Schulte-Markwort. Eltern müssten das Wohlergehen der Kinder über eigene Konflikte stellen.

Prof. Dr. Sabine Walper, Pädagogik-Professorin und Expertin für den Umgang mit Scheidungskindern von der Ludwig-Maximilians-Universität München, forderte im Scheidungsfall verpflichtende Beratungen von Eltern und obligatorische Fortbildungen von Richtern. Einhellige Meinung der Experten war, dass die deutsche Gesetzgebung bei Scheidungsverfahren das Wohlergehen der betroffenen Kinder in den Mittelpunkt rücken solle, statt die Interessen streitender Eltern.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 9

Pressemitteilung Kinderkommission veröffentlicht Stellungnahme zum Themenkomplex „Kinderrechte“

Berlin, 14. November 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Kinderrechte stehen seit Bestehen der Kinderkommission im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Grundlage hierfür ist das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention), das am 20. November 1989 in der Vollversammlung der Vereinten Nationen einstimmig verabschiedet worden ist.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat sich in sechs Sitzungen mit dem Themenkomplex „Kinderrechte“ befasst und zu verschiedenen Detailthemen Expertengespräche, darunter auch eine öffentliche Anhörung, durchgeführt.

Die vorgelegte Stellungnahme fasst die gewonnenen Erkenntnisse und Forderungen der Kinderkommission zu den Themen: Adoptionsrecht, Rechte der Kinder von Sinti und Roma, zu Kinderarbeit, Einsatz von Kindersoldaten sowie zur Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz prägnant zusammen. Die Stellungnahme ist unter folgendem Link abrufbar:

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/17-12_Stellungnahme_Kinderrechte.pdf



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 10

Pressemitteilung

Mitglieder der Kinderkommission beteiligen sich am Vorlesetag am 18. November 2011

Berlin, 17. November 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Am Freitag, 18. November, findet zum achten Mal der bundesweite Vorlesetag der Stiftung Lesen e. V. statt.

Die Idee, die sich hinter diesem Tag verbirgt, ist einfach: Jeder, der Spaß am Vorlesen hat, liest an diesem Tag anderen etwas vor. Die jährliche Resonanz gibt dieser Idee recht. erinnern Sie sich auch noch an die Abende, an denen Ihnen vorgelesen wurde und Sie in die tollsten Abenteuer eingetaucht sind? Diese Bilder und Erlebnisse bleiben im Kopf und beflügeln die Phantasie.

Lesen und Vorlesen sind für Vorstellungskraft, Kreativität und Bildung unerlässlich und bilden die Grundlage für die Neugier aufs Unbekannte. Kinder, denen regelmäßig vorgelesen wurde, greifen auch als Erwachsene noch regelmäßig zu Büchern, um sich zu bilden, aber auch zu unterhalten. Kindern vorzulesen ist also ein nachhaltiger Beitrag für ein lebenslanges Lernen und Neugierigbleiben.

Neben zahlreichen Prominenten, die am 18. November in Bibliotheken, Kindergärten, Schulen und Buchhandlungen unterwegs sein werden, sind auch Mitglieder der Kinderkommission dem Aufruf gefolgt und werden in ihren Wahlkreisen an unterschiedlichen Veranstaltungsorten interessierten Kindern und Jugendlichen vorlesen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 11

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Tag der Kinderrechte am 20. November 2011

Berlin, 18. November 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Vor 22 Jahren verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes. 192 Staaten mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und Somalias haben in der Zwischenzeit diese Konvention, die allen Kindern auf der Welt in 54 Artikeln völkerrechtlich die gleichen verbindlichen Mindeststandards verbrieft, ratifiziert.

Dennoch sieht die Lebenswirklichkeit von Millionen Kindern weltweit immer noch anders aus. So fehlen vielen Kindern grundlegende Dinge wie sauberes Wasser, Nahrung, medizinische Hilfe oder einfach ein Dach über dem Kopf.

Diese Probleme haben Kinder in Deutschland glücklicherweise nicht. Aber auch die Bundesrepublik kann aus Sicht der Kinderkommission einige Schritte tun, um Kinderrechte zu stärken. Dies gilt beispielsweise für die Beteiligungsrechte der Kinder, aber auch für das Recht der Kinder auf Schutz vor Vernachlässigung und Missbrauch.

Nicole Bracht-Bendt, Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt daher: „Niemand darf wegschauen. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Kinder und Jugendliche zu schützen, zu fördern und zu beteiligen. Sie müssen in der Gesellschaft ihren Platz haben. Es liegt an uns, dass Kinder Zukunft mitgestalten können.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 12

Pressemitteilung

Die Kinderkommission zum Welt-AIDS-Tag am 1. Dezember 2011

Berlin, 30. November 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Seit 1988 wird jährlich am 1. Dezember der Welt-AIDS-Tag begangen. Weltweit erinnern an diesem Tag verschiedenste Organisationen an diese Pandemie und rufen dazu auf, aktiv zu werden und Solidarität mit Infizierten und Kranken zu zeigen. Der Welt-AIDS-Tag dient aber auch dazu, den Verantwortlichen in Politik, Medien und Gesellschaft in Erinnerung zu rufen, dass die Tod bringende Krankheit noch keineswegs besiegt ist.

Die Immunschwäche bedroht vor allem Kinder und Jugendliche. Täglich infizieren sich etwa 3000 junge Menschen mit HIV. Nahezu minütlich sterben weltweit Kinder an den Folgen von AIDS. 45 Prozent aller Neuinfektionen betreffen die Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen, inzwischen geht man von ca. 4,9 Millionen jungen Menschen aus, die mit dem Virus infiziert sind. Aber nicht nur durch die eigene Infektion sind Kinder und Jugendliche gefährdet, über 14,9 Millionen Kinder hat die Epidemie schon zu Waisen gemacht.

In Deutschland sind die Zahlen mit geschätzten 3000 Neuinfektionen jährlich international vergleichsweise gering. Die Zahl infizierter Kinder wird auf 430 geschätzt. Doch geben die wieder ansteigende Zahl der Neuinfektionen und die wachsende Nachlässigkeit im Umgang mit der Vorbeugung vor der Krankheit Grund zur Sorge. Jugendliche sind daher die Hauptzielgruppe der Prävention, um deren Verantwortungs- und Selbstbewusstsein zu stärken. Die Kinderkommission begrüßt die Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung unter dem Motto „Positiv zusammen leben – aber sicher!“.

Die Kinderkommission will an diesem Tag auch ganz besonders den vielen Organisationen und Verbänden danken, die sich für infizierte Kinder einsetzen und ihnen helfen, ein Leben in der Normalität zu führen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Nicole Bracht-Bendt, erklärt: „Der Welt-Aids-Tag erinnert uns: Jeder kann etwas tun, damit wir alle – HIV-Positive und HIV-Negative – gut zusammen leben. Wir alle sind in der Pflicht, Solidarität zu zeigen und Ausgrenzung abzuwehren.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 13

Pressemitteilung

Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission: „Patchwork – ein Familienmodell?“

Berlin, 7. Dezember 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 14. Dezember 2011, 16.00 bis 17.30 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

Inzwischen wird jede dritte Ehe in Deutschland geschieden. Paare trennen sich und gründen mit einem neuen Partner eine neue Familie. Welche Probleme tauchen auf, wenn Kinder sich in dieser Situation neu zurecht finden müssen? Wie nehmen sie es auf, wenn sie plötzlich „neue“ Geschwister haben? Welche Konflikte birgt das Familienmodell „Patchwork“?

Die Kinderkommission möchte sich in dieser öffentlichen Sitzung insbesondere darüber informieren, wie die Kinder mit dieser Situation umgehen und welche Hilfen ihnen zur Verfügung stehen sollten, wenn sie überfordert sind. Sie hat hierzu Sachverständige aus der Beratungsarbeit und der Familienforschung eingeladen:

- **Diplom-Psychologin Katharina Grünewald** (Beratung für Patchworkfamilien, Köln)
- **Diplom-Psychologe Alfred Luttermann** (Leiter des Ausbildungszentrums für Kinder- und Jugendpsychotherapeuten bei der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie, Berlin)
- **Prof. Dr. Anja Steinbach** (Universität Duisburg-Essen, Institut für Soziologie, Schwerpunkt Familiensoziologie)

Interessierte Medienvertreter melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, **E-Mail: kinderkommission@bundestag.de**) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums bis spätestens zum 12. Dezember 2011 an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presseferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 14

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Abschlussbericht des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch

Berlin, 16. Dezember 2011

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission teilt mit:

Der Runde Tisch Sexueller Kindesmissbrauch hat seinen Abschlussbericht vorgelegt. Das Ende der Arbeit des Runden Tisches ist aber kein Schlusspunkt – es ist ein Anfang, resümiert der 59-seitige Bericht. In der Tat wurden in der Auseinandersetzung mit der hoch sensiblen Thematik viele Neuerungen vorgeschlagen, die es nun umzusetzen gilt. Unter anderem wurde skizziert, wie der Opferschutz und Unterstützungsangebote zu verbessern wären. Ferner wird ein dezidiertes Hilfesystem für zurückliegende Fälle vorgeschlagen. Zudem soll eine Präventionsinitiative helfen, Kinder über ihre Rechte aufzuklären und Fachkräfte zu sensibilisieren, bereits früh Anzeichen sexualisierter Gewalt zu erkennen.

Die Kinderkommission, die mit einem Teil ihrer Mitglieder ebenfalls an der Arbeit des Runden Tisches mitgewirkt hat, begrüßt die Vorlage des detaillierten Berichts und lobt die richtigen Ansätze, den Schutz von Schutzbefohlenen zu verbessern und ihre Rechte zu stärken. Wenngleich keine Entschädigung ausreicht, begangenes Unrecht auszugleichen, so wurden doch die Modalitäten zur Erlangung eines Ausgleichs im Grundsatz so gestaltet, dass dieser mit wenig bürokratischem Aufwand beansprucht werden kann. Hier gilt es nun, die Umsetzung der Vorschläge zügig und konzentriert anzugehen.

Insbesondere freuen sich die Mitglieder der Kinderkommission darüber, dass sich der Runde Tisch in seinem Abschlussbericht für starke Kinderrechte im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ausspricht und die Fortsetzung der Diskussion über eine ausdrückliche Verankerung der Kinderrechte als subjektive Rechte im Grundgesetz für geboten hält.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Die Kinderkommission dankt Frau Dr. Christine Bergmann für ihre hervorragende Arbeit und ihren Einsatz als Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. Sie wünscht ihrem Nachfolger, Herrn Johannes-Wilhelm Rörig, bei der Übernahme seiner Aufgabe alles Gute und wird auch mit ihm im Gespräch bleiben. Zu seinen Aufgaben gehört vor allem die Beobachtung der Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches. Mit diesem Auftrag werden sich auch die Mitglieder des RundenTisches in einem Jahr wieder zusammensetzen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 15

Pressemitteilung

Kinderkommission begrüßt die Einrichtung der Zentralen Anlaufstelle für grenzüberschreitende Kindschaftskonflikte

Berlin, 6. Januar 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Jedes Jahr werden mehrere hundert Kinder in Folge ungelöster familiärer Konflikte aus und nach Deutschland entzogen. Entziehende/r ist in aller Regel ein Elternteil.

Betroffene Eltern berichten, dass sie sich mit ihren Problemen vielfach überfordert, allein gelassen und nicht immer ausreichend beraten fühlen. In ihrer verständlichen Verzweiflung wenden sie sich an viele unterschiedliche Stellen in der Hoffnung, so schneller oder besser Hilfe zu erhalten.

Auch für Fachleute bedeuten Kindesentziehungen in das Ausland eine große Herausforderung. Sprachliche Probleme, andere Wertvorstellungen, die Geltung unterschiedlichen Rechts und ähnliches sind zu berücksichtigende Größen.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat bereits im Jahr 2009 die Forderung nach der Einrichtung einer Zentralen Anlaufstelle mit Lotsenfunktion, die Eltern bei Kindesentziehungsfällen beratend und unterstützend zur Seite stehen soll, aufgestellt.

Sie begrüßt es deshalb außerordentlich, dass nach einem nunmehr zweijährigen Diskussions- und Entwicklungsprozess der wichtige Schritt zur Einrichtung der Zentralen Anlaufstelle für grenzüberschreitende Kindschaftskonflikte unternommen wurde und diese nun ihre Arbeit aufnehmen kann.

Am 1. Januar 2012 nahm die beim Internationalen Sozialdienst angesiedelte Zentrale Anlaufstelle für grenzüberschreitende Kindschaftskonflikte ihre Arbeit auf, mit der auch die Aufgabe einer „Zentralen Anlaufstelle für Mediation gemäß den Malta-Prinzipien“ verbunden ist. Sie ist nun für betroffene Eltern unter der Telefonnummer +49 (0)30 – 62 980 403 und im Internet unter der Adresse www.zank.de erreichbar.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 16

Pressemitteilung

Kinderkommission begrüßt die Gründung des Deutschen Kinderschmerzentrums

Berlin, 13. Januar 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Am 16. Januar 2012 wird das Deutsche Kinderschmerzzentrum an der Vestischen Kinder- und Jugendklinik Datteln, Universität Witten/Herdecke gegründet. Zukünftig wird in dieser Einrichtung als Referenzzentrum therapiert, geforscht und daran gearbeitet, die Situation von Kindern und Jugendlichen mit chronischen Schmerzen zu verbessern.

Viele Kinder und Jugendliche in Deutschland leiden an chronischen Schmerzen. Die Folgen für die Betroffenen sind immens. Ständiger Schmerz, eingeübte Lebensfreude und -qualität, aber auch praktische Einschränkungen wie Schulausfälle bestimmen das Leben der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Ihnen kann nun durch die Verzahnung von Versorgung und Forschung optimal geholfen und ihr Leiden gelindert werden.

Die Kinderkommission, die bereits in der Vergangenheit die Einrichtung des weltweit ersten Lehrstuhls für Kinderschmerztherapie und Pädiatrische Palliativmedizin mit großem Wohlwollen begleitet hat, freut sich, dass mit der Gründung des Deutschen Kinderschmerzentrums ein weiterer Schritt zur Unterstützung chronisch schmerzkranker Kinder und Jugendlicher erfolgt.

Die Mitglieder der Kinderkommission wünschen dem ersten Deutschen Kinderschmerzzentrum viel Erfolg für seine wichtige Arbeit.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 17

Pressemitteilung Kinderkommission zu Besuch bei TUSCH

Berlin, 19. Januar 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 25. Januar 2012, 15.30 Uhr

Ort: Aula der Rothenburg-Grundschule, Rothenburgstraße 18,
12165 Berlin-Steglitz

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages befasst sich zurzeit schwerpunktmäßig mit dem Thema „Kultur für Kinder“.

Die Mitglieder der Kinderkommission werden am 25. Januar 2012 um 15.30 Uhr das Projekt TUSCH Theater und Schule Berlin besuchen.

TUSCH ist ein Netzwerk der Kulturellen Bildung, in dem 122 Berliner Schulen und über 40 Berliner Theater aktiv sind. TUSCH initiiert dreijährige Partnerschaften zwischen den Schulen und Theatern und unterstützt diese inhaltlich, organisatorisch, finanziell und durch eine fundierte Prozessbegleitung.

Die Kommissionsmitglieder wollen sich mit diesem in der öffentlichen Wahrnehmung unterrepräsentierten Thema vor Ort und an einem Beispiel zeigen lassen, wie es gelingt, Kinder für Theater und Kulturschaffung zu interessieren – dabei sollen gerade die Kinder selbst zu Wort kommen.

Pressevertreter sind herzlich eingeladen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 18

Pressemitteilung

Kinderkommission: Theater fördert Selbstbewusstsein von Kindern

Berlin, 27. Januar 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Nach einem Besuch der Kinderkommission des Bundestages bei einem Theaterprojekt des Kooperations-Netzwerks für Kulturelle Bildung im Bereich Theater (TUSCH) in der Berliner Rothenburg-Grundschule erklärte die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, Nicole Bracht-Bendt: „Das Projekt sollte im wahrsten Sinne des Wortes überall Schule machen. Ich bin beeindruckt, wie unverkrampft und spontan die Jugendlichen auf der Bühne in ihre Rolle schlüpfen. Das Theaterspiel fördert auf spielerische Weise das Selbstbewusstsein und das soziale Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Auf der Bühne geht es nicht um Leistung, sondern um ein offenes Miteinander, von dem alle profitieren.“

In dem Netzwerk der Kulturellen Bildung sind 122 Berliner Schulen und 40 Berliner Theater aktiv. Neben Theaterprojekten und -besuchen von Jugendlichen bietet TUSCH künstlerische Werkstattangebote und Fortbildungen für Lehrer/innen und Künstler/innen an. Das kulturelle Netzwerk initiiert diese Partnerschaften, unterstützt sie inhaltlich, organisatorisch und finanziell und begleitet sie für jeweils drei Jahre.

„Die Schüler und Schülerinnen werden durch die Theaterprofis für die Theaterkunst sensibilisiert. Zugleich erhalten sie tolle Anregungen, wie sie auch abseits der Bühne sich selbst und ihre Kreativität besser einbringen können“, so die Vorsitzende der Kinderkommission.

In sieben Städten und Regionen gibt es mittlerweile TUSCH-Nachfolgeprojekte. Nicole Bracht-Bendt: „Im Theater gibt es kein „richtig“ oder „falsch“ und keinen Leistungsdruck. Spielerisch wird das Selbstbewusstsein gestärkt. Ich wünsche mir, dass viele solcher Projekte bundesweit realisiert werden können.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 19

Pressemitteilung

Kinderkommission engagiert sich am Red Hand Day – Kinder sind keine Soldaten!

Berlin, 1. Februar 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 8. Februar 2012, 13.30 bis 15.00 Uhr

Ort: Halle des Paul-Löbe-Hauses

Jedes Jahr am 12. Februar findet der Red Hand Day statt – der internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten.

In aller Welt engagieren sich Jugendliche mit der Aktion Rote Hand gegen den Einsatz von Kindern in Kriegen. Das Symbol der Aktion, die rote Hand, steht dabei für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten.

Auf Anregung von Kindern und Jugendlichen unterstützt die Kinderkommission die Aktion Rote Hand mit einem eigenen Stand, an dem sich auch das **Deutsche Bündnis Kindersoldaten** beteiligt. Hier können Politiker, Mitarbeiter und Besucher des Bundestages ihre Handabdrücke abgeben und so gegen den Einsatz von Kindersoldaten protestieren. Die gesammelten Handabdrücke leitet die Kinderkommission an die Vereinten Nationen weiter. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, hat bereits ihre Teilnahme zugesagt.

Besucher, die an der Aktion teilnehmen wollen, sind herzlich eingeladen. Interessierte melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums bis spätestens zum 3. Februar 2012 an. Sie werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Weitere Informationen zu dieser Aktion erhalten Sie unter
<http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/index.jsp>

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

**Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presse-
referat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.**



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 20

Pressemitteilung Kinderkommission zum Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar

Berlin, 9. Februar 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Unheilbar schwer erkrankte Kinder und deren Familien stehen vor vielen emotionalen, aber auch organisatorischen Problemen, die kaum bewältigbar erscheinen. In dieser Situation helfen die Kinderhospize. Am 10. Februar jeden Jahres steht die wertvolle Arbeit der Kinderhospize im Mittelpunkt. Den vielen, auch zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebührt für ihren engagierten Einsatz für die vom Schicksal so hart Betroffenen Anerkennung und Dank.

Die Kinderkommission unterstützt die Kinderhospize in Deutschland. So hat sie sich in der Vergangenheit erfolgreich dafür engagiert, dass die finanziellen Bedingungen für die Familien erleichtert wurden. Im vergangenen Jahr haben sich Mitglieder der Kinderkommission bei einem Besuch des Kinderhospizes Sonnenhof in Berlin über die konkrete Arbeit vor Ort informiert.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Frau Nicole Bracht-Bendt, erklärt: „Finanzielle Unterstützung ist eine wichtige Säule, Solidarität der Gesellschaft eine weitere. Es gibt viele Wege, Eltern oder Geschwistern beizustehen. Sterben darf kein Tabu-Thema sein.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 21

Pressemitteilung Kinderkommission zum Internationalen Tag der Muttersprache am 21. Februar 2012

Berlin, 20. Februar 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Sprache ist die Grundlage menschlichen Zusammenlebens und der Schlüssel zur Wissensgesellschaft. Sie ist ein wichtiger Faktor auch für Familien mit Migrationshintergrund und sogenannten bildungsfernen Familien, gute Sprachkenntnisse sind ein wichtiger Baustein für gegenseitiges Verständnis.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßt, dass in Kindergärten und Schulen Einigkeit herrscht über die Bedeutung frühkindlicher Förderung der Sprachkompetenz von Kindern. Ziel ist es, Sprach- und Verständigungsbarrieren bereits vor dem Eintritt in die Schule auszuräumen. Individuelle Förderung ist für viele benachteiligte Kinder entscheidend für ihren Zugang zu Bildung.

Nicole Bracht-Bendt, Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt: „Freunde finden, einer Arbeit nachgehen und Erfolg in der Schule sind nur möglich, wenn die Sprache beherrscht wird. Nur so kann Ausgrenzung verhindert werden.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 22

Pressemitteilung

Vorsitzende der Kinderkommission überreicht rote Hände an die UN-Sonderbeauftragte für Kinder und bewaffnete Konflikte

Berlin, 2. März 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Anlässlich ihrer Reise zum Weltfrauengipfel in New York traf die Vorsitzende der Kinderkommission, Abgeordnete Nicole Bracht-Bendt (FDP), die UN-Sonderbeauftragte für Kinder und bewaffnete Konflikte, Frau Radhika Coomaraswamy, zu einem persönlichen Gespräch. Im Gepäck hatte sie 169 rote Hände, die die Kinderkommission des Deutschen Bundestages im Rahmen des Internationalen Red Hand Days am 8. Februar 2012 im Paul-Löbe-Haus gesammelt hat. Diese konnte sie an die UN-Sonderbeauftragte übergeben. Dabei rief die Sonderbeauftragte Deutschland dazu auf, auch in anderen Ländern vergleichbare Aktionen anzustoßen.

Nicole Bracht-Bendt: „Ich freue mich vor allem, dass sich so viele Kinder und Jugendliche an der Aktion beteiligt haben. Damit setzen sie und wir ein Zeichen der Solidarität gegen den Einsatz von Kindersoldaten.“





Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Die 169 roten Hände des Deutschen Bundestages sind die erste Tranche, die die Kinderkommission der UN übermittelt. Insgesamt wird die Kinderkommission in den kommenden Tagen circa 10.000 rote Hände, die in den verschiedenen Wahlkreisen der Bundestagsabgeordneten als Protest gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten gesammelt wurden, nach New York versenden.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 23

Pressemitteilung

Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission: „Mehr altersgerechte Aktionsflächen“

Berlin, 15. März 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 21. März 2012, 15.00 bis 17.30 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

Moderne Freizeitgestaltung bei Jugendlichen geht heute über das nachmittägliche Bolzen auf Fußballplätzen hinaus. Sie suchen nach Möglichkeiten, Dampf abzulassen, Trendsportarten auszuprobieren oder sich künstlerisch zu betätigen. Altersgerechte Aktionsflächen wie Skateparks, BMX-Parcours und Flächen, auf denen legale Graffitis gemalt werden können, sind deshalb gefragt.

Die Kinderkommission möchte sich in dieser öffentlichen Sitzung insbesondere darüber informieren, welche Angebote es für Jugendliche gibt und welche Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen die Städte und Kommunen nutzen, um solche Flächen in ihrer Planung zu berücksichtigen. Sie hat hierzu Experten auch aus den Städten und Kommunen eingeladen:

- Bernd Jacobs, Fachbereich Jugend und Familie der Stadt Hannover
- Nils Kreß, Kongress der Kinderrechte
- Thorsten Krüger, Bürgermeister der Stadt Langen
- Dr. Regine von der Haar, GALK e. V. Arbeitskreis „Spielen in der Stadt“

Interessierte Medienvertreter melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, **E-Mail: kinderkommission@bundestag.de**) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums bis spätestens zum 20. März 2012 an. Besucher werden gebeten, den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 24

Pressemitteilung

Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission zum Thema „Jugendliche gestalten Freizeit“

Berlin, 22. März 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 28. März 2012, 16.00 bis 17.30 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

Jugendliche haben heute viele Möglichkeiten, ihre Freizeit zu gestalten. Dazu gehört unter anderem auch das freiwillige Engagement in Projekten, die Jugendlichen zum Beispiel ermöglichen, die kommunale Politik aktiv mitzugestalten. Die Kinderkommission möchte sich insbesondere darüber informieren, wie diese Mitgestaltung funktioniert und wo die Probleme liegen.

Sie hat hierzu Experten „in eigener Sache“ sowie aus der Jugendarbeit eingeladen:

- **Yassin Houmam**, Kinder- und Jugendparlament Tempelhof-Schöneberg
- **Cedric Kekes**, Kinder- und Jugendparlament Tempelhof-Schöneberg
- **Matthias Köpke**, Servicestelle Jugendbeteiligung e. V.
- **Sigrid Meinhold-Henschel**, Bertelsmann Stiftung

Interessierte Medienvertreter melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, **E-Mail: kinderkommission@bundestag.de**) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums bis spätestens zum 26. März 2012 an. Besucher werden gebeten, den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

**Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Presse-
referat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.**

Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 25

Pressemitteilung

„Lesen ist eine Lust!“

Kinderkommission zum Internationalen Kinderbuchtag am 2. April

Berlin, 2. April 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages teilt mit:

Seit 45 Jahren wird am Geburtstag des Kinderbuchautors Hans Christian Andersen der Internationale Kinderbuchtag begangen.

An diesem Tag soll an die Lust zu lesen erinnert werden. Lesen begeistert, es schafft Bilder und Emotionen, wie es selbst viele Filme nicht vermögen.

Kinderbücher sind der Schlüssel zu der Faszination, sich seinen Fantasien hinzugeben, aber auch zu der Fähigkeit, eigene Gedanken zu entwickeln. Sie wecken die Neugier auf die vielfältigsten Themen, fördern das Sprachvermögen und den Wortschatz. Auch wer seine Muttersprache bereits gut beherrscht, kann durch Lesen seine Fähigkeiten vervollkommen.

Leider werden nicht alle Kinder an die Faszination des Lesens herangeführt. Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Pädagoginnen und Pädagogen sind aufgerufen, die Freude am Lesen zu wecken. Vorlesen und Lesen mit Kindern sollte in den Familien und Kitas zum Alltag gehören. Lesen ist die Schlüsselkompetenz zum Bildungserfolg, gerade in einer Informationsgesellschaft. Bücher dürfen als Urmedium in der Zeit multimedialen Entertainments also nicht in den Hintergrund treten, denn Lesen ist die Basiskompetenz in der Mediengesellschaft. Ohne Lesekompetenz ist auch die sinnvolle Nutzung der modernen Medien schwierig.

„Lesen beflügelt, weil auch im Kopf Bilder entstehen“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission, Nicole Bracht-Bendt.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 26

Pressemitteilung

Kinderkommission begrüßt die Verurteilung von Thomas Lubanga Dyilo

Berlin, 16. April 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßt das Urteil des Internationalen Strafgerichtshofes vom 14. März 2012 gegen den früheren Rebellenführer Thomas Lubanga Dyilo wegen Kriegsverbrechen für die Zwangsverpflichtung von Kindern.

Mit diesem Urteil wird festgestellt, dass Dyilo in der Zeit von 2002 bis 2003 Hunderte Kinder unter 15 Jahren für bewaffnete Kämpfe im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo zwangsrekrutiert und eingesetzt hat. Die Milizen Lubangas sollen nicht selten erst elfjährige Kinder aus ihren Dörfern verschleppt, an Waffen ausgebildet und in Kämpfe geschickt haben. Junge Mädchen sollen als Sexsklavinnen missbraucht und ausgebeutet worden sein.

Für die Kinderkommission stellt es eine Genugtuung dar, dass erstmals ein für seine Verbrechen überführter Milizenführer vor ein internationales Gericht gestellt und verurteilt wurde.

Damit verbindet sich die Hoffnung, dass der Kampf gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten verstärkt fortgesetzt wird und dass auch zukünftig den als Soldaten missbrauchten Kindern Gerechtigkeit widerfährt.

Die Vorsitzende der Kinderkommission Nicole Bracht-Bendt: „Jeder Kindersoldat auf der Welt ist einer zu viel. Dieses Urteil ist ein erster Schritt dahin, dass in Zukunft mehr Kinder ein kindgerechtes Leben führen können.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 27

Pressemitteilung

Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission informiert über den turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz

Berlin, 19. April 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 25. April 2012, 15.00 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Am 25. April 2012 wechselt turnusmäßig der Vorsitz in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages.

In den vergangenen neun Monaten wurde die Kommission von Nicole Bracht-Bendt (FDP) geleitet. Sie übergibt nunmehr das Maskottchen der Kinderkommission und damit die Leitungsgeschäfte an Diana Golze (DIE LINKE.). Die neue Vorsitzende möchte in der Pressekonferenz über die Arbeit der Kinderkommission und ihre Schwerpunktthemen „Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen“ sowie „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ informieren.

Interessierte Medienvertreter melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, **E-Mail: kinderkommission@bundestag.de**) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums bis **spätestens zum 23. April 2012** an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presseferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Anlage 28

Pressemitteilung Kinderkommission veröffentlicht Stellungnahme zum Themenkomplex „Kultur für Kinder“

Berlin, 20. April 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Laut Artikel 31 Absatz 2 der UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind das Recht auf volle Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben. Dementsprechend hat der Staat die Bereitstellung geeigneter und gleicher Möglichkeiten für die kulturelle und künstlerische Betätigung sowie für aktive Erholung und Freizeitbeschäftigung zu fördern.

Unter diesem Aspekt hat sich die Kinderkommission schwerpunktmäßig mit dem Thema „Kultur für Kinder“ befasst. In zwei Expertengesprächen hat sie sich die Meinungen und Ansichten von Sachverständigen eingeholt. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse haben zu einem umfassenden Forderungskatalog geführt, der in einer Stellungnahme zusammengefasst wurde. Diese können Sie unter folgendem Link abrufen:

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/17-15_Stellungnahme_Kultur_fuer_Kinder.pdf